

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1983

MONTAG, 21. MÄRZ 1983

Nr. 12

Seite	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei		
Änderung des Konsularbezirks des Generalkonsulats der Vereinigten Mexikanischen Staaten in Hamburg	722	
Maßgebliche Einwohnerzahl; hier: Stadt Schwalbach am Taunus, Main-Taunus-Kreis	722	
Ungültigkeitserklärung eines Konsularausweises	722	
Der Hessische Minister des Innern		
Indemnität und Immunität der Abgeordneten	722	
Bauschätzer-Entgelt-Bestimmungen für die Hessische Brandversicherungsanstalt für Gebäude in Darmstadt	730	
Sozialer Wohnungsbau; hier: Planungsgrundlagen für behindertenfreundliche Wohnungen	731	
Der Hessische Kultusminister		
Zweite Änderung der Satzung der Studentenschaft der Gesamthochschule Kassel	731	
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik		
Widmung von Neubaustrecken, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken der Bundesstraßen 43 und 44 sowie der Bundesautobahnen A 3 und A 5 im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main	732	
Der Hessische Sozialminister		
1. Änderung der Prüfungsordnung zur Durchführung von Abschlußprüfungen im Ausbildungsberuf Sozialversicherungsfachangestellter	733	
Gewerbeaufsicht; hier: Mehrfachbeschäftigung	733	
Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen	733	
Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	738	
Personalnachrichten		
Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	738	
Im Bereich des Hessischen Kultusministers	738	
Die Regierungspräsidenten		
DARMSTADT		
Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Lautertal/Ortsteil Gadernheim, Landkreis Bergstraße, vom 18. 2. 1983	745	
Wohnplatzverzeichnis; hier: Benennung von Wohnplätzen in der Stadt Taunusstein, Rheingau-Taunus-Kreis	748	
hier: Aufhebung von Wohnplätzen in der Gemeinde Groß-Zimmern, Landkreis Darmstadt-Dieburg	748	
Durchführung des Hessischen Landesplanungsgesetzes (§ 11); hier: Durchführung eines Raumordnungsverfahrens für die Erweiterung des Steinbruches der Dyckerhoff Zementwerke AG in Wiesbaden, in den Gemarkungen Erbenheim und Kastel, südlich der BAB 66 (Ostfeld)	748	
Ungültigkeitserklärung eines Polizeidienstausweises	749	
GIESSEN		
Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Ulrichstein/Stadtteil Bobenhausen II, Vogelsbergkreis, vom 25. 2. 1983	749	
Genehmigung einer allgemeinen Ausnahme von § 26 Abs. 3 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr; hier: Stadt Herborn	751	
Durchführung des Hessischen Landesplanungsgesetzes (§ 11); hier: Durchführung eines Raumordnungsverfahrens für die Einrichtung einer Richtfunkverbindung zwischen den Funkübertragungsstellen Driedorf 2 und Friedberg 1	752	
KASSEL		
Wohnplatzverzeichnis; hier: Benennung, Umbenennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Stadt Fritzlar, Schwalm-Eder-Kreis	752	
hier: Benennung, Umbenennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Stadt Melsungen, Schwalm-Eder-Kreis	752	
hier: Benennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Stadt Naumburg, Landkreis Kassel	752	
hier: Benennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Stadt Grebenstein, Landkreis Kassel	752	
hier: Benennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Stadt Zierenberg, Landkreis Kassel	752	
hier: Benennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Gemeinde Wehretal, Werra-Meißner-Kreis	753	
hier: Benennung von Wohnplätzen in der Stadt Niedenstein, Schwalm-Eder-Kreis	753	
hier: Benennung eines Wohnplatzes in der Gemeinde Zwesten, Schwalm-Eder-Kreis	753	
hier: Benennung von Wohnplätzen in der Gemeinde Burghaun, Landkreis Fulda	753	
hier: Benennung von Wohnplätzen in der Gemeinde Jesberg, Schwalm-Eder-Kreis	753	
hier: Benennung von Wohnplätzen in der Gemeinde Schauenburg, Landkreis Kassel	753	
hier: Benennung eines Wohnplatzes in der Gemeinde Espenau, Landkreis Kassel	753	
hier: Benennung von Wohnplätzen in der Gemeinde Petersberg, Landkreis Fulda	754	
Bezirksdirektionen für Forsten und Naturschutz		
DARMSTADT		
Erklärung des Stadtwaldes Steinbach (Taunus), Hochtaunuskreis zu Erholungswald vom 9. 2. 1983	754	
Aufhebung der Schonzeit für Schalenwild außer Schwarzwild bis zum 28. 2. 1983 zur Vermeidung von Wildschäden gemäß § 20 der Durchführungsverordnung (DVO) zu § 21 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesjagdgesetz vom 16. 7. 1979	755	
Buchbesprechungen	755	
Öffentlicher Anzeiger	756	
Andere Behörden und Körperschaften	766	
Öffentliche Ausschreibungen	767	
Stellenausschreibungen	767	

399

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Anderung des Konsularbezirks des Generalkonsulats der Vereinigten Mexikanischen Staaten in Hamburg

Die Bezeichnung des Konsularbezirks des Mexikanischen Generalkonsulats in Hamburg lautet nunmehr wie folgt:

Der Konsularbezirk umfaßt das Bundesgebiet mit Ausnahme der Regierungsbezirke Arnsberg und Köln im Land Nordrhein-Westfalen.

Wiesbaden, 2. März 1983

Der Hessische Ministerpräsident
P 12 — 2a 10/07

StAnz. 12/1983 S. 722

400

Maßgebliche Einwohnerzahl;

hier: Stadt Schwalbach am Taunus, Main-Taunus-Kreis
Bezug: Bekanntmachung vom 26. November 1982 — Statistische Berichte — (StAnz. S. 2274)

Entgegen der im Statistischen Bericht des HSL vom 9. November 1982 veröffentlichten Einwohnerzahl ist die Wohn-

bevölkerungszahl zum 30. Juni 1982 mit 15 314 neu festgelegt worden.

Wiesbaden, 26. Januar 1983

Hessisches Statistisches Landesamt
III A 1 — 77h 125/83

StAnz. 12/1983 S. 722

401

Ungültigkeitserklärung eines Konsularausweises

Der von der Hessischen Staatskanzlei am 13. Februar 1980 ausgestellte weiße Konsularausweis Nr. 02328 für Frau Hildegard E. Wachob des Amerikanischen Generalkonsulats in Frankfurt am Main ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 4. März 1983

Der Hessische Ministerpräsident
P 12 — 2a 10/07

StAnz. 12/1983 S. 722

402

DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

Indemnität und Immunität der Abgeordneten

Nachstehend gebe ich das Rundschreiben des Bundesministers des Innern vom 10. Januar 1983 — P II 5 — 640 180/9 — mit der Bitte um Kenntnisnahme und Beachtung bekannt.

Wiesbaden, 3. März 1983

Der Hessische Minister des Innern
III A 21 — 3 c 08 01 —

StAnz. 12/1983 S. 722

Indemnität und Immunität der Abgeordneten**A****Indemnität und Immunität der Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Gesetzgebungsorgane der Länder**

Nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und den Verfassungen der Bundesländer werden die Abgeordneten in bestimmtem Umfang überhaupt oder zeitweilig vor dem Zugriff der staatlichen Gewalt geschützt.

I.**Indemnität der Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Gesetzgebungsorgane der Länder**

1. Ein Abgeordneter des Deutschen Bundestages darf zu keiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen einer Äußerung, die er im Bundestag oder in einem seiner Ausschüsse getan hat, gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Bundestages zur Verantwortung gezogen werden (Art. 46 Abs. 1 des Grundgesetzes). Entsprechende Vorschriften sind in den Verfassungen der Bundesländer enthalten (vgl. Verfassung von Baden-Württemberg Art. 37, Bayern Art. 27, Berlin Art. 35 Abs. 1, Bremen Art. 94, Hamburg Art. 14 Abs. 1, Hessen Art. 95, Niedersachsen Art. 14, Nordrhein-Westfalen Art. 47, Rheinland-Pfalz Art. 93, Saarland Art. 81, Schleswig-Holstein Art. 17 Abs. 1). In Bayern genießen die Mitglieder des Senats den gleichen Schutz wie die Abgeordneten des Landtages (Art. 38 Abs. 2). Eine bundesrechtliche Vorschrift zur Indemnität des Abgeordneten eines Gesetzgebungsorgans eines zur Bundesrepublik Deutschland gehörenden Landes findet sich in § 36 des Strafgesetzbuches.
2. Das Privileg der Indemnität schützt den Abgeordneten nicht nur während der Zeit, in der er das Mandat besitzt, sondern auch, nachdem es beendet ist, vor allen strafrechtlichen und — falls er Beamter, Richter oder Soldat ist — auch vor disziplinarischen Maßnahmen. Dieser Schutz gilt nicht für verleumdende Beleidigungen (Art. 46 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes, § 36 Satz 2 des Strafgesetzbuches).

II.**Immunität der Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Gesetzgebungsorgane der Länder**

1. Wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung darf ein Abgeordneter des Deutschen Bundestages nur mit Genehmigung des Bundestages zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, daß er bei der Begehung der Tat oder im Laufe des folgenden Tages festgenommen wird (Art. 46 Abs. 2 des Grundgesetzes). Entsprechende Vorschriften sind in den Verfassungen der Länder enthalten (Verfassung von Baden-Württemberg Art. 38 Abs. 1, Bayern Art. 28 Abs. 1, Berlin Art. 35 Abs. 3, Bremen Art. 95, Hamburg Art. 15, Hessen Art. 96, Niedersachsen Art. 15, Nordrhein-Westfalen Art. 48, Rheinland-Pfalz Art. 94, Saarland Art. 82, Schleswig-Holstein Art. 17 Abs. 2). In Bayern genießen die Mitglieder des Senats den gleichen Schutz wie die Abgeordneten des Landtages (Art. 38 Abs. 2). Die Vorschriften der Landesverfassungen sind auch für die anderen Länder der Bundesrepublik Deutschland und den Bund wirksam (§ 152a der Strafprozeßordnung). Die Vorschrift des Art. 46 Abs. 2 des Grundgesetzes und die entsprechenden Vorschriften der Bundesländer sind daher von allen Polizeien des Bundes und der Länder zu beachten.
2. Das Prozeßhindernis der Immunität schützt die Funktionsfähigkeit des Deutschen Bundestages und der Gesetzgebungsorgane der Bundesländer. Es hindert jede Strafverfolgung, besonders auch die Einleitung von Ermittlungen gegen den Abgeordneten durch die Polizei. Ein Verzicht des Abgeordneten auf seine Immunität ist unzulässig; die Polizei hat die Immunität von Amts wegen zu beachten.
Eine allgemeine Genehmigung zur Durchführung von Ermittlungsverfahren gegen Abgeordnete, wie sie der Deutsche Bundestag und die Länderparlamente (Ausnahme Niedersachsen) regelmäßig zu Beginn einer neuen Wahlperiode zu erteilen pflegen, berechtigt die Polizei nicht, von sich aus Ermittlungen zu führen; sie hat vielmehr die Vorgänge der Staatsanwaltschaft vorzulegen und deren Weisungen abzuwarten.
3. Art. 46 Abs. 2 des Grundgesetzes und die Vorschriften der Strafprozeßordnung (§ 127 Abs. 1, § 127 Abs. 2 i. Verb. m. §§ 112 ff.) regeln die vorläufige Festnahme. Sie ist nur bei Begehung der Tat oder im Laufe des folgenden Tages zulässig. In solchen Fällen bedarf es für die Einleitung eines Strafverfahrens nicht der Genehmigung des Deutschen Bundestages oder des Gesetzgebungsorgans des Bundeslandes. Beamte des Polizeidienstes sind in einem solchen Falle im Rahmen des Legalitätsprinzips berechtigt und verpflichtet, die Tat zu erforschen (§ 163 der Strafprozeß-

ordnung). Die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsbeamten können in den Fällen des Satzes 2 erforderlichenfalls ohne Genehmigung des zuständigen Gesetzgebungsorgans Durchsuchungen (§§ 102 ff. der Strafprozeßordnung), Beschlagnahmen (§§ 94 ff. der Strafprozeßordnung) sowie körperliche Untersuchungen (§ 81 a der Strafprozeßordnung) anordnen.

4. Die vorläufige Festnahme eines Abgeordneten bei oder unmittelbar nach Begehen der Tat oder im Laufe des auf den Tag der Tat folgenden Tages bedarf keiner Genehmigung (Art. 46 Abs. 2 des Grundgesetzes). Ist jedoch ein Abgeordneter nach der vorläufigen Festnahme wieder freigelassen worden und soll er wegen derselben Tat erneut festgenommen oder vorgeführt werden, nachdem der auf den Tag der Tat folgende Tag verstrichen ist, so ist die Genehmigung des Bundestages für die erneute Festnahme oder für die Vorführung erforderlich.

5. Die Immunität hindert nicht,

a) gegen Anstifter, Mittäter, Gehilfen oder andere an der Tat beteiligte Personen (Hehler, Begünstiger) Ermittlungen einzuleiten oder durchzuführen, wenn diese nicht selbst dem durch die Immunität geschützten Personenkreis angehören;

b) den Abgeordneten in einem Verfahren gegen eine andere Person als Zeugen zu vernehmen, seine Räume nach den §§ 103, 104 der Strafprozeßordnung zu durchsuchen sowie die Herausgabe von Gegenständen nach § 95 der Strafprozeßordnung zu verlangen. Für die Vernehmung eines Abgeordneten ist, wenn er nicht am Sitz der gesetzgebenden Körperschaft vernommen werden soll, deren Genehmigung erforderlich (§ 50 der Strafprozeßordnung). Nach einem Beschluß des Ausschusses des Deutschen Bundestages für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung bedarf es bei Abgeordneten des Deutschen Bundestages dieser Genehmigung nicht, wenn der Termin zur Vernehmung außerhalb der Sitzungswochen des Bundestages liegt.

Abgeordnete sind jedoch berechtigt, über Personen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete oder denen sie in dieser Eigenschaft Tatsachen anvertraut haben, sowie über diese Tatsachen selbst das Zeugnis zu verweigern (Art. 47 des Grundgesetzes). Im Ermittlungsverfahren können sie sich auf dieses Zeugnisverweigerungsrecht berufen (§ 53 Abs. 1 Nr. 4 der Strafprozeßordnung). Soweit das Zeugnisverweigerungsrecht reicht, ist auch die Beschlagnahme von Schriftstücken unzulässig (Art. 47 des Grundgesetzes, § 97 Abs. 3 der Strafprozeßordnung). In den Verfassungen der Länder sind entsprechende Vorschriften enthalten.

Den Abgeordneten stehen deren Hilfspersonen in bezug auf das Recht der Zeugnisverweigerung gleich. Über die Ausübung des Rechts entscheidet der Abgeordnete (§§ 53 a, 97 Abs. 4 der Strafprozeßordnung);

c) die Einleitung eines Verfahrens gegen einen Abgeordneten, wenn der Sachverhalt die Einstellung rechtfertigt, ohne daß Ermittlungen angestellt werden.

6. Nach der Praxis der Immunitätsausschüsse in Bund und Ländern ist es ferner zulässig,

a) die notwendigen Maßnahmen bei Unfällen durchzuführen, an denen Abgeordnete beteiligt sind, besonders im öffentlichen Interesse die Ursache und den Hergang des Unfalls festzustellen. Bei einem Verkehrsunfall können die Personalien des Abgeordneten, das Kennzeichen und der Zustand des Fahrzeuges festgestellt sowie die Vorlage des Führerscheins und des Kraftfahrzeugscheins verlangt werden. Zum Zwecke der Beweissicherung können Fahr-, Brems- und andere Spuren gesichert, vermessen und fotografiert werden,

b) Abgeordnete zum Zwecke der Entnahme einer Blutprobe zur Polizeiwahe und zu einem Arzt zu bringen,

c) gegen Abgeordnete nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten durch Bußgeldbescheid eine Geldbuße festzusetzen oder sie bei geringfügigen Ordnungswidrigkeiten zu verwarnen und ein Verwarnungsgeld zu erheben,

d) zum Schutze der Allgemeinheit oder zum Schutze des Abgeordneten vorsorgliche Maßnahmen zu ergreifen z. B.

aa) Schutzmaßnahmen nach den §§ 34 ff. des Bundes-Seuchengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2262; 1980 I S. 151, geändert durch das Gesetz vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469, 2218) sowie Maß-

nahmen, die vorgesehen sind in den internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1975 (BGBl. II S. 456), geändert durch Verordnung vom 17. März 1982 (BGBl. II S. 286), in der Verordnung zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 im Luftverkehr vom 11. November 1971 (BGBl. I S. 1809), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 20. Juli 1979 (BGBl. I S. 1121), in der Verordnung zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 in Häfen und auf dem Nord-Ostsee-Kanal vom 11. November 1971 (BGBl. I S. 1811), geändert durch die Verordnung vom 11. November 1976 (BGBl. I S. 3191), sowie in der Verordnung zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften im Landverkehr vom 11. November 1976 (BGBl. I S. 3193),

b) Freiheitsbeschränkungen, die aus polizeilichen Gründen nach Güterabwägung unabweisbar erscheinen, etwa zum Schutze des Abgeordneten selbst oder zum Schutze anderer Personen vor dem Abgeordneten (polizeiliche Ingewahrsamnahme nach § 20 Abs. 1 des Bundesgrenzschutzgesetzes oder den entsprechenden polizeirechtlichen Vorschriften der Länder).

7. Bei jeder anderen (in den Nrn. 1 bis 6 nicht aufgeführten) Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Abgeordneten ist die Genehmigung des Deutschen Bundestages (Art. 46 Abs. 3 des Grundgesetzes), bei Abgeordneten der Gesetzgebungsorgane der Länder des zuständigen Organs, erforderlich.

8. Jedes Strafverfahren, jede Haft und jede sonstige Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Abgeordneten sind auf Verlangen des Deutschen Bundestages auszusetzen (Art. 46 Abs. 4 des Grundgesetzes). Entsprechende Vorschriften sind in den Verfassungen der Länder enthalten.

9. Die Genehmigung eines Verfahrens gegen Abgeordnete des Deutschen Bundestages, dessen Einleitung die Immunität entgegensteht, können u. a. beantragen:

a) die Staatsanwaltschaften, Gerichte, Ehren- und Berufsgerichte öffentlich-rechtlichen Charakters sowie berufsständische Einrichtungen, die kraft Gesetzes Standesaufsicht ausüben,

b) der Ausschuß des Deutschen Bundestages für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

Bei Abgeordneten von Gesetzgebungsorganen der Länder sind die dort jeweils geltenden entsprechenden Vorschriften zu beachten.

10. Das Verfahrenshindernis der Immunität besteht bei Abgeordneten des Deutschen Bundestages während der Dauer des Mandates, längstens bis zum Ende der laufenden Wahlperiode (Art. 39 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes). Bei Abgeordneten von Gesetzgebungsorganen der Länder sind die dort jeweils geltenden entsprechenden Vorschriften zu beachten.

11. Im übrigen sind bei Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Grundsätze in Immunitätsangelegenheiten und in Fällen der Genehmigung gemäß § 50 Abs. 3 der Strafprozeßordnung und § 382 Abs. 3 der Zivilprozeßordnung sowie bei Ermächtigungen gem. § 90 b Abs. 2, § 194 Abs. 4 des Strafgesetzbuches und der Beschluß des Deutschen Bundestages betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Bundestages (Anlage 6 zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages) zu beachten. Bei Abgeordneten von Gesetzgebungsorganen der Länder sind die dort jeweils geltenden entsprechenden Vorschriften zu beachten.

B

Indemnität und Immunität der Abgeordneten des Europäischen Parlamentes

Indemnität und Immunität der Abgeordneten des Europäischen Parlamentes richten sich nach dem Beschluß und Akt des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. September 1976 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung (Zustimmungsgesetz vom 4. August 1977 und Text BGBl. II S. 733, 734) i. Verb. m. Art. 9 und 10 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften (nachstehend Protokoll genannt) vom 8. April 1965 (Vertragsgesetz vom 20. Oktober 1965 und Text BGBl. II S. 1453, 1482) sowie nach dem Europaabgeordnetengesetz vom 6. April 1979 (BGBl. I S. 413).

I. Indemnität

Wegen einer in Ausübung ihres Amtes erfolgten Äußerung oder Abstimmung dürfen Abgeordnete des Europäischen Parlamentes weder in ein Ermittlungsverfahren verwickelt noch festgenommen oder verfolgt werden (§ 5 Abs. 1 Satz 1 des Europaabgeordnetengesetzes, Art. 9 des Protokolls). Dabei richtet sich bei Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland der Umfang der Indemnität nach den Bestimmungen des Grundgesetzes (§ 5 Abs. 1 Satz 2 des Europaabgeordnetengesetzes; oben Abschnitt A).

II. Immunität

1. Immunität und Zeugnisverweigerungsrecht der Abgeordneten des Europäischen Parlamentes aus der Bundesrepublik Deutschland.

Die Immunität bestimmt sich nach Art. 10 des Protokolls (§ 5 Abs. 1 Satz 1 des Europaabgeordnetengesetzes). Auf die folgenden Bestimmungen wird im einzelnen hingewiesen:

- a) Den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes aus der Bundesrepublik Deutschland steht die den Abgeordneten des Deutschen Bundestages zustehende Immunität zu (Art. 10 Abs. 1 Buchst. a des Protokolls; oben Abschn. A II).
- b) Die Immunität besteht während — der 5jährigen — Wahlperiode des Europäischen Parlamentes einschließlich der Reise zum und vom Tagungsort des Europäischen Parlamentes (Art. 10 Abs. 1 erster Satzteil und Abs. 2 des Protokolls).
- c) Bei Ergreifung auf frischer Tat kann die Immunität nicht geltend gemacht werden (Art. 10 Abs. 3 erster Satzteil des Protokolls).
- d) Die Immunität steht der Befugnis des Europäischen Parlamentes nicht entgegen, die Immunität eines Abgeordneten aufzuheben (Art. 10 Abs. 3 zweiter Satzteil des Protokolls).
- e) Abgeordnete des Europäischen Parlamentes, die zugleich Abgeordnete des Deutschen Bundestages sind, verlieren ihre Immunität nur, soweit sowohl das Europäische Parlament als auch der Deutsche Bundestag die

Immunität aufheben (§ 5 Abs. 2 des Europaabgeordnetengesetzes).

- f) Die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes sind berechtigt, über Personen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete oder denen sie in dieser Eigenschaft Tatsachen anvertraut haben, sowie über diese Tatsachen selbst das Zeugnis zu verweigern. Soweit dieses Zeugnisverweigerungsrecht reicht, ist die Beschlagnahme von Schriftstücken unzulässig (§ 5 des Europaabgeordnetengesetzes).
- 2. Immunität der Abgeordneten des Europäischen Parlamentes aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften.**
- a) Die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften können im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) weder festgehalten noch gerichtlich verfolgt werden (Art. 10 Abs. 1 Buchst. b des Protokolls).
 - b) Nr. 1 Buchst. b, c und d gilt entsprechend.

C**Ausweise**

Muster der Ausweise, welche die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlamentes besetzen (die Ausweise werden zu Beginn jeder Legislaturperiode neu ausgestellt), sind in der Anlage abgedruckt.

D**Schlußvorschriften**

1. Mein Rundschreiben vom 8. Mai 1970 (GMBI. S. 243) in der Fassung meines Rundschreibens vom 4. Juli 1972 (GMBI. S. 403) hebe ich auf.
2. Dieses Rundschreiben gilt in meinem Geschäftsbereich als Erlaß.

Bonn, 10. Januar 1983

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
gez. Dr. Fröhlich

Anlage



(schwarz, Schrift und Adler goldfarben)

Nr. 748

BUNDESREPUBLIK
von der Frau

Vorname, Nachname

Geburtsort

Wohnort

Wohnung

ist Mitglied des Deutschen Bundestages
der ... Wahlperiode

Lichtbild

Stempel

Bonn, den

**Der Präsident des
Deutschen Bundestages**

(Unterschrift)

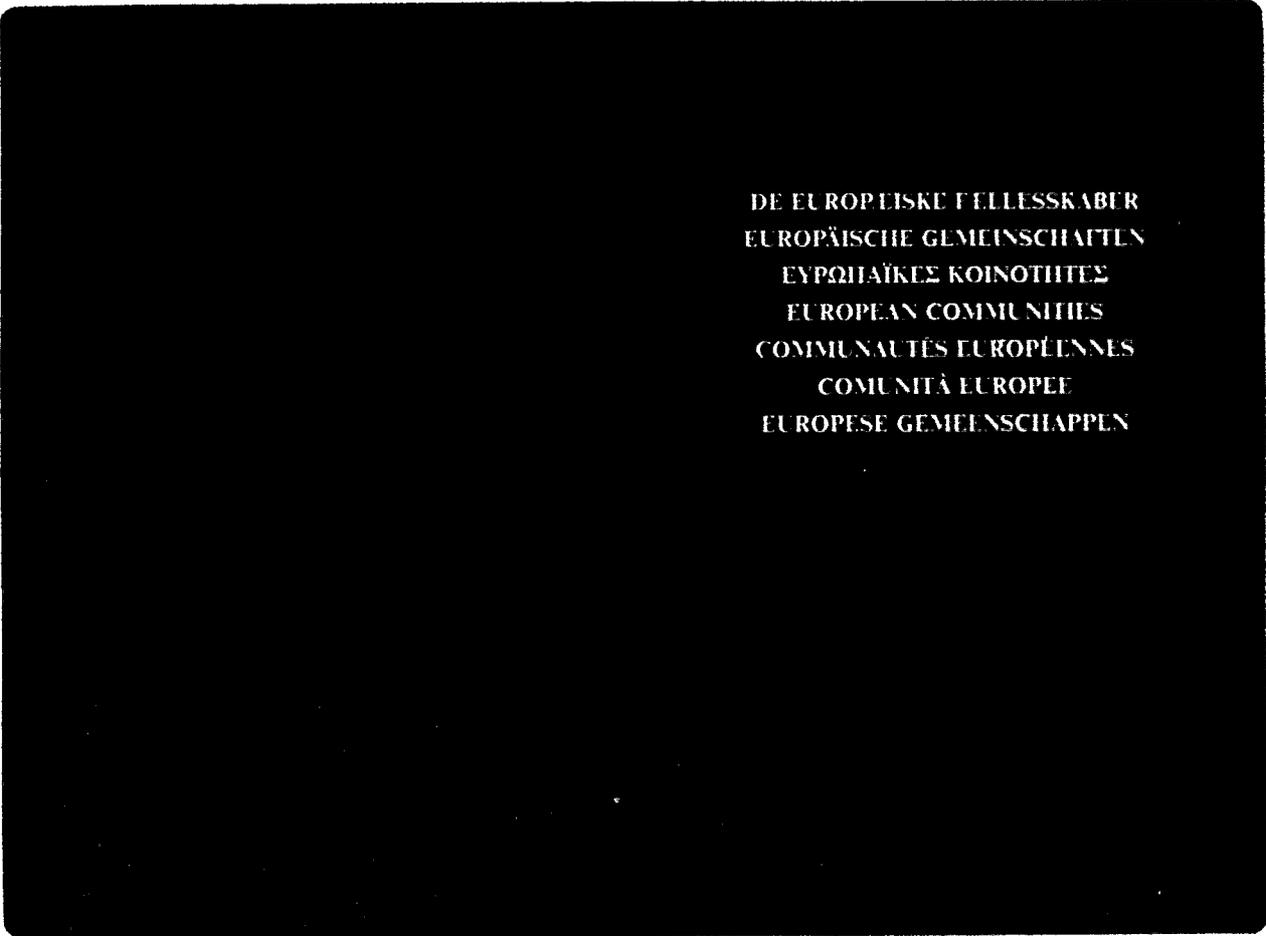
(Eigenhändige Unterschrift)

Die Behörden und Dienststellen des Bundes und der Länder, insbesondere alle Polizeibehörden, werden gebeten, den Inhaber dieses Ausweises bei der Ausübung seines Mandats als Bundestagsabgeordneter zu unterstützen, ihm bei Absperrung ungehinderten Durchlaß zu gewähren und ihm gegebenenfalls Hilfe und Schutz zuteil werden zu lassen.

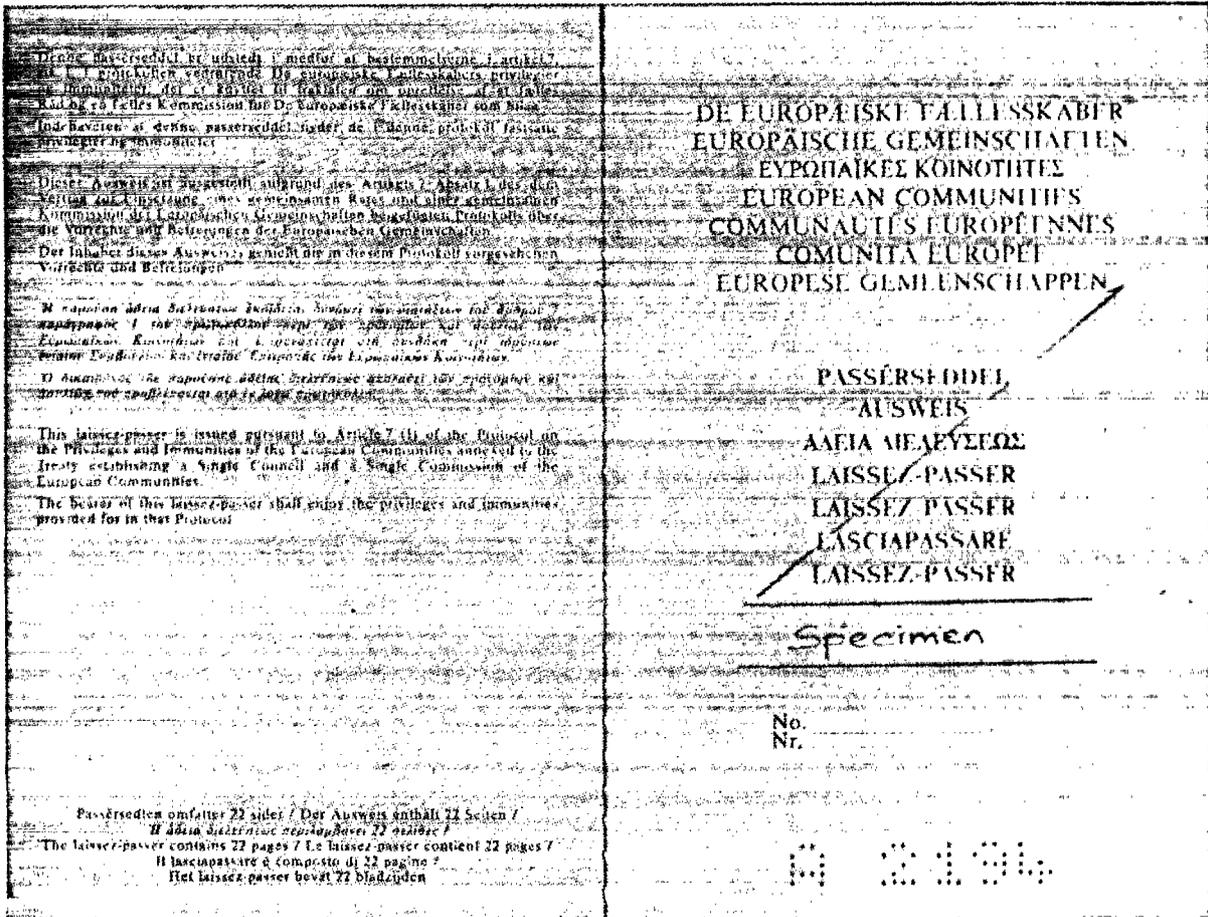
**Der Präsident des
Deutschen Bundestages**

DEUTSCHLAND

© Bundesdruckerei



(dunkelblau, Schrift goldfarben)



Denne passerseddel er gyldig i de områder, der er omhandlet i artikel 227, stk. 1 og 4, i traktaten om oprettelse af Det europæiske økonomiske Fællesskab, samt i de områder i tredjelande, med hvilke Kommissionen har indgået aftaler efter artikel 7, stk. 1, andet afsnit, i protokollen vedrørende De europæiske Fællesskabers privilegier og immuniteter.

Dieser Ausweis gilt für die Hoheitsgebiete, die in Artikel 227 Absätze 1 und 4 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannt sind; sowie für das Hoheitsgebiet der dritten Staaten, mit denen die Kommission gemäß Artikel 7 Absatz 1 Unterabsatz 2 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften Abkommen geschlossen hat.

Η παρούσα άδεια διελεύθεσε λαμβάνει υπό τήν έξουσίαν τών προεδρίων τών παραρτήσεων 1 και 4 τού άρθρου 227 τής συνθήκης περί ίδρύσεως τής Ευρωπαϊκής Οικονομικής Κοινότητος, καθώς και υπό τήν έξουσίαν τών τρίτων χωρών, με τίς οποίαι η Έπιτροπή συνάπτει συμφωνίες, σύμφωνα με τό άρθρο 7 παράγραφος 1, δεύτερο άξίωμα τού πρωτοκόλλου περί τών προνομίων και άσπιλιών τών Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων.

This laissez-passer is valid for the territories referred to in Article 227 (1) and (4) of the Treaty establishing the European Economic Community and for the territory of the third countries with which the Commission has concluded agreements within the meaning of the second subparagraph of Article 7 (1) of the Protocol on the Privileges and Immunities of the European Communities.

Ce laissez-passer est valable pour les territoires visés aux paragraphes 1 et 4 de l'article 227 du traité instituant la Communauté économique européenne ainsi que pour le territoire des États tiers avec lesquels la Commission aura conclu des accords au sens de l'article 7 paragraphe 1 deuxième alinéa de protocole sur les privilèges et immunités des Communautés européennes.

Il presente lasciapassare è valido per i territori di cui all'articolo 227, paragrafi 1 e 4, del trattato che istituisce la Comunità economica europea, nonché per il territorio degli Stati terzi con i quali la Commissione avrà concluso accordi al sensi dell'articolo 7, paragrafo 1, secondo comma, del protocollo sui privilegi e sulle immunità delle Comunità europee.

Dit laissez-passer is geldig voor de grondgebieden bedoeld in artikel 227, leden 1 en 4, van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap alsmede voor het grondgebied van derde Staten waarmee de Commissie akkoorden zal hebben gesloten in de zin van artikel 7, lid 1, tweede alinea, van het Protocol betreffende de voorrechten en immuniteiten van de Europese Gemeenschappen.



Denne passerseddels gyldighed udløber den / Dieser Ausweis wird ungültig am / Η παρούσα άδεια διελεύθεσε λήγει τήν / This laissez-passer expires on / Il expire le / Scade il / Die geldigheid van dit laissez-passer eindigt op

Denne passerseddels gyldighed forlænges / Die Gültigkeit dieses Ausweises wird verlängert / Η άδεια τής παρούσης άδειας διελεύθεσε παρατείνεται / The validity of this laissez-passer is extended / La validité du présent laissez-passer est prorogée / La validità del presente lasciapassare è prorogata / De geldigheidsduur van dit laissez-passer wordt verlengd

den / le / il

fra / vom / από τής / from / du / dal / van

FORMANDEN / PRÆSIDENTEN
DER PRÆSIDENT
Ο ΠΡΟΕΔΡΟΣ
THE PRESIDENT
LE PRÉSIDENT
IL PRESIDENTE
DE VOORZITTER

Specimen

til / bis / μέχρι τής / to / au / at / tot

FORMANDEN / PRÆSIDENTEN
DER PRÆSIDENT
Ο ΠΡΟΕΔΡΟΣ
THE PRESIDENT
LE PRÉSIDENT
IL PRESIDENTE
DE VOORZITTER

Denne passerseddels gyldighed forlænges / Die Gültigkeit dieses Ausweises wird verlängert / Η άδεια τής παρούσης άδειας διελεύθεσε παρατείνεται / The validity of this laissez-passer is extended / La validité du présent laissez-passer est prorogée / La validità del presente lasciapassare è prorogata / De geldigheidsduur van dit laissez-passer wordt verlengd

Denne passerseddels gyldighed forlænges / Die Gültigkeit dieses Ausweises wird verlängert / Η άδεια τής παρούσης άδειας διελεύθεσε παρατείνεται / The validity of this laissez-passer is extended / La validité du présent laissez-passer est prorogée / La validità del presente lasciapassare è prorogata / De geldigheidsduur van dit laissez-passer wordt verlengd

fra / vom / από τής / from / du / dal / van

fra / vom / από τής / from / du / dal / van

til / bis / μέχρι τής / to / au / at / tot

til / bis / μέχρι τής / to / au / at / tot

FORMANDEN / PRÆSIDENTEN
DER PRÆSIDENT
Ο ΠΡΟΕΔΡΟΣ
THE PRESIDENT
LE PRÉSIDENT
IL PRESIDENTE
DE VOORZITTER

FORMANDEN / PRÆSIDENTEN
DER PRÆSIDENT
Ο ΠΡΟΕΔΡΟΣ
THE PRESIDENT
LE PRÉSIDENT
IL PRESIDENTE
DE VOORZITTER

(1) Angivelse af den pågældende institution / Angabe der betreffenden Institution / Οργανισμός του οποίου / Name of institution concerned / Indication de l'institution concernée / Indicazione dell'istituzione di cui si tratta / Aanduiding van de betreffende instelling

(1) Angivelse af den pågældende institution / Angabe der betreffenden Institution / Οργανισμός του οποίου / Name of institution concerned / Indication de l'institution concernée / Indicazione dell'istituzione di cui si tratta / Aanduiding van de betreffende instelling

403

Bauschätzer-Entgelt-Bestimmungen für die Hessische Brandversicherungsanstalt für Gebäude in Darmstadt

Bezug: Erlasse vom 17. September 1969 (StAnz. S. 1639), 15. März 1973 (StAnz. S. 619), 20. Februar 1974 (StAnz. S. 489), 7. Januar 1975 (StAnz. S. 128), 31. März 1976 (StAnz. S. 669), 21. März 1979 (StAnz. S. 643), 17. Dezember 1979 (StAnz. S. 2486), 31. März 1980 (StAnz. S. 660), 25. Februar 1981 (StAnz. S. 587) und 27. Januar 1982 (StAnz. S. 319)

Nachstehend werden aus Gründen der Erläßbereinigung die Bauschätzer-Entgelt-Bestimmungen in der ab 1. Januar 1983 gültigen Fassung erneut veröffentlicht.

Gegenüber der bisherigen Fassung wird in Abschn. IV Buchstabe b Satz 3 die Zahl „60,—“ durch die Zahl „80,—“ ersetzt. Die Bauschätzer-Entgelt-Bestimmungen vom 17. September 1969, neu in Kraft gesetzt durch Erlaß vom 17. Dezember 1979, und die hierzu ergangenen Änderungs Erlasse werden aufgehoben.

Wiesbaden, 4. März 1983

Der Hessische Minister des Innern

IV B 3 — 61 a — 16/83

— Gült.-Verz. 55 —

StAnz. 12/1983 S. 730

Bauschätzer-Entgelt-Bestimmungen für die Hessische Brandversicherungsanstalt für Gebäude in Darmstadt

Auf Grund des Art. 65 Abs. 2 des Gesetzes, die Brandversicherungsanstalt für Gebäude betreffend, vom 28. September 1890 (Hess. Reg.Bl. S. 197) in der Fassung vom 30. September 1899 (Hess. Reg.Bl. S. 677, 699) setze ich im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Finanzen und dem Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz die Entgelte der Bauschätzer wie folgt fest:

I

Entgelttabelle

Neubauwert 1914		Klasse I (Normal- klasse)	Klasse II (Sonder- klasse)
bis einschließlich	2.000,— DM	21,— DM	42,— DM
über 2.000,— DM bis	3.000,— DM	24,— DM	48,— DM
über 3.000,— DM bis	4.000,— DM	28,— DM	56,— DM
über 4.000,— DM bis	5.000,— DM	29,— DM	58,— DM
über 5.000,— DM bis	7.000,— DM	32,— DM	64,— DM
über 7.000,— DM bis	10.000,— DM	36,— DM	72,— DM
über 10.000,— DM bis	15.000,— DM	41,— DM	82,— DM
über 15.000,— DM bis	20.000,— DM	45,— DM	90,— DM
über 20.000,— DM bis	25.000,— DM	50,— DM	100,— DM
über 25.000,— DM bis	30.000,— DM	55,— DM	110,— DM
über 30.000,— DM bis	35.000,— DM	58,— DM	116,— DM
über 35.000,— DM bis	40.000,— DM	63,— DM	126,— DM
über 40.000,— DM bis	45.000,— DM	68,— DM	136,— DM
über 45.000,— DM bis	50.000,— DM	72,— DM	144,— DM
über 50.000,— DM bis	60.000,— DM	81,— DM	162,— DM
über 60.000,— DM bis	70.000,— DM	89,— DM	178,— DM
über 70.000,— DM bis	80.000,— DM	98,— DM	196,— DM
über 80.000,— DM bis	90.000,— DM	108,— DM	216,— DM
über 90.000,— DM bis	100.000,— DM	117,— DM	234,— DM
über 100.000,— DM bis	120.000,— DM	132,— DM	264,— DM
über 120.000,— DM bis	140.000,— DM	147,— DM	294,— DM
über 140.000,— DM bis	160.000,— DM	164,— DM	328,— DM
über 160.000,— DM bis	180.000,— DM	180,— DM	360,— DM
über 180.000,— DM bis	200.000,— DM	196,— DM	392,— DM
über 200.000,— DM bis	225.000,— DM	215,— DM	430,— DM
über 225.000,— DM bis	250.000,— DM	231,— DM	462,— DM
über 250.000,— DM bis	275.000,— DM	250,— DM	500,— DM
über 275.000,— DM bis	300.000,— DM	266,— DM	532,— DM
über 300.000,— DM bis	325.000,— DM	285,— DM	570,— DM
über 325.000,— DM bis	350.000,— DM	301,— DM	602,— DM
über 350.000,— DM bis	375.000,— DM	317,— DM	634,— DM
über 375.000,— DM bis	400.000,— DM	334,— DM	668,— DM
über 400.000,— DM bis	425.000,— DM	350,— DM	700,— DM
über 425.000,— DM bis	450.000,— DM	366,— DM	732,— DM
über 450.000,— DM bis	475.000,— DM	383,— DM	766,— DM
über 475.000,— DM bis	500.000,— DM	398,— DM	796,— DM
über 500.000,— DM für je weitere	25.000,— DM	14,— DM	28,— DM

a) Der Entgeltberechnung nach Klasse I (Normalklasse) wird die Gesamtsumme der Neubauwerte aller geschätzten, demselben Eigentümer gehörenden Gebäude eines Anwesens zugrunde gelegt.

Werden mehrere Gebäude, die zu einem Anwesen gehören und mit fortlaufenden Gebäudeziffern, beginnend mit der Ziff. 1, zu bezeichnen sind, gleichzeitig geschätzt, so wird für das zweite und jedes weitere Gebäude ein Zuschlag von DM 9,— berechnet (Ziffern-Zuschlag).

b) Der Entgeltberechnung nach Klasse II (Sonderklasse) wird der Neubauwert jedes geschätzten Gebäudes für sich allein zugrunde gelegt, auch wenn mehrere Gebäude des Anwesens gleichzeitig geschätzt werden.

Klasse II gilt nur für „Industrieschätzungen“ und „Sonderschätzungen“.

„Sonderschätzungen“ sind nur solche Schätzungen, die besonders schwierig sind und/oder einen außergewöhnlichen Zeitaufwand erfordern.

Die Entscheidung darüber, ob eine „Sonderschätzung“ gegeben ist, wird von der Hessischen Brandversicherungskammer getroffen.

„Industrieschätzungen“ und „Sonderschätzungen“ müssen in doppelter Ausfertigung mit detaillierter Baubeschreibung und mit drei Lageplänen geliefert werden.

II

Schätzung von Typenbauten

a) Kommen innerhalb eines Anwesens oder mehrerer zusammenhängender Anwesen oder im Rahmen eines Gesamt- oder Siedlungsprojekts Gebäude desselben Bautyps (Typenbauten) in einem begrenzten zeitlichen Zusammenhang zur Schätzung, dann errechnet sich das Entgelt aus der Summe der Neubauwerte aller Gebäude eines Anwesens und beträgt 50% des sich nach der Entgelttabelle ergebenden Betrages. Ein begrenzter zeitlicher Zusammenhang ist dann gegeben, wenn die Schätzungen der zur Versicherung angemeldeten Gebäude innerhalb eines Jahres erfolgen. Der Lauf der Jahresfrist beginnt mit dem Tag der ersten Schätzung eines Gebäudes im Sinne des Satzes 1.

b) Typenbauten sind Gebäude, die in der Grundrißgestaltung, dem Roh- und dem Ausbau im wesentlichen übereinstimmen. Die Entgeltberechnung für Typenbauten gemäß Buchst. a) ist nur für Gebäude anzuwenden, die im Rahmen einer einheitlichen Planung in der Regel im gleichen Ortsteil ausgeführt werden.

c) Müssen abweichend von Buchst. a) getrennte Gebäudeschätzungen gefertigt werden, ist für jede Schätzung das volle Entgelt zu berechnen.

d) Befinden sich auf dem Anwesen außer den Typenbauten noch andere zu schätzende Gebäude, so ist für diese Gebäude das Entgelt gesondert zu berechnen.

III

Sonderentgelt für Sachverständige

Für Schätzungen von Gebäuden oder Gebäudeteilen, die in ihrer Art wegen nur von besonderen Sachverständigen durchgeführt werden können, kann der Präsident der Hessischen Brandversicherungskammer ein Sonderentgelt festsetzen, das in seiner Höhe durch die in der Verordnung über die Honorare für Leistungen der Architekten und der Ingenieure (HOAI) vorgesehene Honorare für die Ermittlung des Wertes von Grundstücken, Gebäuden und anderen Bauwerken begrenzt wird.

IV

Erstattung von Nebenkosten

a) Das Entgelt schließt alle erforderlichen Vor- und Nebenarbeiten für die Durchführung der Schätzung, Anfertigung der Schätzungsunterlagen und Anerkennung der Schätzung ein.

b) Zur Abgeltung der entstandenen Ausgaben für Porto, Telefon, Schreibmaterialien und sonstige Unkosten wird am Ende eines jeden Jahres eine Pauschalvergütung gezahlt. Die Pauschalvergütung wird erst bei Schätzungsvergütungen von DM 1000,— aufwärts gewährt. Sie beträgt je angefangene DM 1000,— Schätzungsvergütungen DM 80,—.

c) Zeitaufwand und Kosten für die Benutzung von Verkehrsmitteln werden mit einer Wegeentschädigung von DM 0,50 für jeden gefahrenen Kilometer abgegolten. Maßgebend für die Berechnung der Kilometer ist die kürzeste Entfernung zwischen Wohn- und Beschäftigungsort.

V

Der Neubauwert im Sinne der vorstehenden Bestimmungen errechnet sich nach den durchschnittlichen ortsüblichen Bau-preisen vom 1. August 1914.

404

Sozialer Wohnungsbau;

hier: Planungsgrundlagen für behindertenfreundliche Wohnungen

Bezug: Erlaß vom 10. April 1981 (StAnz. S. 1054)

Bei der Schaffung von **behindertenfreundlichen** Wohnungen ist nachfolgendes zu beachten:

1. Allgemeines

Behindertenfreundliche Wohnungen müssen den Bedürfnissen von Gehbehinderten, die nicht dauernd auf den Rollstuhl angewiesen sind, angepaßt sein. Wohnstätten dieser Art erfüllen zugleich die Voraussetzungen für den Besuch durch behinderte Personen.

Die Planungsgrundlagen ergänzen die im öffentlich geförderten Wohnungsbau maßgeblichen technischen Anforderungen nach den Wohnungsbaurichtlinien vom 22. April 1980 (StAnz. S. 776).

2. Gebäudeplanung

2.1 Bei der Standortwahl für behindertenfreundliche Wohnungen ist zu berücksichtigen, daß

— zentrale Einrichtungen und Haltestellen öffentlicher Nahverkehrsmittel in weniger als 10 Gehminuten erreichbar und

— nahegelegene Grünanlagen vorhanden sind.

2.2 Behindertenfreundliche Wohnungen müssen von der Straße und vom zugehörigen Parkplatz stufenlos erreichbar sein. Die Wohnungen sollen im Erdgeschoß des jeweiligen Gebäudes angeordnet werden. Die zum Gebäude gehörenden Außenanlagen sollen zweckentsprechend auch von behinderten Personen genutzt werden können.

3. Grundrißplanung und Ausstattung

3.1 Die behindertenfreundliche Wohnung ist so zu planen, daß eine bequeme und gefahrlose Nutzung möglich ist.

3.2 Auf eine pflegeleichte und unfallverhütende Wohnungsausstattung und -einrichtung und auf ausreichende Bewegungsflächen in der Wohnung ist zu achten.

3.3 Gute Belichtung, Besonnung und zugfreie Belüftung der Wohnung sind sicherzustellen.

3.4 Bemessung der Räume

3.4.1 Wohnzimmer

Raumgröße für Einpersonenzwohnung 20 m²,
für jede weitere Person zusätzlich 1 m².

3.4.2 Eßplatz

Ein gesonderter Eßplatz ist in Wohnungen für vier und mehr Personen erwünscht. Seine Lage und Bemessung sind den Bedürfnissen der Behinderten anzupassen.

3.4.3 Schlafzimmer

Stellflächen nach DIN 18011

Bewegungsflächen vor den Stellflächen
mind. 0,90 m tief

Bewegungsflächen in Kinderzimmern
mind. 1,40 m × 1,80 m.

3.4.4 Freisitz

Loggia oder Balkon

nutzbare Fläche mind. 4 m²,

Tiefe mind. 1,75 m².

Im Erdgeschoß sind Terrassen erwünscht.

3.4.5 Flure

Eingangsflur Mindestgröße 1,40 m × 1,40 m,

Haupt- und Nebenflure: Mindestbreite 1,20 m.

3.5 Einrichtung und Ausstattung der Räume**3.5.1 Küche**

nach DIN 18022;

die Arbeitsplatte zwischen Herd und Spüle muß unterfahrbar sein. Eine herausziehbare Arbeitsfläche (unterfahrbare Höhe von 0,70 m) ist vorzusehen.

3.5.2 Bad und WC

Behindertenfreundliche Badewanne mit Haltegriff oder behindertenfreundlicher Duschplatz mit Klappsitz (Mindestgröße 0,90 m × 0,90 m),

Waschbecken, unterfahrbare Höhe 0,70 m,

Spülklosett mit Haltegriff, Sitzhöhe 0,50 m.

Abstände:

Waschbecken auf beiden Seiten 0,20 m,

Spülklosett auf beiden Seiten 0,25 m,

vor Badewanne 0,90 m × 0,90 m,

vor Spülklosett und Waschbecken 0,90 m.

Bodenbelag muß rutschsicher sein.

Türen müssen nach außen aufschlagen.

3.6 Alle Türen müssen eine lichte Breite von mind. 0,85 m haben. Schwellen oder Niveauunterschiede bis zu 2,5 cm sind nur an Wohnungseingangstüren und an Türen, die ins Freie führen, zulässig.

3.7 Alle Bedienungsvorrichtungen (Steckdosen, Taster, Sicherungen, Armaturen, Griffe, Rollangetriebe, Türdrücker, Briefkästen usw.) sind so anzuordnen, daß sie im Greifbereich des Rollstuhlbenutzers (in einer Höhe von 1,05 m über Fußbodenoberkante) liegen. Heizkörperventile müssen bequem erreichbar sein.

Für **behindertengerechte** Wohnungen (Wohnungen für Rollstuhlbenutzer, Blinde und wesentlich Sehbehinderte) ist DIN 18025 Teil 1 und 2 in vollem Umfang zu beachten.

Die Normen können durch den Beuth-Vertrieb GmbH, 1000 Berlin 30 und 5000 Köln, bezogen werden. Auf den o. a. Erlaß wird hingewiesen.

Wiesbaden, 4. März 1983

Der Hessische Minister des Innern

V A 1 — 62 c 44 — 209/83

— Gült.-Verz. 36 222 —

StAnz. 12/1983 S. 731

405

DER HESSISCHE KULTUSMINISTER**Zweite Änderung der Satzung der Studentenschaft der Gesamthochschule Kassel**

Bezug: Erlasse vom 26. November 1973 (StAnz. S. 2201, ber. 1974 S. 67 = ABl. S. 1471) und 3. Mai 1979 (StAnz. S. 1031 = ABl. S. 282)

Auf Grund des § 21 Abs. 1 Nr. 2 des Hochschulgesetzes (HHG) vom 6. Juni 1978 (GVBl. I S. 319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Oktober 1980 (GVBl. I S. 391), genehmige ich die vom Studentenparlament der Studentenschaft der Gesamthochschule Kassel in seiner Sitzung am 29. September 1982 beschlossene Änderung der Satzung der Studentenschaft der Gesamthochschule Kassel.

Diese Zweite Änderung der Satzung der Studentenschaft der Gesamthochschule Kassel wird hiermit nach § 21 Abs. 6 Nr. 1 HHG veröffentlicht.

Wiesbaden, 28. Februar 1983

Der Hessische Kultusminister

V B 4.1 — 433/34 — 73

StAnz. 12/1983 S. 731

Das Studentenparlament der Studentenschaft der Gesamthochschule Kassel hat in seiner Sitzung am 29. September 1982 folgende Änderung der Satzung der Studentenschaft der Gesamthochschule Kassel vom 2. Oktober 1973 (StAnz. S. 2201, ber. 1974 S. 67 = ABl. S. 1471), geändert durch Verfügung vom 27. April 1979 (StAnz. S. 1031 = ABl. S. 282) beschlossen:

1. Ziff. 6.2.4 der Satzung wird ersatzlos gestrichen.

2. Ziff. 7.3 der Satzung erhält folgende Fassung:

Die Amtszeit beträgt in der Regel ein Jahr. Das Studentenparlament tritt in den letzten vierzehn Tagen der Vorlesungszeit des Semesters, in dem es gewählt wurde, zu einer konstituierenden Sitzung zusammen, auf der es das Präsidium des Studentenparlaments und den Allgemeinen Studentenausschuß wählt.

3. Ziff. 7.9 der Satzung erhält folgende Fassung:

Der Termin für die Studentenparlamentswahl und die Wahl der Fachschaftsräte sowie die Einzelheiten des Wahlverfahrens werden durch Wahlbekanntmachung veröffent-

licht. Die Wahlordnung der Gesamthochschule Kassel gilt entsprechend.

4. Als Ziff. 7.10 der Satzung wird neu eingefügt:
Für die Zusendung der Briefwahlunterlagen gilt die Wahlordnung der Gesamthochschule Kassel.
5. Als Ziff. 7.11 der Satzung wird neu eingefügt:
Ist ein Mitglied des Studentenparlaments verhindert, so kann er dies dem Präsidium des Studentenparlaments mitteilen. Er wird dann auf der betreffenden Sitzung durch den folgenden Kandidaten der betreffenden Liste vertreten. Ist auch dieser verhindert, gilt die Regelung entsprechend.
6. Ziff. 8.2.3 der Satzung wird ersatzlos gestrichen.
7. Satz 1 der Ziff. 9.1.2 der Satzung erhält folgende Fassung:
Der zentrale Wahlausschuß besteht aus drei Mitgliedern, die vom Studentenparlament gewählt werden.
8. Ziff. 11.1.2 der Satzung erhält folgende Fassung:
auf Beschluß des Studentenparlaments mit zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder.
9. Ziff. 16.1.4 der Satzung wird ersatzlos gestrichen.
10. Ziff. 21.1 der Satzung erhält folgende Fassung:
Die Amtszeit des Allgemeinen Studentenausschusses beträgt in der Regel ein Jahr. Der Allgemeine Studenten-

ausschuß wird auf der konstituierenden Sitzung des Studentenparlaments gewählt. Die Amtszeit des Allgemeinen Studentenausschusses beginnt am ersten Tag des folgenden Semesters, sofern alle fünf Mitglieder nach Ziff. 17.1.4 gewählt worden sind.

Wird auf der konstituierenden Sitzung des Studentenparlaments kein neuer Allgemeiner Studentenausschuß gewählt, so tritt das Studentenparlament in den ersten vierzehn Tagen des folgenden Semesters zusammen. In diesem Fall beginnt die Amtszeit des folgenden Allgemeinen Studentenausschusses einen Tag nach der Wahl aller Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses durch das Studentenparlament. Solange die Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuß nicht abgeschlossen sind, bleibt der bisherige Allgemeine Studentenausschuß im Amt.

11. Ziff. 25.5 der Satzung erhält folgende Fassung:
Die Fachschaftsräte vertreten die Fachschaften. Die Zahl der Mitglieder der Fachschaftsräte richtet sich nach der Größe der Fachbereiche. Das Studentenparlament setzt die Zahl der Mitglieder der Fachschaftsräte auf der Sitzung mit Zweidrittelmehrheit der satzungsgemäßen Mitglieder fest, auf der es die Mitglieder des Wahlvorstandes wählt. Die Zahl darf zwölf nicht überschreiten. Bei der Festlegung der Zahl ist auf die Arbeitsfähigkeit der Fachschaftsräte zu achten.
12. Ziff. 31 der Satzung wird ersatzlos gestrichen.

406

DER HESSISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK

Widmung von Neubaustrecken, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken der Bundesstraßen 43 und 44 sowie der Bundesautobahnen A 3 und A 5 im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die im Zuge der Bundesstraße 43 im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main zwischen dem Flughafen und der Bundesstraße 44 südlich des Stadtteiles Niederrad neugebaute Strecke

von km 0,669 neu	(= km 0,669 der vorhandenen B 43 westlich des Kreisels Unterschweinstiege)	
bis km 0,894 neu	(= km 0,000 neu — Unterführung des Kreisels Unterschweinstiege —)	= 0,225 km,
von km 0,000 neu	(= km 0,894 neu)	
bis km 1,436 neu	(= km 0,000 neu — Unterführung der A 5 —)	= 1,436 km,
von km 0,000 neu	(= km 1,436 neu)	
bis km 1,808 neu	(= km 0,000 neu)	= 1,808 km,
von km 0,000 neu	(= km 1,808 neu)	
bis km 1,398 neu	(= km 0,000 neu — Unterführung des neugebauten Teiles des Kreisels der B 44 nördlich der BAB A 3 —)	= 1,398 km,
von km 0,000 neu	(= km 1,398 neu)	
bis km 0,742 neu	(Einmündung in die derzeitige B 44 bei km 0,390 — Mörfelder Landstraße —)	= 0,742 km
zusammen		5,609 km

einschließlich der beiden neugebauten Anschlußrampen zwischen dem Kreisel Unterschweinstiege und der Neubaustrecke sowie der neugebaute 1,228 km lange nördliche Seitenarm der Bundesstraße 43 vor dem Flughafen und die neugebaute 1,098 km lange Anschlußrampe Stegschneise zwischen der Neubaustrecke nördlich der Bundesautobahn A 3 und dem Kreisel der Bundesstraße 44 südlich der A 3 einschließlich der weiteren Anschlußarme an der Neubaustrecke und am Kreisel werden mit Wirkung vom 1. März 1983 für den öffentlichen Verkehr gewidmet und Bestandteil der Bundesstraße 43 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 1. Oktober 1974 — BGBl. I S. 2414 —).
2. Die im Zuge der Bundesstraße 44 neugebaute 0,522 km lange östliche Richtungsfahrbahn vom nördlich der A 3 gelegenen Kreisel in Richtung Niederrad bis zur Einmündung in die Neubaustrecke der B 43 wird mit Wirkung

vom 1. März 1983 für den öffentlichen Verkehr gewidmet und Bestandteil der Bundesstraße 44 (§ 2 Abs. 1 FStrG).

3. Die im nördlichen Bereich des Frankfurter Kreuzes neugebauten drei Verbindungsrampen von der A 5 zur A 3 und von der Verbindungsrampe A 5/A 3 zur B 43 neu sowie von der B 43 neu zu A 5 mit einer Länge von insgesamt 2,100 km werden mit Wirkung vom 1. März 1983 für den öffentlichen Verkehr gewidmet und Bestandteil der Bundesautobahn A 3 bzw. A 5 (§ 2 Abs. 1 FStrG).
4. Die beim Umbau des nördlich der A 3 gelegenen Kreisels neugebauten Straßenteile der B 44 und eines von der Anschlußstelle Frankfurt-Süd zum Kreisel führenden Anschlußarmes der A 3 gelten durch die Verkehrsübergabe als gewidmet (§ 2 Abs. 6 a FStrG).
5. Die bisherige Teilstrecke der Bundesstraße 43 (Flughafenstraße)

von km 3,650 alt	
bis km 5,565 alt (an der B 44 — Mörfelder Landstraße —)	= 1,915 km

hat die Eigenschaft einer Bundesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. März 1983 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 2 Abs. 3 a FStrG und § 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt auf die Stadt Frankfurt am Main über (§ 43 HStrG).
6. Die bisherige Teilstrecke der Bundesstraße 43 (Flughafenstraße)

von km 1,524 alt	
bis km 3,650 alt	= 2,126 km

ist für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und wird mit Wirkung vom 1. März 1983 eingezogen (§ 2 Abs. 4 FStrG).
7. Die weiteren durch Neubaustrecken ersetzten alten Teilstrecken der Bundesstraßen 43 und 44 sowie der A 3 sind für den Verkehr entbehrlich geworden und gelten durch die Sperrung als eingezogen (§ 2 Abs. 6 a FStrG).
8. Die Teilstrecke der Bundesstraße 44 (Mörfelder Landstraße, Am Forsthaus und Isenburger Schneise)

von km 0,390 alt (bei km 0,742 der B 43 neu)	
bis km 1,500 alt (= km 0,000 alt),	
von km 0,000 alt (= km 1,500 alt)	
bis km 0,393 alt (= km 0,000 alt),	
und	
von km 0,000 alt (= km 0,393 alt)	
bis km 0,329 alt (Einmündung in die B 43 — Kennedyallee —)	

einschließlich der weiteren Verbindungsarme zur B 43 im Zuge der Einbahnregelung südöstlich von Niederrad

wird mit Wirkung vom 1. März 1983 Bestandteil der Bundesstraße 43.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Frankfurt am Main, Adalbertstraße 44—48, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 7. März 1983

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
III c 24 — 63 a 30

StAnz. 12/1983 S. 732

407

DER HESSISCHE SOZIALMINISTER

1. Änderung der Prüfungsordnung zur Durchführung von Abschlußprüfungen im Ausbildungsberuf Sozialversicherungsfachangestellter (PO-A)

Bezug: Erlaß vom 22. Oktober 1979 (StAnz. S. 2152)

Auf Grund des Beschlusses des Berufsbildungsausschusses vom 1. Dezember 1982 werden die nachstehenden Paragraphen wie folgt geändert:

§ 20 Abs. 4

Zur Ermittlung der durchschnittlichen Punktzahl für jede Prüfungsleistung ist die Summe der erzielten Punkte durch die Zahl der jeweiligen Prüfer zu dividieren. Ergeben sich hierbei Bruchteile von Punkten, so ist die erste Stelle nach dem Komma bis 4 nach unten, ab 5 nach oben auf volle Punkte zu runden.

§ 22 Abs. 1

Im Anschluß an den mündlichen Abschnitt der Prüfung stellt der Prüfungsausschuß das Gesamtergebnis der Prüfung fest. Hierbei sind der Mittelwert des schriftlichen Abschnitts mit dem Faktor 5 und die durchschnittliche Punktzahl des mündlichen Abschnitts mit dem Faktor 2 zu multiplizieren, die Ergebnisse zu addieren und die Summe durch 7 zu dividieren; ergeben sich hierbei Bruchteile von Punkten, so ist die erste Stelle nach dem Komma bis 4 nach unten, ab 5 nach oben auf volle Punkte zu runden. Die Prüfung ist bestanden, wenn sich nach Satz 2 mindestens 50 Punkte ergeben.

Frankfurt am Main, 3. Februar 1983

Landesversicherungsanstalt Hessen
gez. Frank

Nach § 41 Satz 4 BBiG wird die vorstehende Änderung der Prüfungsordnung genehmigt.

Wiesbaden, 28. Februar 1983

Der Hessische Sozialminister
I B 1 a — 8/10 e 111 — 200/83

StAnz. 12/1983 S. 733

408

Gewerbeaufsicht;

hier: Mehrfachbeschäftigung

Bezug: Erlaß vom 27. April 1982 (StAnz. S. 1012)

Mit dem o. a. Erlaß hatte ich im Hinblick auf das Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung nochmals hervorgehoben, welche besondere Bedeutung dem Problem der unzulässigen Mehrfachbeschäftigung über den Bereich des Arbeitsschutzes hinaus zukommt. Wenn an dieser Einschätzung auch unverändert festgehalten werden muß, ist der Bezugs-erlaß dennoch insofern hinfällig geworden, als er darauf hingewiesen hatte, daß das Fehlen einer nach § 40 a des Einkommensteuergesetzes vorgesehenen Bescheinigung über die Zulässigkeit der Lohnsteuerpauschalierung unter bestimmten Umständen Rückschlüsse auf Mehrfachbeschäftigung zulasse. Nach dem Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuerpauschalierung für Teilzeitbeschäftigte vom 16. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1738) wird nämlich eine derartige Bescheinigung nicht mehr verlangt, womit auch die im Bezugs-erlaß dargestellten Schlußfolgerungen entfallen.

Wiesbaden, 21. Februar 1983

Der Hessische Sozialminister
I C 2 — 53 c 101
Tgb.Nr. 215/82

StAnz. 12/1983 S. 733

409

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

Im Monat Februar 1983 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen:

1. Nr. 101/367 — Tarifvertrag vom 16. 12. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 — über Vergütungen, Urlaub und Urlaubsgeld für Auszubildende in landwirtschaftlichen Betrieben im Lande Hessen.

Tarifvertragsparteien:

Land- und Forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverband für Hessen e. V. und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland.

2. Nr. 101/368 — Manteltarifvertrag vom 9. 11. 1982 — gültig ab 1. 1. 1982 — für die Kontrollangestellten der Tierzucht im Landes Hessen.

Tarifvertragsparteien:

Land- und Forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverband für Hessen e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirk Hessen.

3. Nr. 402/195 — Tarifvertrag vom 30. 11. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 — zur Änderung des Tarifvertrages über eine überbetriebliche Alters- und Invalidenbeihilfe.

4. Nr. 402/196 — Tarifvertrag vom 11. 11. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 — zur Änderung des Tarifvertrages über das Verfahren für die Zusatzversorgung und für die Berufsausbildung.

Zu 3. und 4. betr. Arbeitnehmer des Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerks im Bundesgebiet.

Zu 3 und 4. Tarifvertragsparteien:

Bundesinnungsverband des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks, Frankfurt am Main, und IG Bau-Steine-Erden, Bundesvorstand, Frankfurt am Main.

5. Nr. 402/197 — Tarifvertrag vom 20. 1. 1982 — gültig ab 1. 1. 1982 — über betriebliche Sonderzahlungen.

6. Nr. 402/198 — Lohnarbeitsvertrag vom 24. 1. 1983 — gültig ab 1. 1. 1982 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.

7. Nr. 402/199 — Tarifvertrag vom 24. 1. 1983 — gültig ab 1. 1. 1982 — über Vergütungen für Auszubildende.

Zu 5. bis 7. betr. Arbeitnehmer des Diamantschleifergewerbes sowie deren Hilfs- und Nebenbetriebe im Bundesgebiet.

Zu 5. bis 7. Tarifvertragsparteien:

Bundesverband der Edelstein- und Diamantindustrie e. V., Idar-Oberstein, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt am Main.

8. Nr. 407/97 — Tarifvertrag vom 11. 11. 1982 — gültig ab 1. 12. 1982 — über Gehälter und Ausbildungsvergütungen.

9. Nr. 407/98 — Protokollnotiz vom 11. 11. 1982 über Gehälter und Jahresabschlusszahlung.

Zu 8. und 9. betr. Angestellte und Auszubildende der sanitärkeramischen Industrie Nordwestdeutschlands der Firmen KERAMAG, Keramische Werke AG, Ratingen, Werke Wesel und Ratingen.

- Zu 8. und 9. Tarifvertragsparteien:
Fachverband Sanitär-Keramische Industrie e. V., Frankfurt am Main, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
10. Nr. 700/1894 — Protokollnotiz vom 11. 1. 1983 — zum Manteltarifvertrag (u. a. Kurzarbeit) für die Arbeiter und Angestellten der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie e. V. und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt am Main.
11. Nr. 1103 1/126 — Lohntarifvertrag vom 22. 11. 1982 — gültig ab 1. 11. 1982 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
12. Nr. 1103 1/127 — Gehaltstarifvertrag vom 22. 11. 1982 — gültig ab 1. 11. 1982 — für die Angestellten.
13. Nr. 1103 1/128 — Tarifvertrag vom 22. 11. 1982 — gültig ab 1. 11. 1982 — über Vergütungen für Auszubildende.
Zu 11. bis 13. betr. Arbeitnehmer der Wachindustrie in Fulda und Umgebung.
Zu 11. bis 13. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Osthessen e. V., Fulda, und IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirksleitung Hessen, Frankfurt am Main.
14. Nr. 1501/123 — Gehaltstarifvertrag vom 15. 12. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 — für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende der ledererzeugenden Industrie in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz.
Tarifvertragsparteien:
Süddeutsche Tarifgemeinschaft der Lederindustrie e. V., Frankfurt am Main, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt am Main.
15. Nr. 1501/124 — Lohntarifvertrag vom 15. 12. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 — für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende.
16. Nr. 1501/126 — Änderungstarifvertrag vom 15. 12. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 — zum Manteltarifvertrag (u. a. Urlaubsdauer) für die gewerbl. Arbeitnehmer.
17. Nr. 1501/127 — Änderungstarifvertrag vom 15. 12. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 — zum Manteltarifvertrag (u. a. Urlaubsdauer) für die Angestellten.
Zu 15. bis 17. betr. Arbeitnehmer der ledererzeugenden Industrie im Bundesgebiet.
Zu 15. bis 17. Tarifvertragsparteien:
Süddeutsche Tarifgemeinschaft der Lederindustrie e. V., Frankfurt am Main, sowie Arbeitgeberverband der Nord- und Westdeutschen Lederindustrie e. V., Wuppertal, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
18. Nr. 1501/125 — Gehaltstarifvertrag vom 15. 12. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 — für die Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende der ledererzeugenden Industrie in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz.
Tarifvertragsparteien:
Süddeutsche Tarifgemeinschaft der Lederindustrie e. V., Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
19. Nr. 1502/179 — Schlichtungsabkommen vom 30. 9. 1982 — gültig ab 1. 9. 1982 — für die Arbeiter und Heimarbeiter der Lederwaren- und Kofferindustrie im Bundesgebiet.
20. Nr. 1502/180 — Manteltarifvertrag vom 15. 7. 1982 — gültig ab 1. 7. 1982 — für die Angestellten und Werkmeister der Lederwaren- und Kofferindustrie im Bundesgebiet (mit Ausnahmen).
Zu 19. und 20. Tarifvertragsparteien:
Verband der Deutschen Lederwaren- und Kofferindustrie e. V. und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand.
21. Nr. 1502/181 — Tarifvertrag vom 9. 12. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 — über eine Jahressonderzahlung/13. Monateinkommen.
22. Nr. 1502/182 — Gehaltstarifvertrag vom 9. 12. 1982 — gültig ab 1. 11. 1982 — für die Angestellten.
23. Nr. 1502/183 — Tarifvertrag vom 9. 12. 1982 — gültig ab 1. 11. 1982 — über Vergütungen für Auszubildende.
Zu 21. bis 23. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt am Main.
24. Nr. 1502/184 — Tarifvertrag vom 2. 12. 1982 — gültig ab 1. 7. 1980 — über die Gewährung vermögenswirksamer Leistungen.
25. Nr. 1502/185 — Tarifvertrag vom 2. 12. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 — über eine Jahressonderzahlung/13. Monateinkommen für Angestellte und Auszubildende.
26. Nr. 1502/186 — Tarifvertrag vom 2. 12. 1982 — gültig ab 1. 11. 1982 — über Vergütungen für Auszubildende.
27. Nr. 1502/187 — Tarifvertrag vom 2. 12. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 — über eine Jahressonderzahlung/13. Monateinkommen für gewerbliche Arbeitnehmer und Auszubildende.
28. Nr. 1502/188 — Lohntarifvertrag vom 2. 12. 1982 — gültig ab 1. 11. 1982 — für die gewerblichen Arbeitnehmer und Heimarbeiter.
29. Nr. 1502/189 — Gehaltstarifvertrag vom 2. 12. 1982 — gültig ab 1. 11. 1982 — für die Angestellten.
Zu 24. bis 29. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand.
Zu 21. bis 29. betr. Arbeitnehmer der Lederwaren- und Kofferindustrie im Lande Hessen.
Zu 21. bis 29. Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Lederwarenhersteller Hessen e. V., Offenbach am Main, sowie Landesinnung der Feintäschner und Feinsattler für Hessen, Offenbach am Main, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
30. Nr. 1700/523 — Tarifvertrag vom 8. 2. 1983 — gültig ab 1. 2. 1983 — über Vergütungen für Auszubildende der Holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie im Lande Hessen.
31. Nr. 1700/524 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 8. 2. 1983 — gültig ab 1. 2. 1983 — für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten der Holzindustrie und Kunststoffverarbeitung sowie der Sperrholzindustrie im Lande Hessen.
Zu 30. und 31. Tarifvertragsparteien:
Verband der Holzindustrie und Kunststoffverarbeitung Hessen e. V. und Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz.
32. Nr. 1700/525 — Tarifvertrag vom 12. 1. 1983 — gültig ab 1. 1./1. 7. 1983 — für die gewerblichen Arbeitnehmer, Angestellten und Vergütungen für Auszubildende des Tischlerhandwerks im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesfachverband Holz- und kunststoffverarbeitendes Handwerk Hessen, Innungsverband für das Tischlerhandwerk, und Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz.
33. Nr. 1901/273 — Tarifvertrag vom 17. 1. 1983 — gültig ab 1. 4. 1983 — für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende des Müllerhandwerks im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Hessischer Müllerbund, Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt am Main.
34. Nr. 2001 a/52 — Manteltarifvertrag vom 22. 11. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 — für die gewerblichen Arbeitnehmer und Heimarbeiter des Herrenmaßschneiderhandwerks im Bundesgebiet (außer Saarland).
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband des Bekleidungshandwerks e. V., München, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
35. Nr. 2001b/48 — Tarifvertrag vom 7. 1. 1983 — gültig ab 1. 2. 1983 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
36. Nr. 2001b/49 — Tarifvertrag vom 7. 1. 1983 — gültig ab 1. 2. 1983 — über Vergütungen für Auszubildende.

- Zu 35. und 36 betr. gewerbliche Arbeitnehmer und Auszubildende des Damenschneiderhandwerks im Lande Hessen.
- Zu 35. und 36. Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband für das Damenschneiderhandwerk Hessen und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand.
37. Nr. 2100/1226 — Tarifvertrag vom 10. 1. 1983 — gültig ab 1. 1. 1983 — über die Aufteilung des an die tariflichen Sozialkassen abzuführenden Gesamtbetrages für die Arbeitnehmer des Baugewerbes im Bundesgebiet.
38. Nr. 2100/1227 — Tarifvertrag vom 27. 1. 1983 — gültig ab 1. 4. 1983 — für die Arbeiter des Isoliergewerbes im Bundesgebiet.
Zu 37. und 38. Tarifvertragsparteien:
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V., Bonn, sowie Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V., Wiesbaden, und IG Bau-Steine-Erden, Frankfurt am Main.
39. Nr. 2102m/87 — Tarifvertrag vom 21. 9. 1982 — zum Bundeslohntarifvertrag für die Arbeiter des Gerüstbaugewerbes im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband Gerüstbau und IG Bau-Steine-Erden.
40. Nr. 2203/272 — Tarifvertrag vom 14. 4. 1982 — gültig ab 1. 4. 1982 — über Tabellenvergütungen und Vergütungen für Auszubildende der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe im Lande Hessen.
41. Nr. 2203/273 — Tarifvertrag vom 11. 3. 1982 — gültig ab 1. 1. 1982 — zur Änderung der Zusatzvereinbarung Nahverkehr für die Arbeitnehmer im Fahrdienst.
42. Nr. 2203/274 — Tarifvertrag vom 11. 3. 1982 — gültig ab 1. 1. 1982 — zur Fortgeltung des Zusatztarifvertrages und Vergütungstarifvertrages im Nahverkehr.
Zu 41. und 42. betr. Arbeitnehmer der Nahverkehrsbetriebe der Hessischen Elektrizitäts-AG und Überlandwerk Fulda AG.
43. Nr. 2203/275 — Tarifvertrag vom 11. 3. 1982 — gültig ab 1. 1. 1982 — zur Fortgeltung des Tarifvertrages über die Verhältnisse der Auszubildenden.
44. Nr. 2203/276 — Tarifvertrag vom 11. 3. 1982 — gültig ab 1. 1. 1982 — zur Änderung des Rahmentarifvertrages (u. a. Hausstandszulage).
45. Nr. 2203/277 — Tarifvertrag vom 11. 3. 1982 — gültig ab 1. 1. 1982 — zur Änderung des Vergütungstarifvertrages.
46. Nr. 2203/278 — Tarifvertrag vom 23. 4. 1981 — gültig ab 1. 4./1. 5. 1981 — über Tabellenvergütungen und Vergütungen für Auszubildende.
Zu 43. bis 46. betr. Arbeitnehmer der energiewirtschaftlichen Unternehmen im Lande Hessen.
Zu 40. bis 46. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V., Hannover, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, Frankfurt am Main.
47. Nr. 2301/46 — Tarifvertrag vom 24. 1. 1983 — gültig ab 1. 1. 1983 — zur Änderung des Tarifvertrages über Vergütungen für Auszubildende.
48. Nr. 2301/47 — Lohntarifvertrag vom 24. 1. 1983 — gültig ab 1. 1. 1983 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
Zu 47. und 48. betr. gewerbl. Arbeitnehmer und Auszubildende des Friseurhandwerks im Lande Hessen.
Zu 47. und 48. Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband Hessen des Friseurhandwerks und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
49. Nr. 2403/176 — Manteltarifvertrag vom 4. 11. 1982 — gültig ab 1. 4. 1982 — für die Arbeitnehmer des Rohstoffgewerbes im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Rohstoff-Verband Hessen e. V., Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main.
50. Nr. 2606c/45 — Manteltarifvertrag vom 26. 5. 1982 — gültig ab 1. 1. 1982 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
51. Nr. 2606c/46 — Lohntarifvertrag vom 15. 7. 1982 — gültig ab 1. 6. 1982 — für die gewerblichen Arbeitnehmer.
Zu 50. und 51. betr. gewerbliche Arbeitnehmer der Sicherheitstransportunternehmen im Lande Hessen.
Zu 50. und 51. Tarifvertragsparteien:
Bundesvereinigung für Sicherheitstransporte und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
52. Nr. 2702c-2/352 — Tarifvertrag vom 28. 6. 1982 — gültig ab 1. 3. 1982 — über Vergütungen für Auszubildende zum Sozialversicherungsfachangestellten, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Sozialversicherung, Bundesvorstand.
53. Nr. 2702c-2/353 — Tarifvertrag vom 28. 6. 1982 — gültig ab 1. 3. 1982 — über Vergütungen für Auszubildende zum Sozialversicherungsfachangestellten, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
Zu 52. und 53. betr. Auszubildende der Innungskrankenkassen im Bundesgebiet.
Zu 52. und 53. Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der Innungskrankenkassen und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
54. Nr. 2702c-6/468 — Tarifvertrag vom 16. 12. 1982 zur Verlängerung des Tarifvertrages vom 1. 3. 1968 (Gefahrenzulage) für die Angestellten in Tbc-Krankenanstalten oder auf Infektionsstationen der Landesversicherungsanstalt Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesversicherungsanstalt Hessen und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
55. Nr. 2702c-6/469 — Tarifvertrag vom 1. 1. 1983 zur Übernahme des 50. Tarifvertrages zur Änderung des BAT, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
56. Nr. 2702c-6/470 — Tarifvertrag vom 1. 1. 1983 zur Übernahme des 50. Tarifvertrages zur Änderung des BAT, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Sozialversicherung, Bundesvorstand.
Zu 55. und 56. betr. Angestellte der Landesversicherungsanstalten im Bundesgebiet (mit Ausnahmen).
Zu 55. und 56. Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
57. Nr. 2702c-6a/1761 — Tarifvertrag Nr. 400 vom 14. 1. 1982 — gültig ab 1. 4./1. 9. 1981/1. 1. 1982 — zur Änderung der Allgemeinen Vergütungsordnung (Anlage 1 a) des Manteltarifvertrages, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
58. Nr. 2702c-6a/1762 — Tarifvertrag Nr. 400 vom 14. 1. 1982 — gültig ab 1. 4./1. 9. 1981/1. 1. 1982 — zur Änderung der Allgemeinen Vergütungsordnung (Anlage 1 a) des Manteltarifvertrages, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
59. Nr. 2702c-6a/1763 — Tarifvertrag Nr. 400 vom 14. 1. 1982 — gültig ab 1. 4./1. 9. 1981/1. 1. 1982 — zur Änderung der Allgemeinen Vergütungsordnung (Anlage 1 a) des Manteltarifvertrages, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Sozialversicherung, Bundesvorstand.
60. Nr. 2702c-6a/1764 — Tarifvertrag Nr. 400 vom 14. 1. 1982 — gültig ab 1. 4./1. 9. 1981/1. 1. 1982 — zur Änderung der Allgemeinen Vergütungsordnung (Anlage 1 a) des Manteltarifvertrages, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten, Hauptverwaltung.
61. Nr. 2702c-6a/1765 — Tarifvertrag Nr. 400 vom 14. 1. 1982 — gültig ab 1. 4./1. 9. 1981/1. 1. 1982 — zur Änderung der Allgemeinen Vergütungsordnung (Anlage 1 a) des Manteltarifvertrages, abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Berlin.

62. Nr. 2702c-6a/1766 — Tarifvertrag Nr. 400 vom 14. 1. 1982 — gültig ab 1. 4./1. 9. 1981/1. 1. 1982 — zur Änderung der Allgemeinen Vergütungsordnung (Anlage 1 a) des Mantel-tarifvertrages, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands.
63. Nr. 2702c-6a/1767 — Tarifvertrag Nr. 400 vom 14. 1. 1982 — gültig ab 1. 4./1. 9. 1981/1. 1. 1982 — zur Änderung der Allgemeinen Vergütungsordnung (Anlage 1 a) des Mantel-tarifvertrages, abgeschlossen mit dem Marburger Bund.
Zu 57. bis 63. betr. Angestellte der Bundesversicherungs-anstalt für Angestellte im Bundesgebiet.
Zu 57. bis 63. Tarifvertragsparteien:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
64. Nr. 2702c-7/281 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 24 vom 27. 12. 1982 — gültig ab 1. 12. 1982 — zum EKT (Anlage 6, Reisekosten) für die Arbeitnehmer der Barmer Ersatz-kasse im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Barmer Ersatzkasse und Deutsche Angestellten-Gewerk-schaft.
65. Nr. 2702c-15/348 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 24 vom 8. 12. 1982 — gültig ab 1. 12. 1982 — zur Änderung der Anlage 6 zum EKT, abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hauptvor-stand.
66. Nr. 2702c-15/349 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 24 vom 8. 12. 1982 — gültig ab 1. 12. 1982 — zur Änderung der Anlage 6 zum EKT, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.
Zu 65. und 66. betr. Arbeitnehmer der Hamburg-Münche-ner Ersatzkasse im Bundesgebiet.
Zu 65. und 66. Tarifvertragsparteien:
Hamburg-Münchener Ersatzkasse, Hauptverwaltung, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
67. Nr. 2702c-16/143 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 24 vom 12. 1. 1983 — gültig ab 1. 12. 1982 — zur Änderung der Anlage 6 zum EKT für die Arbeitnehmer der Hamburgi-schen Zimmererkrankenkasse im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Hamburgische Zimmererkrankenkasse, Hauptverwaltung, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvor-stand.
68. Nr. 2702c-17/252 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 24 vom 3. 2. 1983 — gültig ab 1. 12. 1982 — zur Änderung der An-lage 6 zum EKT für die Arbeitnehmer der Hanseatischen Ersatzkasse im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Hanseatische Ersatzkasse und Verband der weiblichen Angestellten e. V.
69. Nr. 2702c-18/321 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 24 vom 29. 12. 1982 — gültig ab 1. 12. 1982 — zur Änderung der Anlage 6 zum EKT für die Arbeitnehmer der Kaufmänni-schen Krankenkasse im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Kaufmännische Krankenkasse und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
70. Nr. 2702c-21/70 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 24 vom 25. 1. 1983 — gültig ab 1. 12. 1982 — zur Änderung der Anlage 6 zum EKT für die Arbeiter der NEPTUN Berufs-krankenkasse für die Binnenschifffahrt im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
NEPTUN Berufskrankenkasse für die Binnenschifffahrt und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvor-stand.
71. Nr. 2702c-24/56 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 24 vom 5. 1. 1983 — gültig ab 1. 12. 1983 — zur Änderung der Anlage 6 zum EKT für die Arbeitnehmer der Handels-krankenkasse im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Handelskrankenkasse, Bremen, und Deutsche Angestell-ten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
72. Nr. 2804/726 — Protokollerklärung vom 30. 11. 1982 zum Tarifvertrag Nr. 365, abgeschlossen mit der Deutschen Postgewerkschaft, Hauptvorstand.
73. Nr. 2804/727 — Protokollerklärung vom 22. 12. 1982 zum Tarifvertrag Nr. 365, abgeschlossen mit dem Deutschen Postverband, Hauptvorstand, und der Christlich-demo-kratischen Postgescherkschaft, Hauptvorstand.
74. Nr. 2804/728 — Tarifvertrag Nr. 371 vom 30. 1. 1983 — gültig ab 1. 1./1. 4./1. 8. 1981/1. 1./1. 2./1. 12. 1982 — zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages Nr. 356 für Post-Betriebsärzte, abgeschlossen mit dem Deutschen Postverband, Hauptvorstand, und der Christlich-demo-kratischen Postgewerkschaft, Hauptvorstand.
75. Nr. 2804/729 — Tarifvertrag Nr. 371 vom 6. 12. 1982 — gültig ab 1. 1./1. 4./1. 8. 1981/1. 1./1. 2./1. 12. 1982 — zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages Nr. 356 für Post-Betriebsärzte, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 72.
Zu 72. bis 75. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Bundes-post im Bundesgebiet.
Zu 72. bis 75. Tarifvertragsparteien:
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
76. Nr. 2807/118 — Lohntarifvertrag vom 25. 8. 1982 — gültig ab 1. 10. 1982 — für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende.
77. Nr. 2807/119 — Lohntarifvertrag vom 4. 7. 1979 — gültig ab 1. 7. 1979 — für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende.
Zu 76. und 77. betr. gewerbliche Arbeitnehmer und Aus-zubildende des Tankstellen- und Garagengewerbes im Lande Hessen.
Zu 76. und 77. Tarifvertragsparteien:
Fachverband Tankstellen- und Garagengewerbe im VKT Hessen e. V., und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirk Hessen, Frankfurt am Main.
78. Nr. 2808/756 — Vergütungstarifvertrag Nr. 4 vom 18. 11. 1982 — gültig ab 1. 4./1. 12. 1982 — für das Bordpersonal der Hapag-Lloyd-Fluggesellschaft mbH im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien:
Hapag-Llyod-Fluggesellschaft mbH und Deutsche Ange-stellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
79. Nr. 2808/757 — Vergütungstarifvertrag Nr. 7 vom 3. 9. 1982 — gültig ab 1. 7. 1982 — für das Bodenpersonal der TAP Air Portugal im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien:
TAP Air Portugal, Direktion für Deutschland, und Deut-sche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
80. Nr. 2808/758 — Vergütungstarifvertrag vom 27. 4. 1982 — gültig ab 1. 5. 1982 — für das Bodenpersonal der IBERIA im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien:
IBERIA und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bun-desvorstand.
81. Nr. 3001/3433 — Änderungstarifvertrag Nr. 38 zum MTL II vom 8. 12. 1982 — gültig ab 1. 12. 1982 — (u. a. Wegegeld) für die Arbeiter, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
82. Nr. 3001/3434 — Änderungstarifvertrag Nr. 38 zum MTL II (u. a. Wegegeld) vom 9. 12. 1982 — gültig ab 1. 12. 1982 — für die Arbeiter, abgeschlossen mit der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes.
83. Nr. 3001/3438 — Anschließtarifvertrag zum Änderungs-tarifvertrag Nr. 38 zum MTL II (u. a. Wegegeld) vom 9. 12. 1982 — gültig ab 1. 12. 1982 — für die Arbeiter, abge-schlossen mit der Gewerkschaft der Polizei, Vorstand.
84. Nr. 3001/3439 — Anschließtarifvertrag zum Änderungs-tarifvertrag Nr. 38 zum MTL II (u. a. Wegegeld) vom 9. 12. 1982 — gültig ab 1. 12. 1982 — für die Arbeiter, abge-schlossen mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Hauptvorstand.

- Zu 81. bis 84. betr. Arbeiter der Länderverwaltungen und Betriebe im Bundesgebiet.
Zu 81. bis 84. Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
85. Nr. 3001/3435 — 3001a/2987 — Änderungstarifvertrag zum Vergütungstarifvertrag Nr. 20 vom 3. 2. 1983 für die Angestellten.
86. Nr. 3001/3436 — 3001a/2988 — Anschlußtarifvertrag zum Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte vom 3. 2. 1983.
87. Nr. 3001/3437 — 3001a/2989 — Anschlußtarifvertrag vom 3. 2. 1983 zum 48. und 49. Tarifvertrag zur Änderung des BAT für die Angestellten.
Zu 85. bis 87. Angestellte der Bundesverwaltungen und Länderverwaltungen und -betriebe im Bundesgebiet.
Zu 85. bis 87. Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister des Innern — sowie Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hauptvorstand.
88. Nr. 3001a/2985 — Änderungstarifvertrag Nr. 34 vom 8. 12. 1982 — gültig ab 1. 12. 1982 — zum MTB II für die Arbeiter, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
89. Nr. 3001a/2986 — Änderungstarifvertrag Nr. 34 vom 9. 12. 1982 — gültig ab 1. 12. 1982 — zum MTB II für die Arbeiter, abgeschlossen mit der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes sowie Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands, Bundesvorstand.
Zu 88. und 89. betr. Arbeiter der Bundesverwaltungen im Bundesgebiet.
Zu 88. und 89. Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister des Innern — und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
90. Nr. 3001a/2990 — Fünfter und Sechster Tarifvertrag vom 20. 10. 1982 — gültig ab 1. 12. 1980/1. 10. 1982 — zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 — Vergütungsordnung — für die Angestellten, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
91. Nr. 3001a/2991 — Sechster Tarifvertrag vom 20. 10. 1982 — gültig ab 1. 10. 1982 — zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 — Vergütungsordnung — für die Angestellten, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
92. Nr. 3001a/2992 — Tarifvertrag vom 20. 10. 1982 — gültig ab 1. 10. 1982 — zur Änderung des sechsten Tarifvertrages zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 — Vergütungsordnung — für die Angestellten, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 91.
93. Nr. 3001a/2993 — Sechster Tarifvertrag vom 20. 10. 1982 gültig ab 1. 10. 1982 — zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 — Vergütungsordnung — für die Angestellten, abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund.
Zu 90. bis 93. betr. Angestellte der Deutschen Bundesbank im Bundesgebiet.
Zu 90. bis 93. Tarifvertragsparteien:
Deutsche Bundesbank und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
94. Nr. 3001a-1/496 — Achtundzwanzigster Tarifvertrag vom 22. 11. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 — zur Änderung des MTArb II (Lohnzuschläge) für die Arbeiter der Bundesanstalt für Arbeit im Bundesgebiet.
Tarifvertragsparteien:
Bundesanstalt für Arbeit und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
95. Nr. 3002a/521 — Tarifvertrag vom 30. 11. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 — über die Erhöhung der Gehälter für die Arbeitnehmer des Kuratoriums für Heimdialyse e. V., Frankfurt am Main.
Tarifvertragsparteien:
Kuratorium für Heimdialyse e. V., Vorstand, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
96. Nr. 3003/149 — Vergütungs- und Lohntarifvertrag Nr. 18 vom 17. 5. 1982 — gültig ab 1. 3./1. 5. 1982 —.
97. Nr. 3003/150 — Tarifvertrag vom 17. 5. 1982 — gültig ab 1. 1. 1982 — über die Gewährung von Zulagen.
98. Nr. 3003/151 — Änderungstarif vom 17. 5. 1982 — gültig ab 1. 1./1. 5. 1982 — zum Bundesmanteltarifvertrag (u. a. Ortszuschlag).
99. Nr. 3003/152 — Tarifvertrag vom 17. 5. 1982 — gültig ab 1. 1. 1982 — zur Änderung des Zusatztarifvertrages zum Bundesmanteltarifvertrag (Urlaub).
Zu 96. bis 99. betr. Arbeitnehmer der Arbeiterwohlfahrt und deren Gliederungen im Bundesgebiet.
Zu 96. bis 99. Tarifvertragsparteien:
Arbeiterwohlfahrt — Bundesverband e. V. — Bonn, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
- Bindende Festsetzungen für die Heimarbeit:**
100. Nr. H-1209/75 — Bindende Festsetzung von Entgelten und Arbeitszeiten für die mit Maschinenstickerei in Heimarbeit Beschäftigten vom 7. 9. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 —.
101. Nr. H-1209/76 — Bindende Festsetzung von Entgelten für die mit Weißstickerei, Handklöppelei, Filetstopfen und Tülldurchzugsarbeiten in Heimarbeit Beschäftigten vom 7. 9. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 —.
Zu 100. und 101. veröffentlicht in BAnz. Nr. 235 vom 17. 12. 1982.
102. Nr. H-1209/77 — Bindende Festsetzung von Entgelten für die mit handgefertigten Buntstickerei- und Tapissierarbeiten aller Art in Heimarbeit Beschäftigten vom 6. 10. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983, veröffentlicht in BAnz. Nr. 20 vom 29. 1. 1983.
Zu 100. bis 102. beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für Stickerei und ähnliche Arbeiten.
103. Nr. H-1709/99 — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Klein- und Kleinstkorbwaren und verwandten Artikeln, Geflechten und Taschen aus Bast, Kunstbast, Litzten und sonstigen Austauschstoffen in Heimarbeit vom 26. 10. 1982 — gültig ab 1. 11. 1982 —.
104. Nr. H-1709/100 — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Arbeitszeiten für die Herstellung von Bastgeweben in Heimarbeit vom 26. 10. 1982 — gültig ab 1. 11. 1982 —.
105. Nr. H-1709/101 — Bindende Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von groben Korbwaren in Heimarbeit vom 26. 10. 1982 — gültig ab 1. 11. 1982 —.
Zu 103. bis 105. veröffentlicht in BAnz. Nr. 241 vom 28. 12. 1982, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von groben Korbwaren sowie von Klein- und Kleinstkorbwaren.
106. Nr. H-1709/102 — Bindende Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Korbmöbeln und Kinderwagen, Stuhl- und Rahmgeflechten in Heimarbeit vom 26. 10. 1982 — gültig ab 1. 11. 1982 —, veröffentlicht in BAnz. Nr. 243 vom 30. 12. 1982, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Korbmöbeln und Kinderwagen und für die Stuhl- und Rahmenflechterei.
107. Nr. H-1800/84 — Bindende Festsetzung von Mindestentgelten für die mit der Herstellung von Spielwaren, Christbaumschmuck, Festartikeln und verwandten Artikeln (ausgenommen Festartikel aus Papier und Pappe) sowie von Souvenirs in Heimarbeit Beschäftigten vom 8. 11. 1982 — gültig ab 1. 2. 1983 —, veröffentlicht in BAnz. Nr. 11 vom 18. 1. 1983, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für Spielwaren, Festartikel und verwandte Artikel.
108. Nr. H-2000/1085 — Bindende Festsetzung von Fertigungszeiten und sonstigen Vertragsbedingungen für die Herstellung von Herren- und Knabenoberbekleidung (Großstücke) in Heimarbeit vom 12. 10. 1982 — gültig ab 1. 11. 1982 —, veröffentlicht in BAnz. Nr. 17 vom 26. 1. 1983, be-

geschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Herren- und Knabenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen.

109. Nr. H-2000/1086 — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung für Änderungsarbeiten, Ausbesserungsarbeiten sowie Kunststopfen an Kleidung für Damen, Herren und Kinder ab Größe 80 vom 16. 12. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983 —, veröffentlicht in BAnz. Nr. 28 vom 10. 2. 1983, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Damen- und Kinderoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen sowie vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Herren- und Knabenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen.

110. Nr. H-2001/198 — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Fertigungszeiten und sonstigen Vertragsbedingungen für die in der Herstellung von Wäsche beschäftigten Gleichgestellten vom 12. 11. 1982 — gültig ab 1. 12. 1982, veröffentlicht in BAnz. Nr. 17 vom 26. 1. 1983.

111. Nr. H-2001/199 — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung für das Nähen von Gardinen und Vorhängen in Heimarbeit vom 12. 11. 1982 — gültig ab 1. 12. 1982 —, veröffentlicht in BAnz. Nr. 12 vom 19. 1. 1983.

112. Nr. H-2001/200 — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die mit dem Herstellen und Konfektionieren von Hosenträgern und verwandten Erzeugnissen in Heimarbeit Beschäftigten vom 12. 11. 1982 — gültig ab 1. 1. 1983, veröffentlicht in BAnz. Nr. 20 vom 29. 1. 1983.

Zu 110. bis 112. beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen, von Heimtextilien, Verbandsstoffen und Schirmen.

113. Nr. H-2002/173 — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und sonstigen Vertragsbedingungen für die mit der Herstellung von Pelzbekleidung sowie der Be- und Verarbeitung von Rauchwaren in Heimarbeit Beschäftigten vom 14. 9. 1982 — gültig ab 1. 4. 1983, veröffentlicht in BAnz. Nr. 18 vom 27. 1. 1983, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung, Be- und Verarbeitung von Rauchwaren.

114. Nr. H-2006/97 — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von handgenähten Lederhandschuhen in Heimarbeit vom 27. 10. 1982 — gültig ab 1. 12. 1982 —, veröffentlicht in BAnz. Nr. 13 vom 20. 1. 1983, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Lederhandschuhen.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.

Tarifexemplare sind nur bei den Tarifvertragspartnern erhältlich.

Wiesbaden, 3. März 1983

Der Hessische Sozialminister

I A 3 — 55 e — 3607

StAnz. 12/1983 S. 733

410

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der für den Verwaltungsangestellten Herbert Ujma vom Hessischen Sozialminister am 7. April 1975 ausgestellte Dienstausweis Nr. 186 ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 11. Februar 1983

Der Hessische Sozialminister

VB1a

StAnz. 12/1983 S. 738

411

PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

bei der staatlichen Polizei des Regierungsbezirkes Gießen

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Polizeimeister Hans Heinrich Lotz, PSt. Alsfeld (2. 2. 83), Thomas Formella, PSt. Marburg (3. 2. 83), Bernd Schneider, PSt. Marburg (6. 2. 83), Rolf Waßmuth, PSt. Marburg (23. 2. 83);

in den Ruhestand getreten:

die Polizeihauptmeister August Walter Riebeling, Armin Willi Tischer, PSt. Marburg (beide 31. 1. 83);

in den Ruhestand versetzt:

Polizeioberkommissar Holger August Henkel, PK Limburg (31. 1. 83).

Gießen, 2. März 1983

Der Regierungspräsident

I 3 S / I 3 K — 8 b 24 — 01

StAnz. 12/1983 S. 738

beim Hessischen Landeskriminalamt

ernannt:

zur Kriminalkommissarin Kriminalhauptmeisterin (BaL) Sonja Lang (11. 2. 83);

zu Kriminalkommissaren die Kriminalhauptmeister (BaL) Helmut Göring, Herbert Schäfer, Harald Schönsiegel, Peter Werner (sämtlich 1. 2. 83), Wilhelm Fernau (7. 2. 83);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: Kriminalobermeister Bernhard Hepp (25. 1. 83), Polizeiobermeister Hans Teßmer (25. 2. 83);

in den Ruhestand getreten:

Kriminalhauptkommissar (BaL) August Boes, Kriminalhauptmeister (BaL) Rudolf Alexander Prockl (beide 28. 2. 83);

entlassen:

Kriminalmeister-Anwärter (BaW) Alexander Zinkant (31. 1. 83) gem. § 41 HBG.

Wiesbaden, 28. Februar 1983

Hessisches Landeskriminalamt

VII/1 — 8

StAnz. 12/1983 S. 738

beim Hessischen Wasserschutzpolizeiamt

in den Ruhestand getreten:

Polizeihauptmeister (BaL) Hans Otto Weiler (28. 2. 83).

Mainz-Kastel, 1. März 1983

Hessisches Wasserschutzpolizeiamt

P/H 1-5114-1047/83

StAnz. 12/1983 S. 738

beim Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Inspektorin (BaP) Dagmar Sabine Sutter (21. 2. 83), Polizeikommissar (BaP) Edwin König (14. 2. 83), die Polizeiobermeister (BaP) Klaus-Dieter Probst (3. 2. 83), Heinrich Josef Arnold (10. 2. 83), Werner Kühn (11. 2. 83), Norbert Schardt (15. 2. 83), Horst Niewerth (16. 2. 83), Lothar Heerd (21. 2. 83), die Polizeimeister (BaP) Andreas Fritz Theodor Frankenbach (7. 2. 83), Uwe Heinrich Schmitt (21. 2. 83), Joachim Graf (28. 2. 83).

Frankfurt am Main, 4. März 1983

Der Polizeipräsident

P III/21 — 8 b 04 03

StAnz. 12/1983 S. 738

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

beim Regierungspräsidenten in Darmstadt

Gymnasien

ernannt:

zu Studienreferendaren/innen (BaW) Ricarda Bark, Sibylle Becher, Peter Bender, Henriette Beyer, Barbara Braun,

Sieglinde Buscher, Gudrun Doering, Ulrich Endres, Dagmar Endruweit, Brigitte Engel, Sigrid Fabry, Monika Fichtner, Jürgen Heep, Hartmut Helms, Rita Herber, Hans Ulrich Hornig, Christa Hrouda, Christine Joppke, Wilma Jung, Annette Kadziora, Werner Klassmann, Gabriele Klein, Gabriele Klink, Monika Latzel, Klaus Werner Lehnen, Matthias Libera, Renate Lotz, Rita Meier, Michaela Merkel, Hans. Th. Merzenich, Thomas Meyer, Werner Meyer, Sieghart Möller, Thomas Mohr, Klaus Müller, Christl Müller-Rentz, Bettina Narden, Petra Pfänder, Sigrun Puy, Bernd Rossbach, Dorothea Roth, Thomas Sachau, Sylvia Sauer, Monika Sauerland, Joachim Schlosser, Maria Schmitt, Bernd Schneider, Heinz Seidel, Bernard Skawran, Monika Stieren, Elisabeth Waldorff, Birgit Weigel, Gisela Winkler, Christh. Wörsdörfer, Gerd Wolter, sämtlich Wiesbaden, Hans-Peter Anton, Horst Aussenhof, Axel Barner, Dietmar Becker, Klaus-Dieter Beims, Karl Braun, Isolde Carra, Annegret Chavez, Claudia Forchner, Beate Graby, Barbara Graul, Michael Hahn, Jens Hashagen, Ina-Maria Hecht, Gerlinde Hess, Usula Höppner, Christiane Hofmann, Peter Horn, Katja Humburg, Brigitte Irmer, Wolfgang Janßen, Hans Kaiser, Gabriele Kecker, Gisela-Elisabeth Klemke, Thomas Knop, Eckhard Kohle, Peter Kraus, Stefan Krautschick, Andrea Kuttruff, Christina Lamping, Jutta Lindenthal-Lehr, Christine Ludwig, Barbara Marsall, Rudolf Matheis, Robert Morgenstern, Angelika Mückl, Anneli Pfeifer, Gabriele Pieck, Ursula Posorski, Stefanie Reinschild, Günther Schmitt, Claudia Schreiber, Michael Seikel, Kurt Heiner Thomas, Gisela Traumann, Wilfried Uhl, Gustav Weber, Theresia Weber, Ulrich Wilhelmi, Karin Wilen, Manfred Winter, sämtlich Offenbach, Jutta Ball, Brigitte Becker, Heinz Jürgen Biehle, Dorothee Bräunig, Udo Brehmer, Eva-Maria Breuer, Petra Breuer, Hermann Brot, Helmut Dick, Rosemarie Fragosa, Doris Fremgen, Martin Frenz, Bernd Fritz, Klaudia Grünholz, Theodor Günther, Uwe Heckmanns, Karl-Heinrich Hölzing, Matthias Hoffmann, Christiane Hüchelheim, Hermann Igel, Elisabeth Jostmeier, Christian Hoch, Sabine Koch, Friederike Kotouc, Martin Kraus, Angela Krumbein, Dagmar Meixner, Ursula Metternich, Ulr. Monnheim-Hausl, Norbert Nürnberg, Sigrid Neumann, Anke Pörtner, Brigitte Reiners, Dieter Riedel, Jürgen Roeske, Detlef Rosemann, Sieglinde Scherer, Jutta Schroven, Brigitte Schumann, Susanne Spindler, Helmut Stegner, Barbara Stowasser, Hans-Jörg Theuerl, Andreas Thomá, Ursula Vieth, Beate Wagner, Roland Weber, Barbara Wittersheim, Marita Zimblemeister, Ekkehard Zuther, sämtlich Bensheim, Dorothea Appel, Aranka Bandelow, Beatrix Blell, Monika Block, Siegfried Brandl, Britta Burghardt, Olaf Deller, Hans-Peter Dippel, Gabriele Döring, Dieter Doßmann, Ute Fackner, Monika Gerigk, Birgit Grieb-Lohwasser, Christiane Grüner, Renate Hefler, Klaus Heß, Rolf Hintke, Klaus Jördens, Ulrich Kibbat, Machael Kokoschka, Elfi Kraft, René Krause, Kirsten Lahmer, Peter Laux, Angelika Leder, Stephan Liesering, Dieter Maschner, Jürgen Maruhn, Ingrid Marx, Herbert Müller, Manuela Müller, Klaus Nüßler, Friedhelm Otten, Sabine Peschke, Toni Pfalzgraf, Angela-Martina Pilz, Petra Reese, Rita Reinheimer, Marianne Rock, Margit Rohleder, Hartmut Sattler, Norbert Schön, Ulrike Schröder, Marie-Therese Schulte, Claus-Jochen Seitter, Barbara Spies, Gudrun Stockert, Klaus Traxler, Lothar Walter, Heinz Wehner, Rita Wember, Michael Wiedmaier, Hartmut Albert, Christiane Alt, Roland Beilich, Klaus Benedickt, Karl Berressem, Waltraud Biermann, Beate Braun, Cornelia Dembicki, Michael Erdt, Heinz-Wilhelm Erxmeyer, Raimund Feld, Elsa Franke, Karin Gaigl, Felicitas Geyer, Maria Gotta, Klaus-Rüdiger Groening, Christian Häring, Martin Haesler, Ursula Hark, Horst Haub, Arno Hennig, Wolfgang Henrich, Reinhart Herfort, Petra Herold, Kornelia Hinkel, Helga Hinrichs, Ursula Jonuschat, Horst Juranowitsch, Gertrud Kammerinke, Nikolaus Katzer, Herbert Kesper, Barbara Kieser, Roland Kostial, Hans-Joachim Kraus, Andreas Langner, Helga Löffler, Annetrin Löw, Norbert Metzler, Barbara Metzner, Hans-Joachim Möser, Susanne Murawski, Gerald Ohlendorf, Ingrid Pfaff, Elisabeth Pistner, Heide Ralkowsky, Beate Reschny, Ingrid Rettig, Johannes Riedel, Hans-Jürgen Roos, Felicitas Rühlmann, Anne-Sabine Schleipen, Gerald Schneider, Ulrike Schrader, Michael Trappen, Mochthild Ulmschneider, Insa Voigt, Regina Aeppler, Martin Alpers, Gerd Bardy, Annemarie Berger, Rosemarie Bergmann, Michael Bleicher, Elisabeth Busch, Christoph Dohms, Johannes Drescher, Joachim Fiedler, Reiner Frey, Karin Gafflig, Lorenz L. Göser, Mathias Götzen, Wilhelm Groß, Jürgen Grün, Dr. Halil Ahmet Günes, Peter Hummel, Anneliese Jacob, Brigitte Jenster, Karla Jessen, Thomas Klee, Annette M. Kober, Rita Kohorst,

Ingrid Kostopoulos, Gabriele Lamza, Gisela Lausberg, Theodor Franz Maas, Eva Maschke, Martin Meier, Monika Musig, Johann Erich Neff, Harald Nenninger, Johannes Niehörster, Wolfgang Otto, Anke Picard, Otfmar Reichert, Hartmut Reul, Hans Peter Sauerwein, Johanna Schafferg, Monika Schaumburg, Petra Schellmann, Beate Schneider, Michael Schneider, Edgar Seidel, Gerhard Stadelmann, Christiane Wiegand, Angelika Zins, sämtlich Frankfurt, Gabriele Bauer, Constanza Belfie, Gerh. Brockschmidt, Rainer Burckhardt, Heike Deboy, Cornelia Dittmar, Wolfgang Dörbecker, Klaus Egert, Klaus Peter Emig, Wolfgang Fritzier, Anke Fröhlich, Irmtraud Gründer, Ingrid Hahne, Sabine Haselau, Inge Heinz, Bruno Heinz-Fischer, Inge Herrmann, Udo Jeserigk, Martina Karenberg, Gisela Kehr, Joachim Kittel, Helmut Klezi, Uta Knoth, Bergit Korschan, Ulrich Koss, Wolfgang Krause, Frauke Kretschmer, Anne Kreuzinger, Rolf H. Krüger, Bernd Kuhnt, Cordula Matthias, Marianne Moos, Matthias Plaputta, Astrid Rautenberg, Cornelia Rehse, Friedrun Reiss, Sigrun Richter, Maria Riesselmann, Klaus-U. Rönsch, Gisela Rother, Rainer Sasse, Ingeborg Schaaf, Thomas Schüssler, Irmgard Seidl, Manfred Sobotzik, Isolde Stallenberger, Manfred Stegmüller, Thomas Traxl, Werner Vierheller, Marion Walouch, Annette Wellhausen, Gabriele Wenzel, Gisela Werner, Thomas Winkler, Christel Angenheister, Wolfgang Assmuth, Christiane Belzer, Erhard Böhm, Christoph Dürkes, Dieter Eisenbach, Ruth Engel, Gabriele Epple, Frank Fischbach, Andreas Flach, Erika Fritzier, Ute Garbe, Sylvie Girardin-Dörfler, Manfred Glöckler, Ursula Grimlinger-Pertz, Lydia Gronbach, Andreas Günther, Hermann Gwiadza, Bruno Heinz-Fischer, Kornelia Hinkelmann, Lokadia Jähn, Lydia Karmann, Ulrike Kieser, Dirk-Detlev Klaehn, Gerhard Kleinbach, Sigrid Kloss, Angelika Kremp, Helga Langer, Edda Lehmann, Gerhard Markwart, Elke Mosberger, Ulrike Münkel, Heike Neitzert, Rita Nowak, Wulf Otte, Michael Plett, Sabine Racky, Paul Rauh, Christoph Riefer, Bernadette Scheidt, Siegfried Scholz, Hannelore Schmoll, Sabine Schütte, Thomas Sonnabend, Gerhard Spahn, Gertraud Steuernagel, Christoph Stoll, Christine Strecker, Robert Vering, Ingeborg Vogler, Monika Volk, Birgit Vollrath, Helga Volz, Christa Wachwitz, Hans-Dieter Wagner, Linda Wehn, Heide Wignanek, Horst Zacharias, Erika Zöller, sämtlich Darmstadt (sämtlich 1. 11. 82);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** Brigitte Bilshausen, Hochheim (1. 8. 82), Peter Küsters Rodgau (3. 8. 82), Brigitte Spieker, Karben (1. 8. 82), Kathrin Ehrenspeck, Rüsselsheim (18. 8. 82), Zita Moritz, Neu-Isenburg (4. 8. 82), Elisabeth Käser, Viernheim, Anette Kratz, Frankfurt, Horst Eberhardt, Heppenheim, Maria Blächer, Königstein, Helmut Oelecker, Rüsselsheim, Erika Rückert, Griesheim (sämtlich 1. 8. 82), Peter Eichner, Neu-Isenburg (2. 8. 82), Heidrun Drösel, Frankfurt, Sylvia Jonescu, Groß-Gerau (beide 1. 8. 82), Cornelia Quetscher, Rüsselsheim (2. 8. 82), Christian Aschermann, Neu-Isenburg (1. 8. 82), Klaus Reitz, Frankfurt (5. 8. 82), Erika Kraft, Darmstadt (15. 9. 82), Roswitha Diehl, Rodgau 1 (1. 8. 82), Christine Maronde, Wiesbaden (15. 9. 82), Ludgera Moeller, Bensheim, Dieter Brüns, Heppenheim, Dieter Kaufmann, Viernheim, Andrea Krawinkel, Groß-Gerau, Franz-Josef Hoehling, Viernheim, Dagmar Kötter, Heppenheim (sämtlich 1. 8. 82), Reimund Krönert, Lampertheim (1. 9. 82), Gerrit Hesse, Rüsselsheim (1. 8. 82), Yvonne Lang, Darmstadt (15. 10. 82), Claus Brand, Griesheim, Claudia Wasielewski-Knecht, Bad Nauheim (beide 1. 8. 82);

zu **Studienräten/innen** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Ulrich Flick, Darmstadt (6. 2. 83), Heinrich-Werner Spies, Michelstadt (11. 8. 82), Dieter Zangmeister, Bensheim (16. 8. 82), Peter Newsel, Hanau (12. 8. 82), Joachim Haberer, Darmstadt (1. 2. 83), Anneliese Jahns-Kleiß, Hanau (2. 8. 82), Sigrid Kleffmann, Wiesbaden (1. 11. 82), Hans-Joachim Röhrig, Butzbach (10. 9. 82), Bernhard Georgi, Heppenheim 29. 9. 82, Reinhold Schmidgall, Rüsselsheim (11. 10. 82), Ekkehard de Vries, Wald-Michelbach (12. 10. 82), Hiltrud Braut, Dietzenbach (1. 2. 83), Harald Kram, Darmstadt (16. 10. 82), Gerhard Röhner, Darmstadt (11. 11. 82), Siegfried Weißhaar, Reichelsheim (10. 11. 82), Ulrich Lehmann, Bensheim (18. 11. 82), Claus Laubscher, Rüsselsheim (26. 11. 82), Ulrich Krell, Wald-Michelbach (4. 11. 82), Bernd Sandrock, Nidderau (10. 12. 82), Helmut Gerbig, Bad Nauheim (15. 12. 82);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Dieter Stier, Friedberg (2. 8. 82), Karl Ernst Pulkert, Bad Nauheim (12. 8. 82), Karl Eckhard, Wiesbaden (16. 8. 82), Ewald Jae, Bruchköbel (12. 8. 82), Rolf Beckmann, Ffm.-Griesheim (15. 8. 82), Reinhard Badzura, Rüsselsheim,

Werner Borger, Raunheim (beide 1. 8. 82), Harald Nebhuth, Alsbach-Hähnlein (14. 7. 82), Ulrike Springer, Darmstadt (1. 8. 82), Dr. Dieter Glas, Friedberg (16. 8. 82), Thomas Woznik, Hanau (15. 8. 82), Dr. Brigitte Oels, Großkrotzenburg (11. 8. 82), Gisela Schwab, Geisenheim (5. 8. 82), Magdalene Hesse, Wiesbaden (18. 8. 82), Gisela Berning, Darmstadt (1. 8. 82), Ingeborg Gretsche, Langenselbold (2. 8. 82), Wolfram Hanreich, Hanau (26. 8. 82), Gunter Schmidt, Nidda (27. 8. 82), Anne-Marie Schinckel, Groß-Gerau (26. 8. 82), Anka Maican, Rödermark (27. 8. 82), Lydia Bark, Rodgau 1 (13. 8. 82), Kathrin Hensel, Frankfurt (30. 7. 82), Helmut Fuchs, Hanau (11. 8. 82), Anita Richter, Hausen (16. 8. 82), Helmut Deuster, Hanau (12. 8. 82), Gerhard Amberg, Frankfurt (20. 12. 82), Manfred Kurt, Seligenstadt (8. 12. 82), Claudia Hemmling, Frankfurt (10. 12. 82), Horst Pracht, Rodgau 1 (9. 12. 82), Karlheinz Heitmüller, Rodgau 1 (10. 12. 82), Horst Kirchhöfer, Dieburg (21. 12. 82), Thomas Renz, Aarbergen-Michelbach (1. 2. 83), Erich Steinfeld, Wiesbaden (1. 10. 82), Niels Rüdiger, Nieder-Roden (21. 12. 82), Ulrich Poesnecker, Wiesbaden (1. 1. 83), Monika Verfuß, Aarbergen-Michelbach (1. 2. 83), Monika Springer, Usingen (20. 12. 82), Hermann Mäger, Darmstadt (1. 2. 83), Hans-Helmut Schneider, Frankfurt (10. 1. 83), Michael Steinmetz, Alfred Walter, beide Mühlheim (beide 22. 12. 82), Rita Weinand, Idstein, Hans Bittner, Rodgau, Peter Winkelhog, Wiesbaden (sämtlich 1. 2. 83), Günter Scheib, Mühlheim (22. 12. 82), Karl-Heinz Riesner, Mainz-Kastel (1. 2. 83), Ehrhard Marz, Frankfurt (13. 12. 82), Heidemarie Voigt-Münch, Frankfurt (23. 11. 82), Dusanka Rathay, Wiesbaden, Burkhard Schüßler, Darmstadt (beide 1. 2. 83), Reiner Franz, Frankfurt (24. 9. 82), Günther Seng, Babenhausen (16. 9. 82), Heike Schmidt, Groß-Gerau (30. 7. 82), Marianne Assmann, Viernheim (25. 9. 82), Wolfgang Arnold, Friedberg, Walter Rippl, Frankfurt, Uwe Göttmann, Friedberg (sämtlich 24. 9. 82), Dorothee Oppermann, Kronberg (17. 9. 82), Peter Klemm, Hanau (21. 8. 82), Dr. Michael Möglich, Darmstadt (22. 9. 82), Josef Riedl, Frankfurt (9. 9. 82), Peter Steiger, Babenhausen (9. 8. 82), Hiltrud Braut, Dietzenbach (1. 2. 83), Engelbert Glaab, Großkrotzenburg (13. 9. 82), Hans Baranowski, Frankfurt (1. 11. 82), Hans Göttmann, Darmstadt (11. 10. 82), Gertrud Gutmann, Frankfurt (14. 10. 82), Michael Pfortner, Büdingen (15. 10. 82), Ingeborg Krug, Heppenheim (11. 10. 82), Klaus Gebhardt, Krieffel (5. 10. 82), Sabine Hirte, Frankfurt (13. 10. 82), Wolfgang Schleifer, Friedberg (29. 9. 82), Rudolf Müller, Bad Homburg (14. 10. 82), Udo Schindler, Neu-Isenburg (24. 6. 82), Walter Ponseck, Offenbach (15. 10. 82), Wolfram Schönherr, Bad Homburg (29. 9. 82), Dr. Hans Peter Reiffert, Darmstadt (30. 10. 82), Steffen Gutmann, Bensheim (1. 8. 82), Gerd Joachim (30. 8. 82), Claudia Walter, beide Bruchköbel (31. 8. 82), Gisela Berning, Darmstadt (1. 8. 82), Hartmut Wirth, Offenbach (23. 8. 82), Friedrich Meier-Himmelreich, Darmstadt (20. 8. 82), Dorothee Dörr, Rimbach (30. 8. 82), Klaus Fago, Frankfurt (26. 8. 82), Peter Süßner, Groß-Gerau (2. 8. 82), Jutta Buchheim, Gebhard Asal, beide Offenbach (beide 25. 8. 82), Klaus-Peter Hamann, Hanau (20. 8. 82), Eugen Rieß, Bad Nauheim (23. 8. 82), Ingrid Fuchs, Frankfurt (19. 8. 82), Margarete Wolf, Friedberg (23. 8. 82), Marita Freifrau von Milnowsky, Heppenheim (18. 8. 82), Hans Kurz, Bensheim (10. 9. 82), Werner Geisel, Frankfurt (3. 9. 82), Josef Hartmann, Rolf Koepfel, beide Bruchköbel (beide 30. 8. 82), Volker Nimrich, Frankfurt (27. 8. 82), Hans-Werner Gerlach, Johann-Erich Maier, beide Bad Homburg (beide 25. 8. 82), Ulrike Giesler, Viernheim (15. 9. 82), Bernhard Steinhauer, Offenbach (29. 9. 82), Werner Repert, Wiesbaden (6. 10. 82), Birgit Heller, Nidda (29. 6. 82), Hans-Christoph Ramm, Neu-Isenburg (17. 9. 82), Gerhard Glaser, Eppstein (28. 10. 82), Sigrid Hohmeyer, Wiesbaden (4. 11. 82), Irene Tabeling-Wandtner, Frankfurt (14. 10. 82), Jutta Reese, Freigericht (28. 10. 82), Heinrich Ritter, Darmstadt (1. 11. 82), Ute Ziegleski (23. 10. 82), Werner Pless, beide Groß-Bieberau (18. 10. 82), Winfried Breidenbach, Frankfurt (14. 10. 82), Ingrid Koch, Freigericht (28. 10. 82), Elmar Knoppik, Frankfurt (22. 10. 82), Ursula Lauschke, Neu-Isenburg (2. 11. 82), Dr. Jutta Strippe, Ober-Hambach (23. 10. 82), Burkhard Zerbst, Hofheim (4. 11. 82), Carmen Schoofs, Offenbach (29. 10. 82), Josef Hirschberger, Frankfurt (14. 10. 82), Andreas Ludwig, Büdingen (24. 6. 82), Jutta Rücker, Kelsterbach, Dieter Lotz, Wiesbaden (beide 1. 12. 82), Dr. Graziella Auburtin (23. 11. 82), Joachim Barnickel (24. 11. 82), Roman Debczyk, sämtlich Frankfurt (2. 11. 82), Brigitte Kunze, Dreieich (29. 10. 82), Dr. Werner Thomas, Darmstadt, Brigitte Jakobi, Frankfurt (beide 23. 11. 82), Gabriele Dennyardt, Bensheim (11. 11. 82), Hans-Peter Hochstätter (18. 11. 82), Angelika Jürgens, beide Frankfurt (12. 11. 82), Silvia Collin, Dreieich (29. 10. 82), Franziska Conrad, Seeheim-Jugenheim (2. 11. 82), Gerhard Kühn, Friedberg (25. 8. 82), Dr. Werner

Kexel (23. 11. 82), Ulrich Labonté (18. 11. 82), Gustav Schmitz, sämtlich Frankfurt (1. 2. 83), Dieter Peppeler-Voß, Griesheim (27. 8. 82), Horst Brust, Michelstadt (1. 2. 83), Klaus-Wilfried Hasler, Gernsheim (15. 11. 82), Silvia Bär (19. 11. 82), Sigrid Kohse-Pletsch, beide Frankfurt (12. 11. 82), Joachim Garbe, Freigericht (29. 11. 82), Michael Stanislaus (1. 2. 83), Eleonore Stephan, beide Frankfurt (19. 11. 82), Cornelia Brehler, Groß-Umstadt (11. 11. 82), Astrid Doss, Hofheim (9. 11. 82), Rita Schulte, Darmstadt (1. 2. 83), Rainer Gromes, Büdingen (2. 8. 82), Waltraud Kallenbach, Nieder-Roden (26. 11. 82), Ruth Gaubatz, Langen (22. 11. 82), Birgita Kocks-Kohlhoff, Rodgau 1 (26. 11. 82), Hans-Georg Jilg, Mühlheim (25. 11. 82), Dieter Hunsicker, Seligenstadt (26. 11. 82), Margit Jung-Scheerer, Bad Homburg (30. 11. 82), Gerhard Bruder (13. 12. 82), Christiane Suliman, beide Frankfurt, Rolf Laufer, Bensheim (beide 6. 12. 82), Norbert Dressler (2. 12. 82), Hans-Joachim Reh, beide Freigericht (29. 11. 82);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Waltraud Jäckel, Geisenheim (1. 10. 82), Manfred Feurer, Darmstadt (20. 10. 82), Joachim Opitz, Hanau, Norbert Jäger, Maintal, Jürgen Burck, Wiesbaden, Wilfriede Ninow, Darmstadt, Dr. Jürgen Hoffmann, Geisenheim, Georg Kindl, Hanau, Heinrich Ripp, Brigitte Lowsky-Wieser, Ingeborg Gundlach, Volkhard Müller, sämtlich Darmstadt, Bernd Bendig, Bad Schwalbach, Jörg-Ulrich Götz, Friedberg, Bernd Maurer, Taunusstein-Hahn, Josef Foschum, Darmstadt, Lutz Lange, Hanau, Michael Meyer, Bensheim, Wolfgang Zeh, Frankfurt, Dieter Wilk, Viernheim, Kurt Kreuzer, Groß-Bieberau, Paul Köster, Viernheim, Sigurd Rowold, Frankfurt, Helmut Kell, Heppenheim, Erhard Müller, Bruchköbel, Hannes Gallist, Wiesbaden, Klaus Ferro, Offenbach, Günther Faust, Darmstadt, Cordula Busch, Wiesbaden, Hansgeorg Müller, Sulzbach, Jürgen Schnelle, Frankfurt, Karin Sältzer-Burger, Butzbach, Dr. Martin Seletzky, Lampertheim, Joachim Harms, Neu-Isenburg, Dr. Gerold Keller, Jürgen Mang, beide Bensheim, Heidemarie Müller-Hermann, Peter Lang, beide Heppenheim, Frauke Schill, Stierstadt, Annegret Kossak, Bad Homburg, Reinhold Fuß, Königstein, Helga Zooge von Manteuffel, Rüsselsheim, Gustav Samuells, Groß-Umstadt, Manfred Berberich, Viernheim, Anna Margarete Knöpfle, Bensheim, Dr. Werner Thomas, Bad Nauheim, Rainer Hillenbrand, Kelkheim, Barbara Johansen, Butzbach, Jürgen Lüftner, Groß-Umstadt, Ulrich Steffen, Bruchköbel, Wolfgang Haußner, Gelnhausen, Heike Simon, Neu-Anspach, Monika Beck-Weinheimer, Schwalbach, Karin Kaebnick, Bensheim, Michael Rohowski, Mühlheim (sämtlich 1. 10. 82), Rainer Adolf, Offenbach (21. 10. 82), Joachim Bank, Kronberg, Wolfgang Hell, Rüsselsheim, Peter Fischer, Usingen, Claudia Saßmannshausen, Groß-Gerau, Obbe Bahnsen, Rimbach, Regina Steinmeyer, Dreieich, Elisabeth Uhr, Neu-Isenburg, Heinz Walter, Wächtersbach, Anneliese Adam, Ober-Roden, Dr. Erik Fey, Bad Vilbel, Helmut Nehrbaß, Richard Herbert, beide Wiesbaden, Anni Bartosch, Rüsselsheim, Hansjörg Rindberg, Offenbach, Dieter Wilk, Viernheim, Albrecht Kuhnigk, Hünstetten, Michael Wolff, Dreieich, Dr. Wolf Jöckel, Gisela Knüppel, Joachim Astemer, Franz-Rudolf Eichhorn, Ute Coiero, Christa Heitbaum (sämtlich 1. 10. 82), Antje Hähel (11. 10. 82), Ulrich Niebuhr, Jürgen Kummert, Werner Taubrich, Gisela Ruß, Erich Kuetz, sämtlich Frankfurt, Helmut Müller, Josef Foschum, beide Darmstadt (sämtlich 1. 10. 82);

zu **Oberstudienräten als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern an einer Gesamtschule** die Studienräte Claus Legat, Friedberg, Peter Hoffmann, Hanau (beide 1. 10. 82);

zu **Studiendirektoren/innen** die Oberstudienräte/innen (BaL) Gabriele Thiel, Sulzbach (26. 5. 82), Rainer Lohnes, Thomas Adamczak, beide Darmstadt, Hartmut Alpher, Bensheim, Otmar Maier-Harloff, Darmstadt, Dr. Udo Volker Reichert, Offenbach (sämtlich 1. 10. 82), Walter Kern, Frankfurt (11. 10. 82), Gisela Wand, Bensheim, Albert Jung, Groß-Bieberau, Günter Scheerer, Bensheim (sämtlich 1. 10. 82), Jörg Boländer, Rüsselsheim (16. 10. 82), Dr. Wolfgang Boelke, Frankfurt, Gerhard Pleschel, Rimbach, Klaus Müller, Groß-Gerau, Georg Haider, Rudolf Männel, beide Frankfurt, Heinz Widmer, Bensheim, Reinhold Eich, Darmstadt, Heinz Wermann, Bensheim, Dr. Peter Thomas, Offenbach, Heinz Widmer, Bensheim, Gerd Zboril, Darmstadt, Jürgen Gutzeit, Offenbach, Bernd Pöhl, Bensheim, Dr. Margit Beyer, Usingen (sämtlich 1. 10. 82), Peter Richter, Reichelsheim, Franz Bernhard, Königstein (beide 1. 11. 82), Ingeborg Strauß, Königstein, Karl-Hans Weiß, Darmstadt (beide 1. 10. 82);

zum **Studiendirektor als ständlgem Vertreter des Leiters eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymna-**

sfiums Studiendirektor Werner Lindenstruth, Hofheim (1. 10. 82);

zum Studiendirektor als ständigem Vertreter des Leiters eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern Studiendirektor Wolf-Dieter Heß, Bad Vilbel (1. 11. 82);

zum Oberstudiendirektor als Leiter eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern Studiendirektor als ständiger Vertreter des Leiters eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern Walter Kostron, Friedberg (1. 10. 82);

zu Direktoren an einer Gesamtschule als ständige Vertreter des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1000 Schülern Rektor an einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern Norbert Finke, Frankfurt (1. 10. 82), Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe Hans-Jürgen Eßinger, Riedstadt (1. 10. 82), Rektor an einer Gesamtschule als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülern Bruno Kraft, Nidderau (1. 11. 82);

zum Direktor einer Gesamtschule als Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1000 Schülern Oberstudienrat Wilfried Hennemann, Taunusstein-Bleidenstadt (6. 10. 82);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die Studienräte/in Harry Metzger, Rüsselsheim (15. 8. 82), Reinhard Deneffle, Gernsheim (2. 8. 82), Manfred Marquardt, Nidderau (13. 8. 82), Volker Christ, Dietzenbach (15. 8. 82), Frank Bocksnick, Kestelbach (1. 8. 82), Rolf Poggenhans (23. 8. 82), Manfred Distler (21. 8. 82), Hans-Ulrich Feix, sämtlich Bensheim (10. 9. 82), Robert Schnabel, Rödermark (23. 9. 82), Renate Gärtner-Schäfer, Bad Soden-Salmünster (19. 11. 82);

in den Ruhestand versetzt:

Studiendirektor Dr. Georg Conrad, Frankfurt (30. 11. 82), Direktor einer Gesamtschule als Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1000 Schülern Karl Herborn, Flörsheim (31. 7. 82), die Oberstudienräte/innen Irmgard Suhren, Wiesbaden (30. 9. 82), Peter Helm, Schwalbach, Josef Porzelt, Groß-Bieberau, Otto Laufner, Darmstadt, Herbert Mitzka, Lampertheim (sämtlich 31. 7. 82), Erika Schwarz (31. 1. 83), Georg Altenbrandt, beide Frankfurt, Heinrich Köberich, Darmstadt (beide 31. 12. 82), Studienrat z. A. Andreas Zybill, Heusenstamm (31. 8. 82), Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer Elfriede Szameitat, Wiesbaden (31. 7. 82);

entlassen:

die Studienrätinnen Sieglinde Noll, Groß-Gerau (31. 8. 82), Claudia Ebersoll, Heusenstamm (31. 7. 82), Gisela Knobloch, Frankfurt (31. 1. 83), die Studienräte z. A. (BaP) Dr. Werner Kirstein, Hattersheim (31. 7. 82), Werner Keil, Frankfurt (7. 9. 82), die Studienreferendare/innen Christiane Coulon, Frankfurt (14. 9. 82), Gabriele Ludwig, Frankfurt (30. 9. 82), Eberhard Dötsch, Regina Schäfer, beide Frankfurt (beide 14. 9. 82), Dorothea Fischer, Bensheim (26. 8. 82), Dieter Gröhllich, Groß-Gerau (14. 9. 82), Rainer Schulz, Darmstadt (31. 8. 82), Christa Kuntze (30. 9. 82), Joachim Feuerbach, beide Frankfurt (24. 9. 82), Herbert Horn, Darmstadt (9. 10. 82), Maria Heydari, Frankfurt (14. 9. 82), Antje Röthemeyer, Offenbach (24. 9. 82), Armin Krämer, Groß-Gerau (8. 9. 82), Kristian Hillmann, Frankfurt (9. 10. 82), Helga Lücke, Offenbach (30. 9. 82), Frank Dörfler (31. 10. 82), Lothar Seelig (27. 10. 82), Gisela Kleisen, sämtlich Frankfurt (30. 11. 82), Paul Hoffmann, Darmstadt (11. 11. 82), Werner Panknien (8. 11. 82), Christa Kilbinger (10. 11. 82), Hans-Friedrich von Funck, sämtlich Frankfurt (31. 10. 82), Reinhard Jakubaschke (25. 11. 82), Uwe Jahnke (27. 11. 82), Hans-Ludwig Bopp, sämtlich Darmstadt (25. 11. 82), Olaf Heck (25. 9. 82), Norbert Englert, beide Frankfurt (12. 11. 82), Georg Eßlinger, Rüsselsheim (31. 7. 82), Stefan Volkman (21. 12. 82), Hartmut Sattler (31. 12. 82), Peter Heipel, sämtlich Frankfurt, Michael Hahn (beide 3. 1. 83), Gabriele Konietzschke, beide Offenbach (9. 12. 82), Martin Kirschner (30. 11. 82), Marianne Rock, beide Frankfurt (31. 10. 82);

Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt:

zu Studienreferendaren/innen (BaW) Walter Augustin, Hildegard Bergmann, Werner Brabetz, Raimund Fischbach, Siegmund Frey, Günter Fritz, Rainer-Franz Guth, Helga John, Lydia Leber, Jürgen Natusch, Helmut Pfeifer,

Helmut Rütter, Kurt Roos, Gerhard Schönherr, Wolfgang Schmitt, Gudrun Sell-Menke, Ekkehard Stephan, Bernd Wachendörfer, Gerhard Franz, Josef Gasteier, Reinhold Jäger, Dieter Teichmann, Dieter Eufinger, Klaus Juratsch, Andreas Philipp, Gerd Christmann, Joachim Weber, Walter Thaben, sämtlich Wiesbaden, Angelika Bärwinkel, Dietmar Boy, Kurt Dressler, Wolfgang Eckes, Peter Engler, Siegfried Erlacher, Gerd Faerber, Dagmar Frömelt, Renate Grimm, Friedrich Hock, Wolfgang Köhler, Carola Klare, Günter Klein, Klaus Lettmann, Horst Röder, Karin Schad, Peter Schulte, Astrid Unthan, Christine Cossmann, Klaus Marake, Beate Weck, Margit Zeul, Cornelia Tacke, Ellen Wiesenäcker, Siegfried Wolters, Erhard Wullhorst, Hannelore Lange, Dieter Altvater, Hans-Ulrich Schöneck, Armin Thiel, Horst Schütz, Erich Gramlich, Wolfgang Bader, Thomas Faulhaber, Barbara Hinz, Georg Schaletzki, Klaus-Detlef Schermelleh, Beate Schmidt, Reinhold Stahler, Ute Steinbock, Veit Steinkamp, sämtlich Frankfurt, Detlef Aumann, Yvonne Barton, Armin Behrendt, Christina Blumöhr-Hau, Gregor Descyk, Jürgen Glassen, Manfred Huck, Alfred Kaizik, Andreas Klauke, Robert Andreas Babin, Mechthild Gross, Franz Henschel, Eduard Klinkner, Paul Gerhard Krichbaum, Andreas Lintzmeyer, Michael Schönemann, Alexander Schabowicz, Albert Stelzle, Friedhelm Steinkamp, Matthias Stumpf, Karl Wetzel, Gerhard Wolff, Gabriele Jahns-Dutenhöfer, Peter Geigenmüller, Thomas Reinholz, Bernd Klein, Stephanie Krack, Karola Maue, Bertold Osswald, Jürgen Schröter, Charlotte Secker, Werner Wöll, Rainer Weigel, Renate Amelunxen, Josefine Baur, Hermann Blindow, Dieter Geisbüsch, Wolfgang Giese, Horst Grundmann, Wolfgang Guthnick, Birgit Heege, Norbert Walach, Gerhard Kleinhans, Hans Pfeiffer, Norbert Reich, Werner Schneider, Gabriele Seidel, Albert Telcher, Franz Schuster, Werner Stumpf, Reiner Wagenhäuser, Maria Stegmann, Angelika Klapproth, sämtlich Darmstadt (sämtlich 1. 11. 82);

zu Studienräten/innen z. A. (BaP) Jochen Trieschmann, Nidda (1. 8. 82), Jörg Lange (10. 8. 82), Peter Springmann, beide Frankfurt (18. 8. 82), Gerhard Kleinböck (16. 8. 82), Robert Kleiner, beide Darmstadt (13. 8. 82), Volker König, Gelnhausen (1. 8. 82), Christine Schwarz (16. 8. 82), Hilmar Schneider, beide Frankfurt (24. 8. 82), Manfred Holder, Groß-Gerau (5. 8. 82), Klaus-Werner Bräuninger, Frankfurt (1. 9. 82), Florian Hauenstein, Wiesbaden (1. 2. 82), Edwin Jessl, Offenbach, Johannes Jansen, Lampertheim (beide 1. 8. 82), Hans-Joachim Kuhn, Rüsselsheim (5. 8. 82), Bettina Bruder, Bad Nauheim, Georg Rein, Darmstadt, Rainer Strack, Wiesbaden (sämtlich 1. 8. 82);

zu Studienräten die Studienräte z. A. (BaP) Hartmut Heyd, Butzbach (29. 9. 82), Heinz Eisenhauer, Darmstadt (30. 8. 82), Lothar Opfermann (26. 10. 82), Reinhard Bersch, beide Rüsselsheim (30. 9. 82), Wolfgang Lukesch, Darmstadt (9. 12. 82);

zu Studienräten/innen (BaL) die Studienräte/innen z. A. (BaP) Werner Engel, Frankfurt (24. 9. 82), Werner Bunzel, Jens-Rüdiger Lorenzen, beide Hanau, Rudolf Gerhard Ganz, Wiesbaden, Norbert Manus, Obertshausen (sämtlich 1. 10. 82), Heinrich Kössler (17. 8. 82), Wolfgang Korsch, beide Offenbach (1. 10. 82), Reinhold Schneider, Darmstadt (17. 8. 82), Horst Kammerhofer, Friedberg (16. 8. 82), Dagmar Müller-Schimmelpfeng, Frankfurt (25. 8. 82), Peter Federspiel, Oberursel (15. 8. 82), Horst Reuschenbach, Obertshausen (1. 9. 82), Anna Stan, Darmstadt (18. 8. 82), Hans Bergmann, Offenbach (1. 9. 82), Werner Zeller, Darmstadt (1. 10. 82), Peter Dieckmann, Dieburg (31. 8. 82), Reinhard Korsch, Sprendlingen (3. 9. 82), Rainer Franken, Kurt Linder, beide Offenbach (beide 1. 10. 82), Werner Kraus, Sprendlingen (3. 9. 82), Rainer Dorst, Offenbach (1. 10. 82), Götz Kahl, Hofheim (27. 9. 82), Reimund Schmidt (5. 10. 82), Kurt Rebenack, beide Frankfurt (11. 10. 82), Georg Weller, Oberursel (15. 8. 82), Hans-Jürgen Braudes, Wiesbaden (1. 12. 82), Ernst Willand, Offenbach (1. 10. 82), Beate Bender, Darmstadt (28. 9. 82), Hans-Jürgen Sommer, Geisenheim (1. 8. 82), Klaus Weinhold, Sprendlingen (3. 9. 82), Dieter Bergmann (2. 9. 82), Marianne Scholz-Rupp, beide Offenbach (6. 9. 82), Josef Tremel, Michelstadt (27. 9. 82), Albrecht Winter, Frankfurt (24. 9. 82), Sieglinde Sauer, Rüsselsheim (15. 9. 82), Wolfgang Winter, Frankfurt (23. 9. 82), Dieter Coerper, Darmstadt (30. 8. 82), Dietmar Schippers, Wiesbaden (1. 8. 82), Gernot Schroth (24. 9. 82), Helmut Haupt, beide Frankfurt (12. 10. 82), Volker Weichsel, Rüsselsheim (29. 9. 82), Elke Fichtner, Frankfurt (12. 10. 82), Manfred Walter, Usingen (23. 8. 82), Ursula Thiry, Hanau (1. 8. 82), Lothar Deppich, Frankfurt (24. 9. 82), Birgit Helfrich, Friedberg (2. 8. 82), Heinrich Wehner, Wiesbaden (1. 11. 82), Klaus-Uwe Barth, Bensheim (25. 10. 82), Reinhardt Felten, Friedberg (1. 2. 83), Roland Peterle, Bad Homburg (5. 11.

82), Hans Bonifer, Rüsselsheim (1. 2. 83), Gerd Brücker, Bensheim (4. 11. 82), Ulrich Kühn, Frankfurt (26. 10. 82), Gudrun Dietschmann-Kohn, Offenbach (2. 11. 82), Joachim Tritt (12. 11. 82), Hans Bauer, beide Wiesbaden (2. 11. 82), Klaus Neher (5. 11. 82), Uwe Greiner (12. 10. 82), Angela Schmidt, sämtlich Frankfurt (1. 12. 82), Jozsef Müller, Wiesbaden (20. 12. 82), Theodor Blau, Michelstadt, Klaus Peter Köhler, Offenbach, Gerhard Nath, Wiesbaden, Joachim Kappes, Frankfurt, Ulrich Stadelmann, Friedberg, Friedrich Götz, Darmstadt, Dieter Fast, Frankfurt, Jürgen Rippel, Hofheim, Petra Stechert (sämtlich 1. 2. 83), Wolfgang Agoston, beide Frankfurt (10. 1. 83), Norbert Wild, Hofheim, Reinhard Ehrke (beide 1. 2. 83), Peter Krause, beide Frankfurt (10. 1. 83);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Werner Gollbach, Hanau, Johann Roos, Gelnhausen, Ruth Seibert, Gudrun Randt, beide Hanau, Ekkehard Mische, Friedberg, Herbert Gröger, Franz Kroll, beide Darmstadt, Günter Kirschbaum, Hofheim, Dr. Ludwig Scheller, Offenbach, Peter Roth-Weickl, Obertshausen, Rudolf Ropenus, Martin Schilde, Werner Diehl, Günter Mayer, Agnes Gemes, sämtlich Darmstadt, Gernot Marchand, Peter Rupp, Manfred Rudolph, Uwe Schreck, Maria Stein, sämtlich Frankfurt, Hans-Eugen Schneider, Rüsselsheim, Gerhard Breuer, Dieburg (sämtlich 1. 10. 82), Rüdiger Schmitt, Frankfurt (11. 10. 82), Wilhelm Muth, Offenbach, Reike Veldmann, Taunusstein-Hahn, Irmgard Dongowski, Hanau, Mechthild Hellenbart, Taunusstein, Hartmut Grimm, Marlies Stahl, beide Büdingen, Manfred Tybussek, Obertshausen, Josef Freiburg, Nidda, Heinz Karl Methfessel, Schlüchtern, Wilfried Ohl; Friedberg, Christian Witke, Schlüchtern, Heinrich Zeh, Obertshausen, Carola Friedrich, Hofheim, Heinz Kramer, Friedberg, Hans-Joachim Flüger, Dreieich, Edda Halbig, Oberursel, Peter Roth-Weickl, Obertshausen, Peter Bauermann, Dreieich, Gisela Giersch, Rüsselsheim, Heinz-Dieter Metzler, Rainer Weintz, beide Hofheim, Ulrich Giesecke, Dieter Zwinger, Hans-Joachim Bäuerle, Peter Elborg, Carla Wirmer, Ulrich Stiegelmeier, Bernd Netzer, Michael Koch, Hans-Jörg Gudenus (sämtlich 1. 10. 82), Friedrich Blumenthal (11. 10. 82), Ernst Geitznauer, Renate Bause, sämtlich Frankfurt, Herbert Kersche, Irmtraud Janko, Hans-Joachim Elsner, Jürgen Meusel, Hans-Joachim Koltes, Maria von Pawelsz-Wolf, sämtlich Wiesbaden, Hans-Joachim Weitzäcker, Renate Nürrenbach, Barbara Rappenecker, Dr. Regina Neumann, Rudolf Ropenus, sämtlich Darmstadt (sämtlich 1. 10. 82);

zu **Studiendirektoren** die Oberstudienräte (BaL) Gunnar Dehmel, Wiesbaden, Bernd Kittelmann, Frankfurt, Peter Stock, Wendelin Richter, beide Wiesbaden, Herwarth Naujok, Frankfurt, Klaus-Dieter Kemnitz, Wiesbaden, Klaus Ochs, Taunusstein, Bardo Schwarz, Darmstadt, Wolf-Rüdiger Wandke, Wiesbaden (sämtlich 1. 10. 82), Joachim Euler, Frankfurt, Ernst Koch, Dreieich (beide 1. 11. 82);

zum **Oberstudiendirektor als Leiter einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern** Studiendirektor Sigwart Langsdorf, Friedberg (1. 10. 82);

zu/zur **Fachlehreranwärtern/in (BaW)** Lothar Kuch, Dreieich, Paul Bock, Rüsselsheim, Renate Jäger, Groß-Gerau (sämtlich 13. 8. 82);

zum/zu **Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP)** Gerhard Edel, Wiesbaden, Waltraud Eberhardt, Gelnhausen (beide 1. 8. 82), Helga Stein, Oberursel (4. 8. 82);

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Annelie Kupczyk, Wiesbaden (22. 4. 82), Brigitte Zöckler-Klapdor, Darmstadt (25. 8. 82), Christel Gaus, Frankfurt (23. 9. 82), Josef Sandner, Hanau (26. 8. 82), Marita Hegyaljai, Bensheim (1. 10. 82), Georg Michael Reiß, Michelstadt (27. 8. 82), Helmut Will, Offenbach (1. 12. 82), Marita Meister, Gelnhausen (2. 9. 82), Wilhelm Flehr, Offenbach (29. 10. 82), Inge Hanack, Friedberg (30. 11. 82), Linda Ott, Schlüchtern (10. 12. 82), Roswitha Faust, Frankfurt (1. 2. 83), Helga Voß, Wiesbaden (4. 1. 83), Ingrid Fossmeier, Offenbach (20. 12. 82);

zum **Fachlehrer (BaL)** Fachlehrer z. A. (BaP) Hanno Seliger, Gelnhausen (14. 10. 82);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
die Studienräte Reiner Hilf, Darmstadt (1. 11. 82), Wolfgang Kollmeier, Rüsselsheim, Helmut Weick, Darmstadt (beide 1. 2. 83);

in den Ruhestand versetzt:

Studiendirektor/in Josef Ferkinghoff, Darmstadt, Ursula Lommatzsch, Frankfurt (beide 31. 7. 82), die Oberstudien-

räte/in Adelheid Froster, Darmstadt (31. 7. 82), Helmut Becker, Frankfurt (31. 8. 82), Willi Basermann, Gelnhausen (30. 9. 82), Studienrat Hans-Michael Press, Wiesbaden (30. 9. 82), Fachlehrer/in für arbeitstechnische Fächer Hedwig Dobschek-Heil, Bad Homburg (31. 10. 82), Julius Wierny, Butzbach (31. 1. 83);

entlassen:

Studienreferendar Gottfried Sames, Darmstadt (25. 10. 82), Fachlehreranwärter Bernd Aschenbrandt, Gießen (7. 11. 82);

Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen

ernannt:

zu **Lehramtsreferendaren/innen (BaW)** Brigitte Bauer, Heike Bonk, Martina Hoffmann, Nina Lichtenhahn, Maria Cvachovec, Martina Immel, Ingeborg Kohl, Manfred Levy, Beate Pabst, Gudrun Pfeifer, Astrid Scharsig, Ariane Schuchardt, Ralph-Dietmar Seitz, Ulrich Stöver, Eva Bittner, Christine Bogar, Jutta Gottwals, Claudia Jäger, Doris Schorr, Mariam Goldmann, Sibille Krumm, Helmut Michel, Jutta Filzek, Renate Holler, Eva Keweloh, Hans Joachim Koschnitzki, Ruth Lang, Andrea Sessner, Lydia Sobieray, Iris Küber, Doris Maul-Schmidt, Manfred Mayer, Gabriele Pohlner, Iris Westphäling, Rüdiger Roßbach, sämtlich Wiesbaden, Petra Baunemann, Jürgen Diefenbach, Andrea Hansen, Regine Heydrich, Elke Hollmann, Riccarda Lau, Ute Maier-Diefenbach, Werner Schlosser, Michael Volk, Silvia Bender, Margret Dickes, Karin Grussbach, Ingrid König, Gerhard Müller, Jürgen Schreiber, Charlotte Göttler, sämtlich Hofheim, Birgit Fischer, Ursula Jakobi, Susanne Müller, Anette Reviol, Gabriele Schreier, Klaus Starkenberg, Birgit Wall, Erwin Dallmann, Wolfgang Ernst, Sabine Müller, Bärbel Legge, Henryk Noetzel, Jutta Oosten, Bernd Pospieszny, Christiane Wenzel, Klemens Witzemberger, Sybille Dörsam, Frauke Brinkmann, Sabine Toppe, Kathrin Thiemann, Martina Uhl, Uwe Balser, Bettina Puls, Hans-Jürgen Biermann, Jürgen Wittke, sämtlich Usingen, Petra Alles, Margit Birx, Claudia Kluge, Kerstin Sachse, Iris Schwerak, Silvia Wirth, Ingrid Börner, Inge Fettig, Michael Filsinger, Stephan Kolmer, Ute Kramny, Sabine Maurer, Dr. Oltmar Rahn, Iris Tross-Getto, Marina Ulfikowski, Petra Ulrich, Joachim Vogler, Doris Wabrauschek, Marina Weiler, Albert Heil, Beate Ramrath, Sigrid Strassheim, Uusula Zengeler, Monika Laufenberg, sämtlich Friedberg, Cornelia Jaekel, Eva Walter, Alin Akilli, Inge Baumgartl-Osmorlicic, Rosmarie Klenk-Herzig, Regina Kunz, Günther Wittekind, Cornelia Schmalbrock, Brigitte Timmann Schulze, Maral Yazmacyan, Ilona Fleischner, Andrea Herget-Becker, Michaela Strunz, Ursula Zelse, Peter Hansen, Ulrike Ising, Ulrike Niggemann, Ute Leissner, Erika Sallwey, Dorothea Korn, Brunhilde Lutsch-Del Taglia, Thomas Ruester, Margitta Sietzke, Michael Ulmer, Wolfgang Ziegler, Thomas Batton, Paul Dillmann, Ursula Drengwitz-Nees, Klaus Franke, Dagmar Friese, Bärbel Scharberg, Gisela Weinke, Sabine Kappitz, Florian Lindemann, Rainer Wolf, Peter Maul, Susanne Biermann, Heike Engelmann, Monika Kallnik, Helga Malewski, Ursula Albrecht, Peter Büchner, Beate Dietz-Eschenbrenner, Ricarda Hechler, Birgit Hein-Schmidt, Eva-Maria Hessemer, Manuela Hofmann, Rolf Holler, Rolf Miller, Ingeborg Platz, Petra Schröder, Andrea Stadager, Harald Hupfeld, Norbert Prinz, Astrid Vollmann, Doris Fertig, Dorothee Keitel, Anette Orgas, Irene Pfeiffer, Eduard Schilling, Gabriele Sulzmann, Irmina Ewerhart, Renate Jung, Susanne Reitz, Ruth Duwensee, Maria Thomas, Margit Glehsel, Ursula Bähr, Heike Barczaitis, Cornelia von Becker, Christine Bächerl-Kuhn, Gertrud Gillrath, Carla Hölker, Renate Hauschild, Sibylle Schneider, Veronika Ackva, Heribert Gerum, Ulrike Lerch, Rina Nentwig, Heidemarie Seeger, Anna Steiner, Birgit Wald, Rita Wolff, Gerhard Reutter, Ernst Niebergall, Gerhard Hilgers, Marianne Trejtnar, Bettina Blum, Anna Elisabeth Hiemenz, Astrid Mrugalla, Marianne Büchler, Michael Bau, Karin Gillig, Karin Hansen, Silvia Hintze, Peter Rittner, Lydia Ruthe-Preiss, Wolfgang Schadeck, Barbara Schwirn, Ursula Stünn, Vera Becker, Regina Arnold, Monika Kampa, Traude Hübeler, Gabriele Laun, Kirsten Radtcke, Karin Bender, Elke Brinker, Monica Forssell, Petra Jäger, Sigrid Keil, Martina Keiser, Monika Kinzig, Ingeborg Laber, Reinhold Stich, Reinhold Trautmann, Sabine Posniak, Isabel Finkel, Brigitte Roth, Marga Fischer, Beate Kohl, Petra Moll, Angela Schulz, Wibke Schwab, Alexander Thiem, Anke Fellberg, Kirsten Knöchel, Kersten Ruschke, Andrea Ulrich, Käthe Lemp, Yvonne Mengl, Karin Sommer, Barbara Wiegand, Martina Schmuck, Benno Eck, Angela Meinrup, Bettina Hootz, Ursula Schnabel, Karin Riefing, Horst Seibert, Irmhild Zentgraf, Monika Hoppe, Heike Greter, Joachim Erley, Angelika Schreier, Angelika Weiner, Elke Glan-

dorf, Gabriele Gumb, Luise Halter, Pia Schneider, Ingrid Schubert, Ursula Daab, Uwe Lulay, Barbara Neuhäuser, Claudia Pfeiffer, Jutta Schnellbaeher, Sabine Teigland, Ruth Hauenstein, Ursula Müller, Karin Sieger, Elke Kessler, Regina Pelizäus-Nietner, Veronika Fritsch, Elke Peters, Doris Marx, sämtlich Frankfurt (sämtlich 1. 11. 82);

zu **Lehrern/innen z. A. (BaP)** Gizella Imre, Groß-Gerau, Gabriele Dörr, Rödermark, Gudrun Emma Kraus, Griesheim, Lothar Anton Kübler, Wiesbaden, Bernd Heyl, Riedstadt, Karlheinz Ziegler, Christian Pirker, beide Darmstadt-Arheilgen, Marlis Beil, Büdingen, Ellen Lang-Petroll, Bischofsheim, Anita Schmitt, Rimbach, Bernd-Ulrich Adam, Ursula Bührung, beide Bensheim, Angelika Bardoux, Griesheim (sämtlich 1. 8. 82), Magdalena Böhm, Birkenau (2. 8. 82), Volker Wolf, Hainburg, Wolfgang Schaffert, Großauheim, Elli Fenslau, Darmstadt, Monika Forth, Nieder-Roden, Ursula Schreiber, Mühlheim, Franz Heinbach, Frankfurt, Thomas Klaffke, Neckarsteinach, Karin Wiesemüller, Bensheim, Hiltrud Herd, Eppertshausen, Sigrid Schreiner, Flörsheim, Gerd Weyrauch, Mörlenbach, Bernhard Böcher, Frankfurt, Walter Grüll, Lampertheim, Heidi Bengel, Frankfurt (sämtlich 1. 8. 82), Adriane Götz, Lampertheim (1. 11. 82),

die Lehrer/innen i. A. Detlev Harms, Bad Homburg, Reinhard Kübler, Babenhausen, Harald Duchardt, Frankfurt, Reinhard Babenik, Weil-Ems, Ute-Maria Heuler, Heike Beck, Maria Göring, sämtlich Babenhausen, Michael Müller, Bad Homburg (sämtlich 1. 8. 82), Reiner Höhl, Weiterstadt (1. 12. 82);

zum/zu **Fachlehrer/innen z. A. (BaP)** der/die Fachlehrer/innen in schulpraktischer Ausbildung Gertrud Zilch, Rödermark (2. 8. 82), Ursula Miklis, Weiterstadt (18. 2. 82), Karl-Conrad Fuldat, Nidderau (20. 2. 82), Lehrerin i. A. Brigitte Hagemeyer, Frankfurt (1. 8. 82);

zu **Fachlehrerinnen z. A. (BaP)** die Sozialpädagoginnen i. A. Jutta Ritschel, Bad Homburg (30. 7. 82), Roswitha Probst, Harheim (2. 8. 82), Erika Guth, Köppern (17. 8. 82), Tessa Steidinger, Frankfurt (16. 8. 72), Elfriede Dietrich, Seulberg (23. 8. 82), Ingrid Wachendorf, Schneidhain (1. 6. 82), Regina Weinrich-Köhn, Frankfurt (6. 8. 82), Waltraud Kujath, Dornholzhausen (1. 8. 82);

zum/zu **Fachlehrer/innen z. A. (BaP)** der/die Fachlehrer/innen in schulpraktischer Ausbildung zum Erwerb der Lehrbefähigung in mus.-techn. Fächern (BaW) Roswitha Haala, Langen (2. 8. 82), Else Gabler, Birstein (24. 9. 82), Ulrich Riethe, Hanau (11. 11. 82), Christel Wegerich, Darmstadt (6. 2. 82), Martina Pfaff, Beerfelden (20. 12. 82), die Jugendleiterin z. A. (BaP) Gisela Blankenburg, Frankfurt (2. 8. 82);

zu/zur **Lehrern/in** die Fachlehrer für musisch-technische Fächer Helmuth Knie, Birstein, Sigurd Knie, Wächtersbach (beide 1. 10. 82), Lehrerin z. A. (BaP) Ursula Vergin, Viernheim (1. 8. 82);

zu **Fachlehrerinnen** die Fachlehrerinnen z. A. (BaP) Ursula Möller-Redel, Gernsheim (26. 8. 82), Martina Geisler, Michelstadt (30. 8. 82), Marianne Losert, Birkenau (17. 12. 82), Anne-Marie Michel, Friedberg (13. 11. 82);

zu **Lehrern/innen (BaL)** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Heinz Kippels, Schlüchtern (11. 8. 82), Hannelore Amann, Neu-Isenburg, Norbert Zahn, Bad Soden-Salmünster (beide 5. 8. 82), Claudia Kolb-Hanisch, Frankfurt (2. 8. 82), Manfred Heller, Eschborn (17. 8. 82), Hanna Schink, Obertshausen (13. 8. 82), Maria Blind, Hattersheim (22. 7. 82), Volker Veit, Groß-Gerau (1. 8. 82), Friedemann Schlett, Darmstadt (4. 8. 82), Heinz Marburger, Altenstadt/Lindheim (29. 7. 82), Ernst Jochen Nagel, Sulzbach (3. 8. 82), Franz Eberle, Rödermark (9. 8. 82), Jürgen Fuchs, Hofheim (16. 8. 82), Sigrid Zwioerek, Langen, Erika Auer, Dietzenbach (beide 13. 8. 82), Rosemarie Kahle-Reinehr, Lampertheim (16. 8. 82), Kristina Schallenberg, Bad Homburg (17. 8. 82), Gertraud Lindemann, Ginsheim-Gustavsburg (2. 8. 82), Helga Lohnes, Erbach (24. 8. 82), Sigrid Sievers, Ronneburg (1. 8. 82), Heinz Müller-Lichtenheld, Mörfelden-Walldorf (9. 8. 82), Gabriele Kaiser, Bad Orb (30. 8. 82), Rüdiger Schäfer, Wächtersbach (24. 8. 82), Reinhard Lenz, Rüsselsheim (27. 7. 82), Wolfgang Schlegel, Klein-Umstadt (2. 8. 82), Reinhard Kitz, Bad Vilbel (27. 8. 82), Christa Hahner, Wiesbaden (30. 8. 82), Petra Stresow, Heusenstamm (16. 8. 82), Gisela Köhler, Hanau-Großauheim (31. 8. 82), Renate Müller, Wiesbaden (20. 7. 82), Karin Graja-Jüngst, Frankfurt (12. 8. 82), Renate Sperber, Wiesbaden (24. 8. 82), Marga Köhler, Frankfurt (3. 9. 82), Gabriele Leist, Darmstadt (30. 7. 82), Hans-Reiner Eckhardt, Bad Orb (30. 8. 82), Wolfram Koltzer, Raunheim (26. 8. 82), Ute Müller, Michelstadt (31. 8. 82), Edeltraud Heckmann, Hochheim (3. 9.

82), Gunhild Hilbert, Frankfurt (31. 8. 82), Christine Finselbach, Nieder-Roden (7. 9. 82), Matthias Seide, Ginsheim-Gustavsburg (10. 8. 82), Dieter Müller, Mörfelden-Walldorf (1. 9. 82), Anna Guthoff, Frankfurt (13. 9. 82), Marie-Luise Hentschke, Taunusstein-Bleidenstadt (10. 9. 82), Gabriele Fröhlich, Nieder-Roden (7. 9. 82), Melitta Schäfer, Dietzenbach (31. 8. 82), Ingeborg Fritz (14. 9. 82), Wilfried Russe, beide Frankfurt (1. 9. 82), Gudrun Martin, Breuberg (6. 9. 82), Ute Jochimsen, Frankfurt (24. 9. 82), Hartmut Richter, Kronberg (12. 10. 82), Gabriele Stauder, Wiesbaden (7. 10. 82), Hans-Joachim Wacker, Bad Homburg (14. 10. 82), Annelore Daum, Frankfurt (6. 9. 82), Wolfgang Müller, Weiterstadt (20. 9. 82), Willy Thomas, Groß-Gerau (1. 6. 82), Renate Mehl, Neu-Isenburg (17. 9. 82), Dieter Reinstädter, Stierstadt (30. 9. 82), Brita Häuser, Viernheim (22. 9. 82), Ute Schinke, Mühlheim (15. 9. 82), Corina Buhro, Obertshausen (30. 9. 82), Hubert Müller, Wiesbaden (14. 10. 82), Heinrich Semmel, Hanau (18. 10. 82), Simone Dackweiler-Gottschalk, Hanau (15. 10. 82), Cornelia Schneider, Gernsheim (18. 10. 82), Wilfried Galler, Groß-Zimmern (13. 9. 82), Ingrid GERMELMANN, Wiesbaden (30. 9. 82), Karl Heinrich Winkel (11. 10. 82), Richard Lehner, beide Mörfelden-Walldorf (1. 10. 82), Ulrike Schneider, Neckarsteinach (14. 10. 82), Günter Werner, Birkenau (12. 10. 82), Ulrike Lukesch, Weiterstadt (13. 10. 82), Friederike Schroth-Sargk, Walter Schwartz, beide Hanau (beide 27. 10. 82), Lutz Ehler, Frankfurt (12. 10. 82), Ursula Talgeh, Rüsselsheim (14. 10. 82), Anna Augustin, Darmstadt (18. 10. 82), Klaus Hellerbach, Oestrich-Winkel (28. 10. 82), Manfred Kosanke, Dreieich (25. 10. 82), Hannelore Bauer, Offenbach (12. 10. 82), Rita Newesil, Hanau (14. 10. 82), Elisabeth Kremer, Geisenheim (3. 11. 82), Sigrid Best (26. 10. 82), Marianne Knieß, beide Rüsselsheim (25. 10. 82), Barbara Drago-Koch (5. 11. 82), Lutz Ehler, beide Frankfurt (12. 10. 82), Angela Satter, Bad Vilbel (24. 9. 82), Felix Weilbacher, Frankfurt (21. 10. 82), Ursula Beuchert, Dreieich (25. 10. 82), Erhard Storoschenko (19. 10. 82), Norbert Bernhard (20. 10. 82), Ute Blindenhöfer, sämtlich Offenbach (15. 10. 82), Rita Schwartz, Rüdeshheim (28. 10. 82), Dorothea Niemand, Kelsterbach (18. 10. 82), Wilfried Schwab, Frankfurt (22. 10. 82), Brigitte Hahn (5. 11. 82), Annegret Garrecht, beide Hanau (22. 10. 82), Ute Klaffenbach, Bockenheim-Süd (5. 11. 82), Gerhard Menzel, Dreieich (29. 10. 82), Ulrike Scharf, Offenbach (3. 11. 82), Ellen Zöller, Friedberg (25. 10. 82), Dieter Zimmermann, Kriftel (26. 10. 82), Gerold Bielohlawek-Hübel, Helga-Elisabeth Rammelmeyer, beide Groß-Gerau (beide 27. 10. 82), Klaus Keltling, Ursula Taphorn, beide Frankfurt (beide 5. 11. 82), Ellen Fahrenbruck, Frankfurt (19. 11. 82), Sieglinde Lotz-Schäfer, Hanau (15. 11. 82), Evelyn Hermann, Eppstein (9. 11. 82), Gabi Wiese, Hanau (3. 11. 82), Dieter Schmitt, Hochheim (23. 11. 82), Ilse Mick, Frankfurt (12. 11. 82), Ilka Budniok, Wiesbaden (19. 8. 82), Monika Hein, Groß-Gerau (30. 11. 82), Kaori Uschiyama, Freigericht (2. 8. 82), Klaus Bakalo, Eltville (9. 12. 82), Dagmar Braun, Rüsselsheim (30. 11. 82), Agnes Seeger, Rüdeshheim (9. 12. 82), Werner Schönhals, Frankfurt, Helga Weber, Darmstadt (beide 12. 11. 82), Dietmar Meißner, Wiesbaden (30. 11. 82), Heidemarie Ecker, Erlensee (29. 11. 82), Hannelore Jany, Neu-Isenburg (4. 11. 82), Bettina Roser, Kelsterbach (18. 11. 82), Andrea Liebrecht, Urberach (16. 11. 82), Regina Hünermann, Hanau (22. 11. 82), Günther Brude, Frankfurt (23. 10. 82), Mechthild Creutz, Bad Vilbel (9. 12. 82), Ulrike Baumann-Ellenberger, Frankfurt (16. 12. 82), Hans-Werner Koob, Wiesbaden (22. 12. 82), Doris Thorn, Seligenstadt (30. 11. 82), Udo Pfeifer, Rüsselsheim (7. 12. 82), Annegret Pfaff, Wiesbaden (1. 2. 83), Evelyn Neumann, Bad Vilbel (9. 12. 82), Volker Anhalt, Mühlthal 1 (17. 12. 82), Monika Heitmann, Bad Homburg (6. 12. 82), Jürgen Hannibal, Frankfurt, Tanja Schönig, Hattersheim (beide 13. 12. 82), Ute Brenner, Hanau (21. 12. 82), Margarete Alt, Frankfurt (22. 12. 82), Rüdiger Steigleder, Hofheim (1. 11. 82), Ursula Bärmel, Ilka Bock, beide Hanau 9 (beide 10. 1. 83), Peter Döring, Babenhausen (6. 12. 82), Gerlinde Müller, Königstein (16. 12. 82);

zum/zur **Lehrer/in (BaL)** Hans Marx, Wiesbaden (2. 8. 82), Monika Petri, Taunusstein-Bleidenstadt (1. 8. 82);

zu **Fachlehrern/innen (BaL)** die Fachlehrer/innen z. A. (BaP) Anita Feuchter, Bad Schwalbach (12. 8. 82), Heinz Uffelmann, Kelkheim (2. 8. 82), Christiane Petzold, Flörsheim (4. 8. 82), Elisabeth Kirstein, Rüsselsheim (26. 7. 82), Dagmar König-Lüdde, Frankfurt (6. 8. 82), Roswitha Petit, Dreieich (10. 8. 82), Ilse Best, Griesheim, Karin Zacher, Freigericht (beide 2. 8. 82), Melita Flender, Wiesbaden (4. 8. 82), Ute Schich, Frankfurt (13. 8. 82), Ute Kops, Mühlheim (17. 8. 82), Elfriede Helle, Hanau (19. 8. 82), Marion Betz, Münster (18. 7. 82), Franz Held, Kelkheim (31. 8. 82), Chri-

stina Hein, Darmstadt (29. 9. 82), Colette Feltgen, Babenhäusen (9. 9. 82), Anna Elisabeth Grob, Offenbach (13. 8. 82), Roswitha Nielbock, Aarbergen-Michelbach (30. 10. 82), Klaus Pullmann, Babenhäusen (22. 9. 82), Brigitte Luchtenberg, Bensheim (1. 10. 82), Ernst Ulrich Hermann, Ffm.-Griesheim (1. 2. 83), Helmuth Diener, Hanau (10. 9. 82), Rainer Rink, Rödermark (24. 9. 82), Konrad Höhler, Frankfurt (11. 10. 82), Marina Gobel-Trumpfheller, Dieburg (13. 10. 82), Elisabeth Schütz, Sindlingen (11. 10. 82), Günther Schmidt-Buderus, Eltville (20. 10. 82), Rainer Trageser, Frankfurt, Jutta Brunotte, Flörsheim (beide 11. 11. 82), Christel Biebl, Frankfurt (12. 11. 82), Bernd Bawelczyk, Rödermark (25. 11. 82), Reinhard Brücker, Gedern (22. 11. 82), Wolfgang Hoffmann, Alsbach-Hähnlein (30. 11. 82), Peter Flöhr, Groß-Bieberau (29. 11. 82), Volker Brückmann, Viernheim (10. 12. 82), Anita Leimbach, Offenbach (8. 12. 82), Gerda Schoene, Stierstadt (16. 12. 82), Brigitta Schmidt-Hennecke, Hanau (4. 11. 82), Wilfried Saamer, Frankfurt (20. 11. 82), Ursula Ortman, Taunusstein-Bleidenstadt (20. 12. 82);

zu Fachlehrerinnen für mus.-techn. Fächer (BaL) die Fachlehrerinnen für mus.-techn. Fächer (BaP) Helga Scholz-Besler, Frankfurt (12. 10. 82), Anette Flügel, Offenbach (4. 11. 82), Ingrid Reinhard, Lampertheim (1. 1. 83);

zur Jugendleiterin im Schuldienst (BaL) Jugendleiterin im Schuldienst z. A. (BaP) Uta Fahney, Seulberg (6. 9. 82);

zur Hauptlehrerin als Leiterin einer Grundschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern Lehrerin Ilse Abel, Wallerstädten (20. 4. 82), Konrektorin als ständige Vertreterin des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Gertrud Göbel, Frankfurt (10. 11. 82);

zu Realschullehrern/innen die Lehrer/innen Heidi Beyer, Dorothea Fischer, beide Frankfurt (beide 1. 10. 82), Helmut Ludwig, Bad Schwalbach (25. 8. 82), Franz-Georg Quirnbach, Darmstadt (1. 10. 82), Barbara Brammer, Bad Vilbel (20. 9. 82), Gerlinde Klöppel, Butzbach (28. 9. 82), Ursula Gangl, Bensheim (24. 9. 82), Brigitte Petzold (1. 10. 82), Hildburg Giegerich, beide Darmstadt (28. 9. 82), Manfred Borm, Wiesbaden, Ludwig Schneider, Seeheim-Jugenheim, Inge Engelhardt, Schlüchtern (sämtlich 1. 10. 82), Beate Weitzsäcker, Dieburg (8. 11. 82), Birgit Haberland, Offenbach (18. 10. 82);

zum/zur Sonderschullehrer/innen z. A. (BaP) Johanna Assmann, Friedberg, Marina Grünärl, Hanau (beide 1. 8. 82), Rüdiger Horst, Mühlital (1. 2. 82);

zu Sonderschullehrern/innen (BaL) die Sonderschullehrer/innen z. A. (BaP) Heinz-Dieter Sieb, Idstein (1. 10. 82), Renate Sitter-Hald, Brigitte Merkel, Elisabeth Müller-Franken, sämtlich Idstein (sämtlich 1. 11. 82), Anna-Barbara Hellwig-Möcks, Idstein, Christine Riedel, Idstein (1. 11. 82), Christine Hack (4. 8. 82), Elvira Gotta, beide Frankfurt (16. 8. 82), Cornelia Doris Maria Cychy, Kelsterbach (2. 8. 82), Ilse Lappe, Offenbach (13. 8. 82), Wolfgang Karl Krapp, Wiesbaden (1. 8. 82), Dieter Thomas Schraut, Rüsselsheim (15. 8. 82), Doris Brigitte Wollrab, Rüsselsheim (2. 8. 82), Anna-Barbara Hellwig-Möcks, Frankfurt (12. 8. 82), Gisela Johannsen, Karben, Willi Zellmann, Reinheim (beide 31. 8. 82), Gerda Brielmann, Langen (1. 2. 83), Regina Hasselberg, Schlüchtern (9. 9. 82), Matthias Dengler, Idstein (1. 11. 82), Angela Wolf, Linsengericht-Altenhaßlau (1. 10. 82), Christine Kalisch, Oberursel (22. 9. 82), Doris Herrmann-Volkhardt, Frankfurt (3. 9. 82), Karola Stoll-Schneider, Wiesbaden (19. 7. 82), Mechthild Horstmann, Offenbach (16. 10. 82), Erika Eicke, Oberursel (22. 9. 82), Mechthild Zimmer-Zillas, Wiesbaden (13. 10. 82), Gabriele Buch, Frankfurt (11. 10. 82), Ingeborg Huppenbauer, Breuberg (8. 9. 82), Dorothee Müller, Langen (26. 10. 82), Maria Czogolla-Puth, Offenbach (20. 10. 82), Gisela Griese, Wiesbaden (1. 12. 82), Rosel Friedrich-Oztürkla, Wiesbaden (26. 10. 82), Wolfgang Bode, Rüsselsheim (11. 11. 82), Winfried Lotz, Hanau (18. 11. 82), Rainer Mohr-Herlitz, Frankfurt (11. 11. 82), Vera Affeln, Frankfurt (10. 11. 82), Manfred Grün, Groß-Zimmern (23. 11. 82), Hannelore Ludwig, Rüsselsheim (19. 11. 82), Reinhard George, Wiesbaden (1. 12. 82), Ursula Nerlich, Hochheim, Elke Keil, Langen (beide 21. 12. 82), Petra von Einem genannt von Rothmal, Frankfurt (20. 12. 82), Hildegard Waltemate (29. 12. 82), Rosemarie Dorhöfer, beide Offenbach (3. 1. 83), Lehrerin z. A. (BaP) Gisela Müller-Frey, Wiesbaden (30. 8. 82);

zu Sonderschullehrern/innen der/die Sonderschullehrer/in z. A. (BaP) Sabine Schneweiß-Schreiber, Offenbach (25. 8. 82), Herwig Kern, Höchst (8. 11. 82), Fachlehrer für musisch-technische Fächer Dirk Meckelburg, Frankfurt (1. 10. 82), die Lehrerinnen Jutta Seyb, Rüsselsheim (1. 10. 82), Edith Feuersänger, Frankfurt (26. 11. 82);

zu Konrektoren/innen als ständige Vertreter/innen des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern die Lehrer/innen Wilfried Vogt, Rüsselsheim, Irene Schumacher, Frankfurt, Rita Braß, Eppstein, Michael Fettel, Heppenheim, Karl-Alexander Jacobi, Frankfurt, Sabine Witsch, Fränkisch-Crumbach, Liselotte Libera, Wiesbaden (sämtlich 1. 10. 82);

zum/zur Konrektor/innen als ständige/m Vertreter/innen des Leiters einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern der/die Lehrerinnen Ingrid Voelkel, Weiterstadt 1 (1. 4. 82), Anni Appel, Taunusstein-Wehen, Waltraud Hochrein, Bürstadt, Detlef Bressau, Frankfurt, Dorit Riech, Neu-Isenburg (sämtlich 1. 10. 82);

zur Konrektorin als ständige Vertreterin des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Konrektorin als ständige Vertreterin des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Karin Hankel, Mühlheim (1. 10. 82);

zum/zur Konrektor/in als ständige/m Vertreter/in des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern Lehrerin Sybille Rieß, Hanau (1. 10. 82), Zweiter Konrektor einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern Hans Herrmann, Geisenheim (1. 10. 82);

zu Konrektoren als ständige Vertreter des Leiters einer Hauptschule und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe die Realschullehrer Helmut Holzderber, Höchst (1. 11. 82), Hans Scheibel, Darmstadt (1. 10. 82), Lehrer Anton Fried, Neu-Isenburg (1. 10. 82);

zum Konrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe Lehrer Friedrich Klemann, Darmstadt (23. 11. 82);

zum Konrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe Zweiter Konrektor einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülern, sofern dem Hauptschulzweig, dem Realschulzweig und der Förderstufe mehr als 360 Schüler angehören, Heinz Thiel, Rossbach (1. 10. 82);

zum Zweiten Konrektor einer Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülern Zweiter Konrektor einer Hauptschule mit mehr als 540 Schülern Walter Liebs, Mühlital 1 (1. 11. 82);

zu/zur Sonderschulkonrektoren/in als ständige Vertreter/in des Leiters einer Schule für Lernbehinderte mit mehr als 100 bis zu 200 Schülern die Sonderschullehrer/in Alfred Scharnbacher, Wiesbaden-Kostheim (1. 10. 82), Jörg Jungblut, Gernsheim, Liesel Thurn, Groß-Gerau (beide 11. 10. 82), Rolf Hillemann, Pfungstadt (1. 10. 82);

zur Sonderschullehrerin als ständige Vertreterin des Leiters einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 120 Schülern Sonderschulkonrektorin als ständige Vertreterin des Leiters einer Schule für Lernbehinderte mit mehr als 100 bis zu 200 Schülern Ilse Scheel, Wiesbaden (1. 10. 82);

zu Direktoren/innen als Ausbildungsleiter/innen die Lehrer/in Helmut Büttner, Adolf Hoffmann, Regina Hundrieser, sämtlich Wiesbaden, Ernst Mal, Frankfurt (sämtlich 1. 10. 82), Heinz Berges, Heppenheim (1. 11. 82), die Direktoren/innen einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Sabine Springer, Hofheim, Ute Klein, Wiesbaden, Gerhard Hahn, Friedberg, Rainer Maar, Frankfurt, Gertrud Brehm, Darmstadt, Sabine Werum, Wiesbaden, Beate Holle, Hofheim (sämtlich 1. 10. 82), Siegmund Richter, Usingen (1. 11. 82), Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern Fritz Ruzicka, Wiesbaden (1. 10. 82), Sonderschullehrer Joachim Jänsch, Heppenheim (1. 10. 82);

zur Lehrerin als Leiterin einer Grundschule mit bis zu 80 Schülern Lehrerin Maria Bachmann, Gröndau 4 (1. 10. 82);

zum/zur Rektor/innen einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern die Lehrerinnen Christine Frydrychowicz, Frankfurt (1. 10. 82), Helma Eckhardt, Hofheim (1. 4. 82), Konrektorin als ständige Vertreterin des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Gabriele Bothe-Scheffler, Nordenstadt (1. 10. 82), Zweiter Konrektor einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 540 Schülern Gerhard Fonzen, Hofheim (1. 10. 82);

zum Rektor einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern Sonderschullehrer Gerd Stamer, Michelstadt (1. 11. 82);

zum Rektor einer Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Lehrer Werner Burggraf, Frankfurt (1. 11. 82);

zum/zur Rektor/innen einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern der/die Lehrer/innen Ulrike Koester, Offenbach, Rita Seeger, Linsengericht, Jürgen Pilger, Frankfurt (sämtlich 1. 10. 82);

zum Rektor einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern Realschullehrer Peter Glanz, Darmstadt (1. 11. 82);

zu/zur Rektoren/in einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern die Lehrer/in Sigrid Stahl, Kiedrich, Alexander Zabler, Frankfurt (beide 1. 10. 82), Realschullehrer Wolfgang Härtel, Frankfurt (1. 10. 82), Hauptlehrer als Leiter einer Grundschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern Heribert Linn, Heppenheim-Kirschhausen (30. 4. 82);

zum Realschullehrer einer Realschule mit mehr als 360 Schülern Rektor einer Hauptschule mit mehr als 360 Schülern Lothar Rockoll, Frankfurt (1. 10. 82);

zum Sonderschulrektor einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 60 bis zu 120 Schülern Taubstummenoberlehrer Bernhard Jäger, Frankfurt (1. 11. 82);

zum Sonderschulrektor einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 120 Schülern Sonderschulrektor einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 60 bis zu 120 Schülern Gerhard Kinkel, Wiesbaden (1. 10. 82);

zum Sonderschulrektor einer Schule für Lernbehinderte mit mehr als 100 bis zu 200 Schülern Sonderschulkonrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Schule für Lernbehinderte mit mehr als 100 bis zu 200 Schülern Dankmar Seifried, Oberursel (1. 10. 82);

zu/zur Rektoren/in an einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern die Lehrer/in Kurt Petzold, Wiesbaden-Klarenthal (10. 10. 82), Horst Bernstein, Bad Schwalbach (1. 10. 82), Joachim Dollinger, Kriftel (1. 11. 82), Helga Wolf, Dreieich (1. 10. 82);

zum Direktor an einer Gesamtschule als ständigem Vertreter des Leiters einer Gesamtschule mit Oberstufe Rektor einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Ernst Albrecht, Oberursel (1. 10. 82);

zu Direktoren einer Gesamtschule als Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1000 Schülern Rektor einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe Ludwig Nösinger, Riedstadt (1. 10. 82), die Rektoren einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern Paul Hilf, Kelkheim, Dr. Willi Beiz, Eppstein (beide 1. 10. 82);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Lehrer/innen Monika Kneip, Maintal 2 (30. 9. 82), Bruno Schmitt, Wald-Michelbach (14. 10. 82), Regina Jung, Wiesbaden (15. 12. 82), Ulrike Schmanke, Wiesbaden (22. 12. 82), die Sonderschullehrerinnen Brigitta Schneider, Frankfurt (29. 11. 82), Elisabeth Cloos, Michelstadt-Steinbach (9. 12. 82), der/die Fachlehrer/innen Elke Becker, Höchst (2. 11. 82), René Weber, Nidda (26. 12. 82), Beate Weinmann, Hochheim (25. 2. 82);

in den Ruhestand getreten:

der/die Lehrer/innen Max Schlicht, Beerfelden, Käthe Ritter, Frankfurt (beide 31. 7. 82), Annemarie Böhme, Frankfurt (31. 8. 82);

in den Ruhestand versetzt:

die Lehrer/innen Gertrud Berta Zanner, Breuberg (31. 8. 82), Gabriele Ripp, Bensheim-Auerbach, Elvira Hamberger, Frankfurt, Siegfried Meiling, Reichelsheim, Susanne Werner, Frankfurt (sämtlich 31. 7. 82), Angela Steigerwald, Oberursel (31. 10. 82), Elisabeth Becker, Erlensee (31. 8. 82), Magdalena Geissler, Alsbach-Hähnlein (31. 7. 82), Silvia Zeitz, Friedrichsdorf (31. 8. 82), Peter Jachau, Brachtal (31. 12. 82), Ursula Baumlisberger, Rimbach (31. 1. 83), Gerda Weidmann, Hoch-Weisel (31. 12. 82), Annemarie Scholl, Hainburg, Gudrun Przybilla-Schmidt, Frankfurt, Regine Willführ, Pfungstadt, Waltraud Sarkowski, Frankfurt (sämtlich 30. 11. 82), Valerie Borowski, Biblis (31. 10. 82), Martha Müller, Wiesbaden (31. 12. 82), Sybille Endlich, Frankfurt (31. 8. 82), Josef Kandziora, Aarbergen-Michelbach, Elisabeth Hohlfeld, Oberursel-Weißkirchen, Erwin Beckerle, Biblis (sämtlich 31. 1. 83), Gisela Petersen (31. 12. 82), Hans-Joachim Henry, beide Frankfurt (30. 11. 82), die Realschullehrer/innen Horst Geipel, Friedberg, Christa Osterhild, Wiesbaden-Biebrich (beide 30. 11. 82), Horst Walter, Wiesbaden, Sabine Wenger, Frankfurt (beide 31. 1. 83), Sonderschullehrerin Hildegard Kraus, Wiesbaden (30. 11. 82), Fachlehrerin für musisch-technische Fächer Ute Reinwand, Hochheim (31. 12. 82), Taubstummenoberlehrer Otto Bechstein, Friedberg (31. 7. 82), Hauptlehrer Hans Preiß, Nidda (30. 11. 82), Konrektor Werner Uhl, Lohrhaupten (31. 7. 82), Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern Rolf Borchers, Frankfurt (31. 1. 83), Sonderschulkonrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 60 bis zu 120 Schülern Edmund Budny, Offenbach (31. 10. 82), Realschulkonrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Realschule mit mehr als 360 Schülern Reinhard Fuchs, Frankfurt (30. 9. 82), Rektor Franz Frei, Hanau (28. 2. 83), die Rektoren einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Horst Trautvetter, Karben (31. 5. 82), Karl Biba, Freigericht (31. 1. 83), Rektor einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern Rudolf Büdenbender, Ober-Ramstadt (31. 12. 82), Direktor einer Gesamtschule als Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1000 Schülern Walter Ruckelshausen, Bad Homburg (31. 7. 82), Pädagogische Leiterin an einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1000 Schülern Karola Schädel, Frankfurt (31. 7. 82);

entlassen:

die Lehramtsreferendare/innen Monika Lukosch, Hanau (31. 8. 82), Ellen Krauser, Dieburg (30. 9. 82), Monika Seck-Agthe, Frankfurt (6. 9. 82), Wolfgang Barth-Volk, Frankfurt (22. 10. 82), Dieter Kraft, Usingen (27. 11. 82), Ingrid Deminatus, Dieburg (31. 10. 82), Helga Baumann, Frankfurt (28. 11. 82), Inge Fettig, Friedberg (31. 12. 82), Gertrud Etzel, Groß-Gerau (30. 11. 82), Astrid Ballweg, Groß-Gerau (3. 2. 83), die Lehrerinnen z. A. Ingrid Mittenhuber, Reichelsheim, Erika Gaida, Hattersheim, Roswitha Wessely, Wixhausen, Marianne Küffel, Pfungstadt, Ines Nord, Kriftel (sämtlich 31. 7. 82), der/die Lehrer/innen Gisela Sauer, Offenbach (15. 10. 82), Brigitte Huber, Rüsselsheim (10. 8. 82), Ursula Kuhn (20. 8. 82), Anita Matner (30. 9. 82), Hans-Jürgen Wolff (11. 9. 82), Oda Steudel, sämtlich Frankfurt (12. 11. 82), Christa Schoppmann, Wiesbaden (31. 7. 82), die Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer Gertraud Schwalm, Altenstadt 2, Christine Bernges, Erlensee (beide 31. 7. 82), Christel Riemenschneider, Heusenstamm (31. 8. 82), Margarete Vlach, Worfelden (31. 1. 83), die Fachlehrerinnen in schulpraktischer Ausbildung zum Erwerb der Lehrbefähigung in musisch-technischen Fächern Eva Jäckel-Christian, Frankfurt (7. 6. 82), Helga Sehlbach, Darmstadt (31. 10. 82).

StAnz. 12/1983 S. 738

412 DARMSTADT

DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Lautertal/Ortsteil Gadernheim, Landkreis Bergstraße, vom 18. Februar 1983

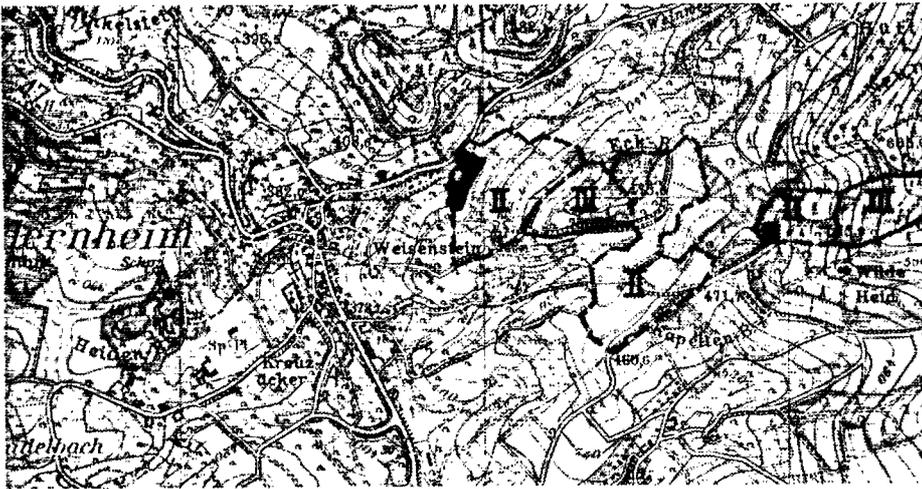
Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Lautertal, Landkreis Bergstraße, werden hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) in der Fassung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 373), in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes

(HWG) in der Fassung vom 12. Mai 1981 (GVBl. I S. 153) für die Trinkwassergewinnungsanlagen im Ortsteil Gadernheim zwei Wasserschutzgebiete festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1

Einteilung der Wasserschutzgebiete

Die Wasserschutzgebiete für die Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Lautertal/Ortsteil Gadernheim, Landkreis Bergstraße, die sich auf Teile der Gemarkung Gadernheim erstrecken, werden in folgende Zonen eingeteilt:


Zeichenerklärung:

- Fassungsbereiche (Zonen I)
- Engere Schutzzonen (Zonen II)
- Weitere Schutzzonen (Zonen III)

A. Wasserschutzgebiet für die Quellen 1—7

- Zone I (Fassungsbereich),
- Zonen II (Engere Schutzzonen),
- Zonen III (Weitere Schutzzonen).

B. Wasserschutzgebiet für die Quelle 8

- Zone I (Fassungsbereich),
- Zone II (Engere Schutzzonen),
- Zone III (Weitere Schutzzonen).

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und dem dazugehörigen Katasterplan i. M. 1:2000, in dem diese Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zonen I (Fassungsbereiche) = rote Umrandungen,
- Zonen II (Engere Schutzzonen) = blaue Umrandungen,
- Zonen III (Weitere Schutzzonen) = gelbe Umrandungen.

§ 2
Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen
A. Wasserschutzgebiet für die Quellen 1—7

- I. **Fassungsbereich für die Quellen 1—3 (Zone I)**
Der Fassungsbereich erstreckt sich auf die Flurstücke Nrn. 602 und 606 der Gemarkung Gaderndorf.
- II. **Engere Schutzzonen (Zonen II)**
 1. **Engere Schutzzone für die Quellen 1—4**
Die Engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Gaderndorf:
Flurstücke Nrn. 601, 603, 616 und 617,
Flurstücke Nrn. 618, 619 und 620 (jeweils östlicher Teil — im Westen durch eine Gerade, die von dem südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 616 in südlicher Richtung zu dem westlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 621 verläuft, begrenzt),
Flurstücke Nrn. 621, 745, 746, 747/1, 747/2, 748, 749, 750/1, 750/2, 751, 752 und 753,
Flurstücke Nrn. 757, 758 und 761 (jeweils südwestlicher Teil — im Nordosten durch eine Gerade, die von dem nördlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 753 in nordwestlicher Richtung zu der nordwestlichen Seite des Flurstückes Nr. 761 [Grenzstein 68 m nordöstlich des westlichen Eckpunktes des Flurstückes Nr. 761] verläuft, begrenzt),
Flurstücke Nrn. 764 und 765.
 2. **Engere Schutzzone für die Quellen 5—7**
Die Engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Gaderndorf:
Flurstück Nr. 139 (teilweise — im Norden durch eine Gerade, die von dem östlichsten Eckpunkt des über das Flurstück Nr. 739 verlaufenden nicht ausgeteinten Waldweges über den Polygonpunkt 378 a in nordöstlicher Richtung zu der östlichen Seite des Flurstückes Nr. 139 verläuft, und im Westen durch eine Gerade, die von dem südlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 740 in südlicher Richtung zu der nördlichen Seite des Flurstückes Nr. 722 [Grenzstein 55 m südwestlich des Polygonpunktes 373] verläuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 148 (teilweise — im Osten durch eine Gerade, die von dem südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 733/2 in südwestlicher Richtung zu dem nordöstlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 695 verläuft, und im Westen durch die in nördlicher Richtung verlängerte westliche Seite des Flurstückes Nr. 697 begrenzt),

Flurstück Nr. 691 (nordöstlicher Teil — im Südwesten durch eine Gerade, die von der südöstlichen Seite des Flurstückes [Trigonometrischer Punkt 460, 58] in nordwestlicher Richtung zu dem südlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 692 verläuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 692 (nordöstlicher Teil — im Südwesten durch die nordöstliche Seite eines nicht ausgeteinten, über das Flurstück verlaufenden Weges begrenzt),
Flurstücke Nrn. 693—697 und 714—718,

Flurstücke Nrn. 720—722 (jeweils nordöstlicher Teil — im Südwesten durch eine Gerade, die von der südöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 720 [Grenzstein 58 m nordöstlich des nordöstlichen Eckpunktes des Flurstückes Nr. 718] zu der nordwestlichen Seite des Flurstückes Nr. 722 [Grenzstein 55 m südwestlich des Polygonpunktes 373] verläuft, begrenzt),
Flurstücke Nrn. 723, 724, 730 und 731,

Flurstück Nr. 738 (westlicher Teil — im Osten durch eine Gerade, die von dem westlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 737 in nordwestlicher Richtung zu dem westlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 833 verläuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 739 (teilweise — im Südwesten durch eine Gerade, die von dem westlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 740 in nordwestlicher Richtung zu der westlichen Seite des Flurstückes [südlichster Eckpunkt des über das Flurstück verlaufenden, nicht ausgeteinten Waldweges] verläuft, und im Norden durch die südliche Seite des über das Flurstück verlaufenden, nicht ausgeteinten Waldweges und eine Gerade, die von dem östlichsten Eckpunkt des über das Flurstück verlaufenden, nicht ausgeteinten Waldweges über den Polygonpunkt 378 a in nordöstlicher Richtung zu der westlichen Seite des Flurstückes Nr. 139 verläuft, begrenzt),
Flurstück Nr. 740,

Flurstück Nr. 741 (östlicher Teil — im Westen durch eine Gerade, die von dem südlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 740 in südlicher Richtung zu der nördlichen Seite des Flurstückes Nr. 722 [Grenzstein 55 m südwestlich des Polygonpunktes 373] verläuft, begrenzt).

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die Weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Gaderndorf:

- Flurstück Nr. 739 (südwestlicher Teil — im Nordosten durch die südwestliche Seite der Engeren Schutzzone für die Quellen 5—7 begrenzt),
- Flurstück Nr. 741 (mit Ausnahme der Engeren Schutzzone für die Quellen 5—7),
- Flurstück Nr. 742,
- Flurstück Nr. 743 (südlicher Teil — im Norden durch eine Gerade, die von dem östlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 740 in nördlicher Richtung zu dem nördlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 722 [Grenzstein 55 m südwestlich des Polygonpunktes 373] verläuft, begrenzt).

stückes Nr. 753 in östlicher Richtung zu dem südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 739 verläuft, begrenzt),
Flurstück Nr. 744.

B. Wasserschutzgebiet für die Quelle 8

I. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf das Flurstück Nr. 735/1 der Gemarkung Gadernheim.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die Engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Gadernheim:

Flurstück Nr. 735,

Flurstück Nr. 839 (westlicher Teil — im Osten durch eine Gerade, die von dem südöstlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 840 in südwestlicher Richtung zu der südlichen Seite des Flurstückes [Polygonpunkt 247] verläuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 840,

Flurstück Nr. 843 (südlicher Teil — im Norden durch eine Gerade, die von dem südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 842 in westlicher Richtung zu der westlichen Seite des Flurstückes [Grenzstein 40 m nordöstlich des südöstlichen Eckpunktes des Flurstückes Nr. 844] verläuft, begrenzt).

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die Weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Gadernheim:

Flurstücke Nrn. 836—838,

Flurstück Nr. 839 (mit Ausnahme der Engeren Schutzzone),

Flurstück Nr. 841 (südlicher Teil — im Norden durch eine Gerade, die von dem südöstlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 842 in nordöstlicher Richtung zu der nordöstlichen Seite des Flurstückes [Grenzstein 155 m westlich des nordöstlichen Eckpunktes] verläuft, begrenzt).

§ 3

Verbote

Alle Verbote, die für die Weiteren Schutzzone (Zonen III) bestehen, gelten auch für die Engeren Schutzzone (Zonen II) und für die Fassungsgebiete (Zonen I). Die Verbote der Engeren Schutzzone gelten auch für die Fassungsgebiete.

1. Weitere Schutzzone (Zonen III)

Die Weiteren Schutzzone sollen den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen, gewährleisten.

Verboten sind:

- a) die Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,
- b) das Versenken und Versickern von radioaktiven Stoffen, Kühlwasser und Abwasser einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Wassers, die Untergrundverrieselung, Sandfiltergräben und Abwassergruben,
- c) Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen),
- d) das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- e) das Ablagern, Aufhalten oder Beseitigen durch Einbringen in den Untergrund von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen, z. B. Gifte, auswaschbare beständige Chemikalien, Öl, Teer, Phenole, chemische Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfung-, Schädlingsbekämpfung- und Wachstumsregelmittel, Rückstände von Erdölbohrungen,
- f) das offene Lagern und Anwenden boden- oder wasserschädigender chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfung-, Schädlingsbekämpfung- und Wachstumsregelmittel,
- g) das Lagern radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe, ausgenommen das Lagern von Heizöl für den Hausgebrauch und Dieselöl für den landwirtschaftlichen Betrieb, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Antransport, Füllung, Lagerung und Betrieb getroffen und eingehalten werden,
- h) Umschlags- und Vertriebsstellen für wassergefährdende und radioaktive Stoffe,
- i) Fernleitungen für wassergefährdende Stoffe,
- j) Betriebe, die radioaktive oder wassergefährdende Stoffe verwenden oder abstoßen,

- k) das Verwenden von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- und Wasserbau (z. B. Teer, manche Bitumina und Schlacken),
- l) Kernreaktoren,
- m) Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Gewerbebetriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus den Weiteren Schutzzone hinausgeleitet wird,
- n) Abfall-, Müll-, Schuttkippen und -deponien, Lagerplätze für Autowracks und Kraftfahrzeugschrott,
- o) das Neuanlegen von Friedhöfen,
- p) Rangierbahnhöfe,
- q) Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Luftverkehrs,
- r) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen, wenn keine ausreichenden Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers getroffen und eingehalten werden,
- s) militärische Anlagen,
- t) die Massentierhaltung,
- u) Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers vorgenommen werden kann,
- v) Bohrungen zum Aufsuchen oder Gewinnen von Erdöl, Erdgas, Kohlensäure, Mineralwasser, Salz, radioaktiven Stoffen und zum Herstellen von Kavernen.

2. Engere Schutzzone (Zonen II)

Die Engeren Schutzzone sollen den Schutz vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschiedenen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen ausgehen und wegen ihrer Nähe zu den Fassungsanlagen besonders gefährdend sind.

Verboten sind:

- a) die Bebauung, insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, Stallungen und Gärfuttersilos,
- b) Baustellen und Baustofflager,
- c) Straßen, Bahnlinien und sonstige Verkehrsanlagen, Güterumschlagsanlagen und Parkplätze,
- d) Friedhöfe,
- e) Campingplätze und Sportanlagen,
- f) das Zelten und Lagern,
- g) der Badebetrieb an oberirdischen Gewässern,
- h) Wagenwaschen und Ölwechsel,
- i) Kies-, Sand-, Torf- und Tongruben, Einschnitte, Hohlwege, Steinbrüche und jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden,
- j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißung schützender Deckschichten oder zu Einmuldungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- k) Sprengungen,
- l) Intensivbeweidung, Viehansammlungen und Pferche,
- m) die organische Düngung, sofern die Düngstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in die Fassungsanlage besteht,
- n) die Überdüngung,
- o) das offene Lagern und unsachgemäße Anwenden von Mineraldünger,
- p) Gärfuttermieten,
- q) Kleingärten und Gartenbaubetriebe,
- r) das Lagern von Heizöl und Dieselöl,
- s) der Transport radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe,
- t) das Durchleiten von Abwasser,
- u) Gräben und oberirdische Gewässer, die mit Abwasser oder wassergefährdenden Stoffen belastet sind,
- v) Dräne und Vorflutgräben,
- w) Fischteiche,
- x) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen.

3. Fassungsgebiete (Zonen I)

Die Fassungsgebiete sollen den Schutz der unmittelbaren Umgebung der Fassungsanlagen vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Diese Flächen sollen in das Eigentum der Begünstigten übergeführt und im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung dienen. Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sind mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers auszustatten. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sind so durchzuführen, daß das Grundwasser nicht beeinträchtigt wird.

Verboten sind:

- a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) die landwirtschaftliche Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) Fahr- und Fußgängerverkehr,
- f) das Anwenden chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfung-, Schädlingsbekämpfung- und Wachstumsregulierungsmittel,
- g) die organische Düngung.

§ 4

Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb der Wasserschutzgebiete sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Gemeinde Lautertal und der zuständigen staatlichen Behörden

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung der Wasserschutzgebiete aufstellen,
- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus den Fassungsbereichen und den Engeren Schutzzonen versehen,
- g) an den in den Fassungsbereichen und den Engeren Schutzzonen vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich der Wasserschutzgebiete sind die Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Regierungspräsident in Darmstadt als obere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen.

Er kann auf Antrag Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zu widerhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 100 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, obere Wasserbehörde, Rheinstraße 62, 6100 Darmstadt,
2. dem Landrat des Landkreises Bergstraße, untere Wasserbehörde, 6148 Heppenheim (Bergstraße),
3. dem Landrat des Landkreises Bergstraße, Katasteramt, 6148 Heppenheim (Bergstraße),

4. dem Kreisausschuß des Landkreises Bergstraße, untere Bauaufsichtsbehörde, 6148 Heppenheim (Bergstraße),
5. dem Kreisausschuß des Landkreises Bergstraße, Kreisgesundheitsamt, 6148 Heppenheim (Bergstraße),
6. dem Gemeindevorstand der Gemeinde Lautertal, 6147 Lautertal,
7. dem Wasserwirtschaftsamt Darmstadt, Neckarstraße 4, 6100 Darmstadt,
8. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, Leberberg 9, 6200 Wiesbaden,
9. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, Aarstraße 1, 6200 Wiesbaden.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 18. Februar 1983

Der Regierungspräsident
In Vertretung
gez. Bach

St.Anz. 12/1983 S. 745

413

Wohnplatzverzeichnis;

hier: Benennung von Wohnplätzen in der Stadt Taunusstein, Rheingau-Taunus-Kreis

Auf Antrag der Stadt Taunusstein, Rheingau-Taunus-Kreis, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze

„Schafhof“
„Stiftsmühle“
„Eiserne Hand“
„Platte (Sdlg.)“
„Am Zugmantel“
„Hähnchensmühle“
„Hammermühle“ und
„Aarmühle“

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Darmstadt, 2. März 1983

Der Regierungspräsident
II 1 a — 3 k 02/05 (8)

St.Anz. 12/1983 S. 748

414

Wohnplatzverzeichnis;

hier: Aufhebung von Wohnplätzen in der Gemeinde Groß-Zimmern, Landkreis Darmstadt-Dieburg

Auf Antrag der Gemeinde Groß-Zimmern, Landkreis Darmstadt-Dieburg, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze

„Schneemühle“ und
„Zum Waldeck“

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung aufgehoben.

Darmstadt, 3. März 1983

Der Regierungspräsident
II 1 a — 3 k 02/05 (2)

St.Anz. 12/1983 S. 748

415

Durchführung des Hessischen Landesplanungsgesetzes (11 §);

hier: Durchführung eines Raumordnungsverfahrens für die Erweiterung des Steinbruchs der Dyckerhoff Zementwerke AG in Wiesbaden in den Gemarkungen Erbenheim und Kastel, südlich der BAB 66 (Ostfeld)

Zur Abstimmung der geplanten Maßnahme mit raumbedeutsamen Planungen und zur Feststellung ihrer Vereinbarkeit mit den Belangen der Landesplanung ist ein Raumordnungsverfahren eingeleitet worden.

Mit der Durchführung hat mich der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten be-

auftragt. Beteiligt sind die in § 8 Abs. 2 HLPG genannten Stellen.

Darmstadt, 24. Februar 1983

Der Regierungspräsident
VII 51-93d 14/05 — Bd. 7 (E 5)
StAnz. 12/1983 S. 748

416

Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises

Der vom Polizeipräsidenten in Wiesbaden am 31. Dezember 1982 ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 06-525 für Polizeiobermeister Brenhard Cratz ist in Verlust geraten.

Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Darmstadt, 7. März 1983

Der Regierungspräsident
III 2/63 — 7 d 14
StAnz. 12/1983 S. 749

417

GIESSEN

Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Ulrichstein/Stadteil Bobenhausen II, Vogelsbergkreis, vom 25. Februar 1983

Auf Antrag und zugunsten der Stadt Ulrichstein wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) in der Fassung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 373), in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) in der Fassung vom 12. Mai 1981 (GVBl. I S. 153) für die Trinkwassergewinnungsanlage des Stadtteiles Bobenhausen II ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1

Einteilung des Wasserschutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Ulrichstein/Stadteil Bobenhausen II, Vogelsbergkreis, das sich auf Teile der Gemarkungen Bobenhausen II und Kölzenhain erstreckt, wird in folgende Zonen eingeteilt:

- Zone I (Fassungsbereich),
- Zone II (Engere Schutzzone),
- Zone III (Weitere Schutzzone).

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Übersichtsplan i. M. 1 : 10 000, Katasterpläne i. M. 1 : 2000), in denen diese Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
- Zone II (Engere Schutzzone) = grüne Umrandung,
- Zone III (Weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

§ 2

Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

I. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich erstreckt sich teilweise auf das Flurstück Flur 9 Nr. 96/2 der Gemarkung Bobenhausen II. Er wird im Nordosten durch eine Parallele zu der südwestlichen Seite des Flurstückes (Abstand 26 m) und im Südosten durch eine Parallele zu der nordwestlichen Seite des Flurstückes (Abstand 26 m) begrenzt.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die Engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Bobenhausen II:

Flur 9 Flurstücke Nrn. 77 und 78,

Flurstücke Nrn. 93 und 94/1 (jeweils teilweise — im Südosten durch die Verlängerung der südöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 97 und die Verlängerung der südöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 99 und im Nordwesten durch eine Gerade, die von dem westlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 78 bis zu dem nördlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 95/1 verläuft, begrenzt),

Flurstücke Nrn. 95/1, 96/1, 96/2 (mit Ausnahme des Fassungsbereiches), 97, 99 und 100,

Flurstücke Nrn. 98 und 101 (jeweils westlicher Teil — im Osten durch eine Gerade, die von dem südlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 76 bis zu dem nördlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 104 verläuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 113 (südöstlicher Teil — im Nordwesten durch eine Gerade, die von dem westlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 95/1 bis zu der nordöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 115 [Polygonpunkt 654] verläuft, begrenzt),

Flurstücke Nrn. 114 und 115.

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die Weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkungen Bobenhausen II und Kölzenhain:

Gemarkung Bobenhausen II

Flur 9 Flurstücke Nrn. 2 und 3,

Flurstücke Nr. 4 (südöstlicher Teil — im Nordwesten durch eine Gerade, die von dem nördlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 2 bis zu dem westlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 6 verläuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 5 (südwestlicher Teil — im Nordosten durch eine Gerade, die von der südöstlichen Seite des Flurstückes rechtwinklig zu dem östlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 6 verläuft, begrenzt),

Flurstücke Nrn. 6, 19—21, 23—38 und 50—53,

Flurstück Nr. 54/1 (westlicher Teil — im Osten durch die Verlängerung der westlichen Seite des Flurstückes Nr. 39 begrenzt),

Flurstücke Nrn. 54/2 und 55—61,

Flurstück Nr. 62 (südwestlicher Teil — im Nordosten durch die Verlängerung der südöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 50 begrenzt),

Flurstücke Nrn. 63—72,

Flurstück Nr. 73 (südöstlicher Teil — im Nordwesten durch eine Gerade, die von dem westlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 2 bis zu dem nördlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 82 verläuft, begrenzt),

Flurstücke Nrn. 74, 75, 76, 79—82 und 92/1,

Flurstücke Nrn. 93 und 94/1 (jeweils südöstlicher Teil — im Nordosten durch eine Gerade, die von dem nördlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 81 verläuft, begrenzt — mit Ausnahme der Engeren Schutzzone),

Flurstücke Nrn. 102—110,

Flurstücke Nrn. 113 (südöstlicher Teil — im Nordwesten durch eine Gerade, die von dem nordwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 117 bis zu dem südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 92/1 verläuft, begrenzt — mit Ausnahme der Engeren Schutzzone),

Flurstücke Nrn. 116 und 117,

Flur 10 östlicher Teil — im Westen durch die südöstliche Seite des Flurstückes Nr. 53, die südwestliche Seite des Flurstückes Nr. 51, durch Geraden, die von dem nordwestlichen Eckpunkt des Teilstückes Nr. 51 über den Polygonpunkt 825 IV bis zu dem südlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 37 verläuft, und die südöstliche Seite des Flurstückes Nr. 37 begrenzt.

Gemarkung Kölzenhain

Flur 2 Flurstücke Nrn. 1—3, 12—16, 17/1, 17/2, 18, 19, 21, 22, 23/1, 24, 25, 26/1, 27—30, 42—50, 51/1, 52/1 und 53—64.

§ 3

Verbote

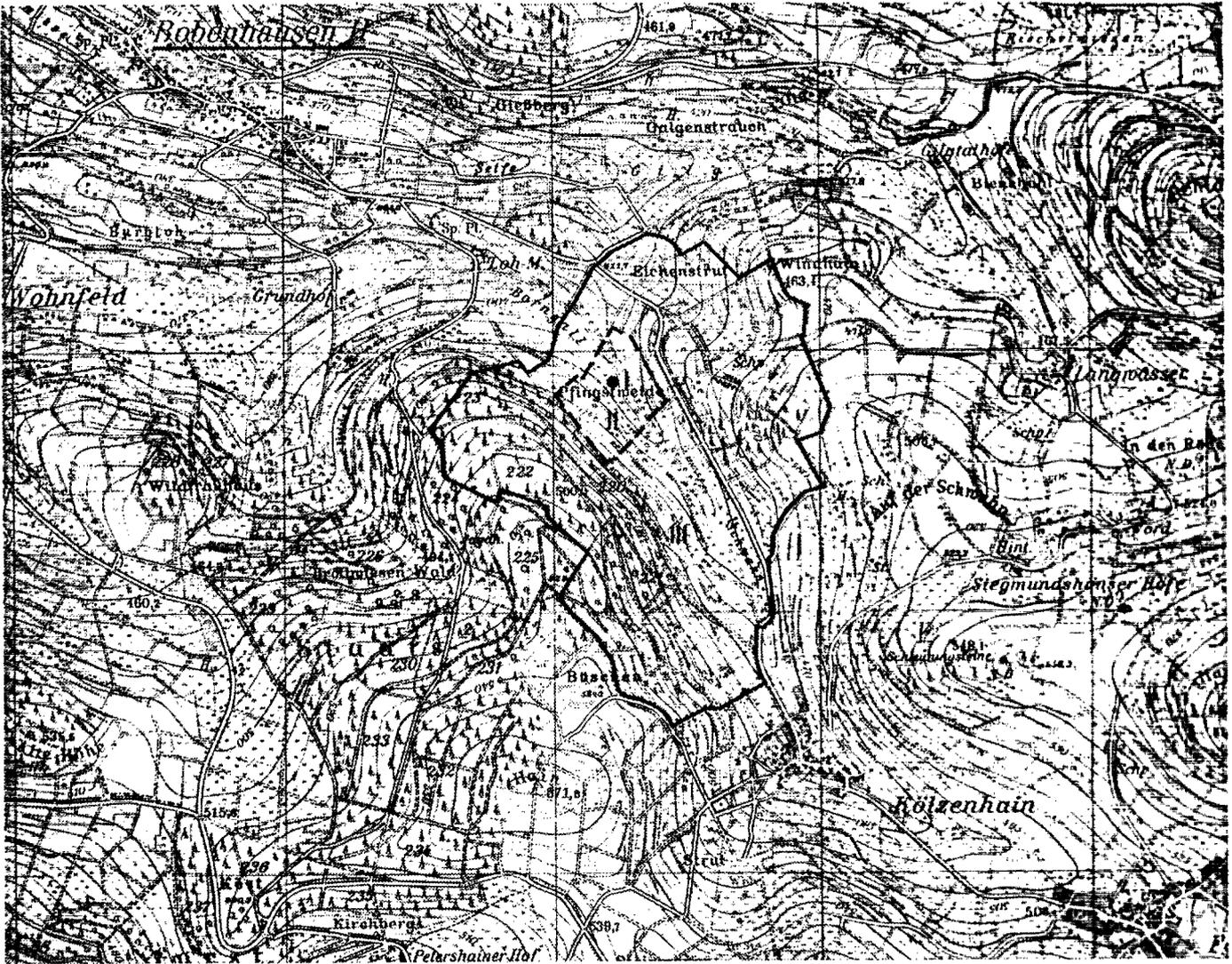
Alle Verbote, die für die Weitere Schutzzone bestehen, gelten auch für die Engere Schutzzone und für den Fassungsbereich. Die Verbote der Engeren Schutzzone gelten auch für den Fassungsbereich.

1. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die Weitere Schutzzone soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen, gewährleisten.

Verboten sind:

- a) die Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,
- b) das Versenken und Versickern von radioaktiven Stoffen, Kühlwasser und Abwasser einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Wassers, die Untergrundverrieselung, Sandfiltergräben und Abwassergruben,
- c) Abwasserreinigungsanlagen (Kommunale Kläranlagen),
- d) das punktuelle gezielte Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- e) das Ablagern, Aufhalden oder Beseitigen durch Einbringen in den Untergrund von radioaktiven oder wassergefähr-



denden Stoffen, z. B. Gifte, auswaschbare beständige Chemikalien, Öl, Teer, Phenole, chemische Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungsmittel, Schädlingsbekämpfungsmittel und Wachstumsregulierungsmittel, Rückstände von Erdölbohrungen,

- f) 1. das offene Lagern boden- oder wasserschädigender chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungsmittel, Schädlingsbekämpfungsmittel und Wachstumsregulierungsmittel,
2. das Anwenden boden- oder wasserschädigender chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungsmittel, Schädlingsbekämpfungsmittel und Wachstumsregulierungsmittel — mit Ausnahme der nach den gesetzlichen Bestimmungen (vgl. Verordnung über Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel) im einzelnen genehmigten Anwendung oder die nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (Pflanzenschutzmittelverzeichnis der Biologischen Bundesanstalt, Braunschweig) allgemein zugelassenen Mittel —,
- g) das Lagern radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe, ausgenommen das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten in Behältern mit einem Rauminhalt bis zu 100 m³ und das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten in Behältern mit einem Rauminhalt bis zu 40 m³ (immer je Anlage), wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Antransport, Füllung, Lagerung und Betrieb getroffen und eingehalten werden,
- h) Umschlags- und Vertriebsstellen für wassergefährdende und radioaktive Stoffe,
- i) Fernleitungen für wassergefährdende Stoffe,
- j) Betriebe, die radioaktive oder wassergefährdende Stoffe verwenden oder abstoßen,
- k) das Verwenden von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- und Wasserbau (z. B. Teer, manche Bitumina und Schlacken),
- l) Kernreaktoren,

- m) Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Gewerbebetriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Weiteren Schutzzone hinausgeleitet wird,
- n) Abfall-, Müll-, Schuttkippen und -deponien, Lagerplätze für Autowracks und Kraftfahrzeugschrott,
- o) das Neuanlegen von Friedhöfen,
- p) Rangierbahnhöfe,
- q) Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugssektoren und Notabwurfplätze des Luftverkehrs,
- r) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen, wenn keine ausreichenden Maßnahmen zum Schutz des Grundwasser getroffen und eingehalten werden,
- s) militärische Anlagen,
- t) die Massentierhaltung,
- u) Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwasser vorgenommen werden kann,
- v) Bohrungen zum Aufsuchen oder Gewinnen von Erdöl, Erdgas, Kohlensäure, Mineralwasser, Salz, radioaktiven Stoffen und zum Herstellen von Kavernen.

2. Engere Schutzzone (Zone II)

Die Engere Schutzzone soll den Schutz vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschiedenen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen ausgehen und wegen ihrer Nähe zu der Fassungsanlage besonders gefährdend sind.

Verboten sind:

- a) die Bebauung, insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, Stallungen und Gärfermentationsanlagen,

- b) Baustellen und Baustofflager,
- c) Straßen, Bahnlinien und sonstige Verkehrsanlagen, Güterumschlagsanlagen und Parkplätze,
- d) Friedhöfe,
- e) Campingplätze und Sportanlagen,
- f) das Zelten und Lagern,
- g) der Badebetrieb an oberirdischen Gewässern,
- h) Wagenwaschen und Ölwechsel,
- i) Kies-, Sand-, Torf- und Tongruben, Einschnitte, Hohlwege, Steinbrüche und jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden,
- j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißen schützender Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- k) Sprengungen,
- l) Intensivbeweidung, Viehansammlungen und Pferche,
- m) die organische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht,
- n) die Überdüngung,
- o) das offene Lagern und unsachgemäße Anwenden von Mineräldünger,
- p) Gärfuttermieten,
- q) Kleingärten und Gartenbaubetriebe,
- r) das Lagern wassergefährdender Stoffe,
- s) der Transport radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe,
- t) das Durchleiten von Abwasser,
- u) Gräben und oberirdische Gewässer, die mit Abwasser oder wassergefährdenden Stoffen belastet sind,
- v) Flächendränung und Vorflutgräben,
- w) Fischteiche,
- x) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen.

3. Fassungsgebiet (Zone I)

Der Fassungsgebiet soll den Schutz der unmittelbaren Umgebung der Fassungsanlage vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Diese Flächen soll in das Eigentum der Begünstigten übergeführt werden und im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlage der öffentlichen Wasserversorgung dient. Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sind mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers auszustatten. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sind so durchzuführen, daß das Grundwasser nicht beeinträchtigt wird.

Verboten sind:

- a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) die landwirtschaftliche Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) Fahr- und Fußgängerverkehr,
- f) das Anwenden chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfung-, Schädlingsbekämpfung- und Wachstumsregelmittel,
- g) die organische Düngung.

§ 4

Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Stadt Ulrichstein und der zuständigen staatlichen Behörden

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,

- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsgebiet und der Engeren Schutzzone versehen,
- g) an den in dem Fassungsgebiet und der Engeren Schutzzone vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Verminderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des Wasserschutzgebietes sind die Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Regierungspräsident in Gießen als obere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen.

Er kann auf Antrag Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 100 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Gießen, Bahnhofstraße 52/54, 6300 Gießen,
2. dem Landrat des Vogelsbergkreises, untere Wasserbehörde, 6420 Lauterbach,
3. dem Landrat des Vogelsbergkreises, Katasteramt, 6420 Lauterbach,
4. dem Kreisaußschuß des Vogelsbergkreises, Bauaufsichtsbehörde, 6420 Lauterbach,
5. dem Kreisaußschuß des Vogelsbergkreises, Kreisgesundheitsamt, 6420 Lauterbach,
6. dem Magistrat der Stadt Ulrichstein, 6314 Ulrichstein,
7. dem Wasserwirtschaftsamt Marburg, Ketzlerbach 10, 3500 Marburg,
8. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, Leberberg 9, 6200 Wiesbaden,
9. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, Aarstraße 1, 6200 Wiesbaden.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach Ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Gießen, 25. Februar 1983

Der Regierungspräsident
gez. Müller

St.Anz. 12/1983 S. 749

418

Genehmigung einer allgemeinen Ausnahme von § 26 Abs. 3 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenkraftverkehr (BOKraft);

hier: Stadt Herbhorn

Auf Grund des § 43 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) vom 21. Juni 1975 (BGBl. I S. 1573), geändert durch Verordnung vom 13. Mai 1981 (BGBl. I S. 428), genehmige ich unter nachstehenden Bedingungen und Auflagen für den Bereich der Stadt Herbhorn eine allgemeine Ausnahme von der Vorschrift des § 26 Abs. 3 BOKraft für alle Unternehmer, die

im Zeitpunkt dieser Bewilligung im Besitze einer Genehmigung für den Taxenverkehr sind:

Die Ausnahmegenehmigung erfolgt auf jederzeitigen Widerruf.

Eigenwerbung der Unternehmer zugunsten des eigenen Unternehmens oder der Organisation des Gewerbes sowie politische Werbung sind unzulässig.

Die Werbung darf nur an den Seitenflächen der Fahrzeuge durch Beschriftung, Aufdruck, Klebe- oder Magnetflächen angebracht werden.

Sonstige Vorschriften der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) und der BOKraft, insbesondere die §§ 30 Abs. 1, Nr. 2 und 32 Abs. 3 StVZO, bleiben unberührt. Sonstige, die Werbung einschränkende und ausschließende Vorschriften, insbesondere § 33 Straßenverkehrsordnung (StVO), bleiben unberührt.

Das Recht des Fahrgastes auf die freie Wahl der Taxen muß gewahrt bleiben.

Gießen, 28. Februar 1983

Der Regierungspräsident

III 7 — 66 1 28/07

StAnz. 12/1983 S. 751

419

Durchführung des Hessischen Landesplanungsgesetzes (§ 11);

hier: Durchführung eines Raumordnungsverfahrens für die Einrichtung einer Richtfunkverbindung zwischen den Funkübertragungsstellen Driedorf 2 und Friedberg 1

Zur Abstimmung der geplanten Maßnahme mit raumbedeutsamen Planungen und zur Feststellung ihrer Vereinbarkeit mit den Belangen der Landesplanung ist ein Raumordnungsverfahren eingeleitet worden. Mit der Durchführung hat mich der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten als oberste Landesplanungsbehörde beauftragt. Beteiligt sind die in § 8 Abs. 2 HLPG genannten Stellen.

Gießen, 7. März 1973

Der Regierungspräsident

IV I 93d / 10/03

StAnz. 12/1983 S. 752

420 KASSEL

Wohnplatzverzeichnis;

hier: Benennung, Umbenennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Stadt Fritzlar, Schwalm-Eder-Kreis

Auf Antrag der Stadt Fritzlar, Schwalm-Eder-Kreis, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung

- I. besonders benannt:
 - „Mahlmühle“
 - „Papiermühle“
 - „Sauerbrunnen“
 - „Mühle Wehren“
 - „Tongrube“
 - „Ölmühle“
 - „Wilhelmsmühle“
- II. aufgehoben:
 - „Forsthaus“
 - „Geflügelhof Heer“
 - „Hirschkopf (Jagdh.)“
 - „Roter Rain (Hsgr.)“
- III. umbenannt:
 - „Fischzuchtanlage Eder“ in „Fischzuchtanlage“
 - „Hellenhof“ in „Hellenhöfe“ und
 - „Mander (Gut)“ in „Gut Mander“
- IV. in anderer Schreibweise beibehalten:
 - „Hubertus-Höhe“ als „Hubertushöhe“

Kassel, 21. Januar 1983

Der Regierungspräsident

I/2 a — 3 k 08 — 17

StAnz. 12/1983 S. 752

421

Wohnplatzverzeichnis;

hier: Benennung, Umbenennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Stadt Melsungen, Schwalm-Eder-Kreis

Auf Antrag der Stadt Melsungen, Schwalm-Eder-Kreis, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung

- I. besonders benannt:
 - „Mittelhöhle“
 - „Bürstoß“
 - „Fahre (Domäne)“
 - „Eichwiesen“
- II. aufgehoben:
 - „Tongrube“
- III. umbenannt:
 - „Stadtwald (Heilstätte)“ in „Stadtwald“

Kassel, 24. Januar 1983

Der Regierungspräsident

I/2 a — 3 k 08 — 17

StAnz. 12/1983 S. 752

422

Wohnplatzverzeichnis;

hier: Benennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Stadt Naumburg, Landkreis Kassel

Auf Antrag der Stadt Naumburg, Landkreis Kassel, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze gemäß § 12 Satz 4 HGO

- I. besonders benannt:
 - „Alter Hagen“
 - „Wintersgrund“
 - „Waldhof (Gut)“
 - „Hardthof“
- II. aufgehoben:
 - „Alter Hagen — Wintersgrund“

Kassel, 21. Januar 1983

Der Regierungspräsident

I/2 a — 3 k 08 — 17

StAnz. 12/1983 S. 752

423

Wohnplatzverzeichnis;

hier: Benennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Stadt Grebenstein, Landkreis Kassel

Auf Antrag der Stadt Grebenstein, Landkreis Kassel, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze gemäß § 12 Satz 4 HGO

- I. besonders benannt:
 - „Im Breiten Busch“
 - „Bergmühle“
 - „Frankenhausen“
 - „Lindenmühle“
 - „Am unteren Teich“
 - „Kaiserteich (Forsth.)“
- II. aufgehoben:
 - „Burgmühle“
 - „Dornemannshof“
 - „Steinmühle“

Kassel, 21. Januar 1983

Der Regierungspräsident

I/2 a — 3 k 08 — 17

StAnz. 12/1983 S. 752

424

Wohnplatzverzeichnis;

hier: Benennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Stadt Zierenberg, Landkreis Kassel

Auf Antrag der Stadt Zierenberg, Landkreis Kassel, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung

- I. besonders benannt:
 „Heilerbach“
 „Gut Burghausungen“
 „Am Kratzenbusch“
 „Malsburg“
 „Sieberhausen“
 „Rangen (Gut)“
 „Strippelmann (Sdlg.)“
 „Bahnhof (Hsgr.)“
 „Untermühle“
 „Bühleck“
 „Hundsberg (Forsth.)“
- II. aufgehoben:
 „Obermühle“
 „Warmemühle“ und
 „Welker-Ehlener Straße“
- III. in folgender Schreibweise beibehalten:
 „Horkenhäusermühle“ als „Horkenhäuser Mühle“

Kassel, 7. Februar 1983

Der Regierungspräsident

I/2 a — 3 k 08 — 17

StAnz. 12/1983 S. 752

425**Wohnplatzverzeichnis;**

hier: Benennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Gemeinde Wehretal, Werra-Meißner-Kreis

Auf Antrag der Gemeinde Wehretal, Werra-Meißner-Kreis, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze gemäß § 12 Satz 4 HGO

- I. besonders benannt:
 „Hundsrück (Forsth.)“
 „Lautenbach (Domäne)“
 „In der Koppelhude“
 „Brausmühle“
- II. aufgehoben:
 „Am Bahnhof“
 „Riedmühle“

Kassel, 24. Januar 1983

Der Regierungspräsident

I/2 a — 3 k 08 — 17

StAnz. 12/1983 S. 753

426**Wohnplatzverzeichnis;**

hier: Benennung von Wohnplätzen in der Stadt Niedenstein, Schwalm-Eder-Kreis

Auf Antrag der Stadt Niedenstein, Schwalm-Eder-Kreis, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze

- „Rübezahl“
 „Weißenthalsmühle“

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Kassel, 3. Februar 1983

Der Regierungspräsident

I/2 a — 3 k 08 — 17

StAnz. 12/1983 S. 753

427**Wohnplatzverzeichnis;**

hier: Benennung eines Wohnplatzes in der Gemeinde Zwesten, Schwalm-Eder-Kreis

Auf Antrag der Gemeinde Zwesten, Schwalm-Eder-Kreis, wird der in ihrem Gebiet gelegene Wohnplatz

- „Waag-Mühle“

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Kassel, 24. Januar 1983

Der Regierungspräsident

I/2 a — 3 k 08 — 17

StAnz. 12/1983 S. 753

428**Wohnplatzverzeichnis;**

hier: Benennung von Wohnplätzen in der Gemeinde Burghaun, Landkreis Fulda

Auf Antrag der Gemeinde Burghaun, Landkreis Fulda, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze

- „Clausmarbach“
 „Mahlertshof“
 „Oberrainmühle“
 „Vockenmühle“
 „Hartmannshöhe“
 „Gebertsmühle“
 „Sippelsmühle“
 „Unterrainmühle“
 „Untermühle“
 „Köhlersmoor“
 „Sennhütte“

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Kassel, 24. Januar 1983

Der Regierungspräsident

I/2 a — 3 k 08 — 17

StAnz. 12/1983 S. 753

429**Wohnplatzverzeichnis;**

hier: Benennung von Wohnplätzen in der Gemeinde Jesberg, Schwalm-Eder-Kreis

Auf Antrag der Gemeinde Jesberg, Schwalm-Eder-Kreis, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze

- „Gut Brünchenhain“
 „Forsth. Hemberg“
 „Forsthaus Steinboß“
 „Wickershöfe“
 „Bahnhof“
 „Schmidtmühle,“
 „Zinns Mühle“
 „Hemberger Mühle“
 „Gut Richerode“

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Kassel, 21. Januar 1983

Der Regierungspräsident

I/2 a — 3 k 08 — 17

StAnz. 12/1983 S. 753

430**Wohnplatzverzeichnis;**

hier: Benennung von Wohnplätzen in der Gemeinde Schauenburg, Landkreis Kassel

Auf Antrag der Gemeinde Schauenburg, Landkreis Kassel, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze

- „Steinbrüche“
 „Am Baunsberg“
 „Brandwiesen“
 „Firnshachtal (Sdlg.)“

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Kassel, 21. Januar 1983

Der Regierungspräsident

I/2 a — 3 k 08 — 17

StAnz. 12/1983 S. 753

431**Wohnplatzverzeichnis;**

hier: Benennung eines Wohnplatzes in der Gemeinde Espenau, Landkreis Kassel

Auf Antrag der Gemeinde Espenau, Landkreis Kassel, wird der in ihrem Gebiet gelegene Wohnplatz

- „Auf der Heide“

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Kassel, 24. Januar 1983

Der Regierungspräsident
I/2 a — 3 k 08 — 17

St.Anz. 12/1983 S. 753

432

Wohnplatzverzeichnis;

hier: Benennung von Wohnplätzen in der Gemeinde Petersberg, Landkreis Fulda

Auf Antrag der Gemeinde Petersberg, Landkreis Fulda, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze

„Ruppertsühle“
„Werthesberg“
„Gerhardsmühle“
„Landhaus“
„Mengelsmühle“
„Brückenmühle“
„Kriesmühle“
„Horwieden“
„Grubenmühle“
„Grubenhof“
„Obergötzenhof“

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Kassel, 24. Januar 1983.

Der Regierungspräsident
I/2 a — 3 k 08 — 17

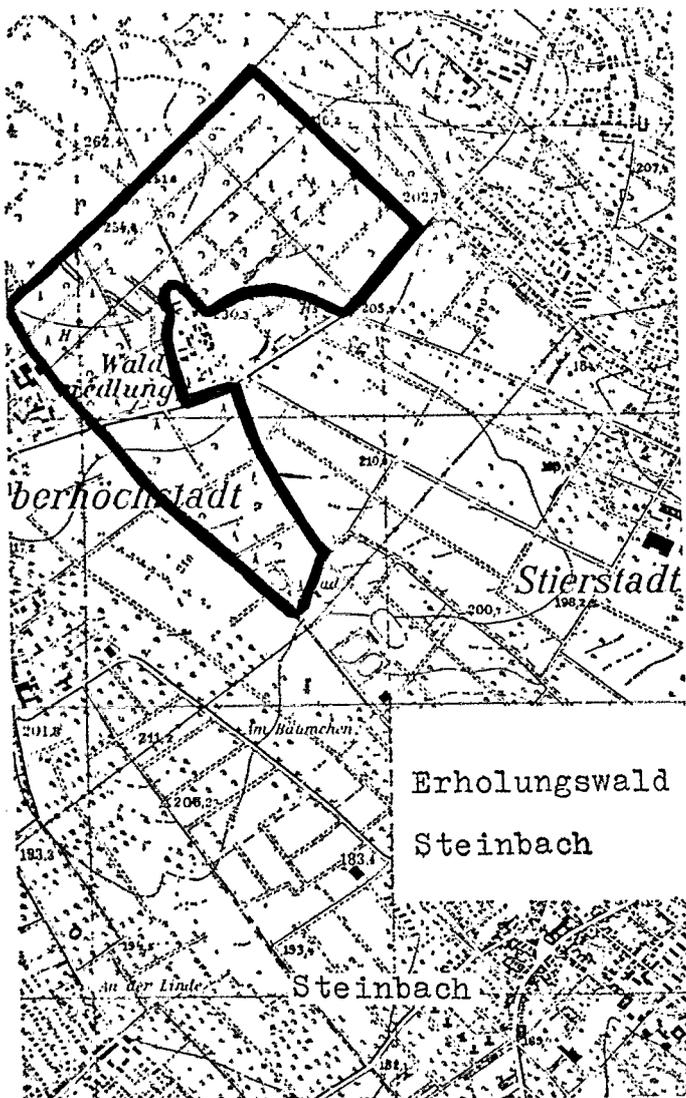
St.Anz. 12/1983 S. 754

433 DARMSTADT

BEZIRKSDIREKTIONEN FÜR FORSTEN UND NATURSCHUTZ

Erklärung des Stadtwaldes Steinbach (Taunus), Hochtaunuskreis, zu Erholungswald vom 9. Februar 1983

Auf Grund des § 23 Abs. 1 des Hessischen Forstgesetzes in der Fassung vom 4. Juli 1978 (GVBl. I S. 424, 584) in Verbindung mit § 1 der Vierten Verordnung zur Durchführung des Hessischen Forstgesetzes (Verordnung über die Erklärung zu Schutzwald, Bannwald und Erholungswald und die Walderhaltungsabgabe) vom 18. Februar 1980 (GVBl. I S. 96) wird erklärt:



I. Geltungsbereich

1. Die in Nr. 2 näher bezeichneten Waldflächen in den Gemarkungen Steinbach, Stierstadt und Oberhöchstadt, Hochtaunuskreis, werden wegen ihrer besonderen Bedeutung für das Wohl der Allgemeinheit als Erholungswald ausgewiesen.
2. Der Erholungswald besteht aus folgenden Grundstücken:
Gemarkung Steinbach
Flur 8 Nr. 1/5, 1/6, 2/1;
Flur 9 Nr. 1/13, 1/14;
Flur 11 Nr. 3822/10;
Gemarkung Stierstadt
Flur 36 Nr. 3746/4, 3746/5, 3746/6 und
Gemarkung Oberhöchstadt
Flur 24 Nr. 1/8.
Die Gesamtfläche des Erholungswaldes beträgt 92,7495 ha. Sie steht im Eigentum der Stadt Steinbach (Taunus).
3. Die Grenzen des Erholungswaldes sind in einer als Bestandteil dieser Erklärung geltenden topographischen Karte im Maßstab 1 : 25 000 in orange eingetragen.
4. Diese Erklärung und die Karte nach Nr. 4 sind bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt — obere Forstbehörde — hinterlegt.

II. Zweck der Erklärung zu Erholungswald

Die Erklärung zu Erholungswald ist notwendig, weil die im Verdichtungsgebiet Rhein-Main gelegene Stadt Steinbach (Taunus) im angrenzenden Waldgebiet Schwerpunkte für die Feierabend- und Wochenenderholung ihrer Bürger schaffen will.

III. Antragsteller, Trägerschaft

1. Die Erklärung zu Erholungswald erfolgt auf Antrag der Stadt Steinbach (Taunus).
2. Der Antragsteller ist für eine dem Erholungszweck dienende Ausstattung und Pflege der Erholungswaldflächen sowie für den Schutz der Erholungseinrichtungen und des Waldbestandes verantwortlich (Trägerschaft).

IV. Auflagen

1. Der Träger des Erholungswaldes darf Bau und Gestaltung von Erholungseinrichtungen nur im Einvernehmen mit der unteren Forstbehörde vornehmen.
2. Der Träger des Erholungswaldes erhält die von ihm errichteten oder betriebenen Erholungseinrichtungen in einem verkehrssicheren Zustand, so daß bei bestimmungsgemäßem Gebrauch eine gefahrlose Benutzung gewährleistet ist.

V. Schlußvorschriften

1. Die verfahrensmäßigen Rechte
 - a) des Trägers der Regionalplanung
 - b) des Waldbesitzers
 - c) der Gemeinden
 - d) des Naturparkträgers

- e) der unteren Naturschutzbehörde
 - f) des Bezirksforstsausschusses sind gewahrt.
2. Diese Erklärung wird in ortsüblicher Weise öffentlich bekanntgemacht.
 3. Diese Erklärung wird am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wirksam, soweit sie bis dahin in ortsüblicher Weise bekanntgemacht ist; andernfalls wird sie am Tage nach der ortsüblichen Bekanntmachung wirksam.

Darmstadt, 9. Februar 1983

**Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz**
8 F 11 — 23
gez. Graulich

StAnz. 12/1983 S. 754

434

Aufhebung der Schonzeit für Schalenwild außer Schwarzwild bis zum 28. Februar 1983 zur Vermeidung von Wildschäden gemäß § 20 der Durchführungsverordnung (DVO) zu § 21 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesjagdgesetz vom 16. Juli 1979 (GVBl. I S. 197)

In Bezirken mit ausreichendem Laubholzanteil hat das Schalenwild seine Äsungsgewohnheiten der Eichen- und Buchenmast angepaßt und seine Waldeinstände nicht im gewohnten Umfang zur Äsungsaufnahme verlassen, so daß die Bejagung vielerorts erschwert und somit auch die festgesetzten Abschüsse teilweise erheblich unterschritten wurden.

Für das kommende Jagdjahr muß daher eine erhöhte Zuwachsrate erwartet werden.

Um übermäßige Wildschäden zu vermeiden, ordne ich daher gemäß § 20 der DVO zu § 21 des Hess. Ausführungsgesetzes zum BJG vom 16. Juli 1979 (GVBl. I S. 197) im Rahmen der für das Jagdjahr 1982/83 bestehenden Abschußplanung folgendes an:

1. Rotwild

In den **Rotwildgebieten/-bezirken**, in denen die Abschußerfüllung unter 80% des festgesetzten Abschusses liegt, ist im Einvernehmen mit dem jeweiligen Jagdausübungsberechtigten der Abschuß von **Hirschen der Klasse III b** und **Kälbern** zuzulassen. Es ist den unteren Jagdbehörden

überlassen in **Rotwildgebieten/-bezirken**, in denen die Abschlußerfüllung höher liegt, ebenso zu verfahren.

2. Damwild

Gleiches gilt für die betroffenen Damwildgebiete/-bezirke hinsichtlich der **II c-Hirsche** und der **Kälber**.

3. Muffelwild

Auch in den Muffelwildgebieten bitte ich dementsprechend hinsichtlich der **Widder** und **Lämmer** zu verfahren.

4. Rehwild

In **Rehwildringen** mit einer Abschlußerfüllung unter 90% ist im Einvernehmen mit dem jeweiligen Jagdausübungsberechtigten der Abschuß von **Kitzen** zuzulassen.

Die Bestimmungen über die Jagd und Schonzeit beim Schwarzwild bleiben hiervon unberührt.

Der erfahrungsgemäß bis zum Ende des Jagdjahres noch zu erwartende Fallwildanteil ist hierbei zu berücksichtigen. Die Jagdausübung soll auf die Einzeljagd beschränkt bleiben.

Das erforderliche Einvernehmen mit dem Land Hessen als Jagdausübungsberechtigtem gilt für die staatlichen Eigenjagdbezirke in den betroffenen Wildgebieten/Rehwildringen im Sinne von § 17 DVO als hergestellt.

Der nicht erfüllte Abschuß ist insgesamt für das Wildgebiet Rehwildring freizugeben. Jeder erfolgte Abschuß ist dem Sachkundigen unverzüglich zu melden.

Die Jagdausübungsberechtigten der **betroffenen Wildgebiete/Rehwildringe** sind durch die untere Jagdbehörde unverzüglich von dieser Regelung zu unterrichten.

Die Jagdausübung während der Schonzeit ist von der Feststellung der unteren Jagdbehörde abhängig, in welchen Wildgebieten/Rehwildringen die nachträgliche Abschlußerfüllung noch erfolgen soll.

Im übrigen weise ich in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit nach § 27 des Bundesjagdgesetzes hin, wonach die untere Jagdbehörde im Rahmen ihrer Zuständigkeit zur Verhinderung übermäßigen Wildschadens die Jagd während der Schonzeit zulassen bzw. anordnen kann.

Einige untere Jagdbehörden meines Bezirkes haben von dieser Rechtsgrundlage bereits Gebrauch gemacht.

Darmstadt, 11. Februar 1983

**Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz**
9 — J 21.1

StAnz. 12/1983 S. 755

BUCHBESPRECHUNGEN

Krankenhaus-Finanzierungsrecht. Ergänzbare lexikalisches Handbuch. Von Klaus Grünwald und Angelika Wettstein. 4. Erg.Liefg., 480 S., DIN A 5, 58,— DM. Erich Schmidt Verlag, 4800 Bielefeld.

Diese 4. Ergänzungslieferung aktualisiert auf der einen Seite die vorhandene Loseblattsammlung und erweitert sie andererseits um 10 neue Begriffserläuterungen. Die Erweiterungen sind vorwiegend auf Grund der Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes notwendig geworden. So werden beispielsweise die Begriffe „Bettenwert“, „Finanzierungsplafond“, „Investitionszuschüsse“ oder „Verorgungsstufen“ umfassend dargestellt, wobei auf bewährte Kommentare zum Krankenhausfinanzierungsgesetz, Aufsätze aus Fachzeitschriften und Forschungsgutachten zurückgegriffen wird. Damit werden dem Benutzer der Sammlung wesentliche Informationen, die auch zum tieferen Literaturstudium anregen können, vermittelt. Ähnlich verhält es sich mit den 16 aktualisierten Begriffen. Dieser Teil der Nachlieferung bedient sich des Vorteils einer jeden Loseblattsammlung, daß bei Erscheinen neuerer Literatur oder infolge der Anwendung novellierter Gesetze und Verordnungen ein Austausch des betroffenen Inhalts vorgenommen werden kann. Darüber hinaus wurde das Inhalts- und Stichwortverzeichnis auf den neuesten Stand gebracht. Den Herausgebern ist anzurechnen, daß sie ihre solide Vorgehensweise bei der Überarbeitung des Gesamtwerkes auch bei der 4. Ergänzungslieferung beibehalten haben.

Professor Dipl.-Ökonom Hans-Joachim Ruff

Handelsgesetzbuch. Begründet von Hermann Staub, hrsg. von Claus-Wilhelm Canaris, Wolfgang Schilling, Peter Ulmer. Großkommentar, 4., neu bearb. Aufl., 1982, 1. Lieferung, Einleitung, §§ 1-17, Bearbeiter: Brüggemann; §§ 8-16, Hüffer; kart., 368 S., 158,— DM; 2. Lieferung, §§ 84-104, Bearbeiter: Brüggemann; kart., 318 S., 136,— DM. Verlag Walter de Gruyter, 1000 Berlin, New York.

Seit der letzten Auflage hat sich im Handelsrecht einiges verändert. Man denke etwa an die fakultative Gewährung der Kaufmannseigenschaft an die Land- und Forstwirte durch die Änderung des § 3 HGB, an die Erstreckung der Vorschriften über Handelsbücher auf noch nicht in das Handelsregister eingetragene Solkaufleute nach § 47 b HGB oder an die Einführung einer Reihe von Sondervorschriften für diejenige GmbH (AG) & Co KG, denen keine unbeschränkt haftende natürliche Person als Gesellschafter angehört. In diesen Änderungen werden die an Wertungskriterien anknüpfenden Regelungsgrundsätze stärker als bisher betont. Hier werden die

Linien der Rechtsfortbildung sichtbar, die das Handelsrecht und das Gesellschaftsrecht in den letzten Jahren erfahren haben.

Diese Änderungen und Entwicklungstendenzen sind in der Einleitung und in den Vorbemerkungen zu § 1 und zu § 84 HGB im Zusammenhang dargestellt. Hierzu bedurfte es vor allem eines Rückgriffs auf die dogmatischen Grundlagen des Handelsrechts als eines Sonderprivatrechts. Es ist dabei unverzichtbar, die Realitäten des Wirtschaftslebens und die sich herausbildenden Praktiken und Vertragstypen zu beachten.

Die Zahl der Bearbeiter ist in der Neuauflage auf acht Autoren angewachsen. Dabei hat sich das Gewicht — leider — von den Praktikern zu den Wissenschaftlern verlagert. Gleichwohl haben die Bearbeiter die Aufgabe, wissenschaftliche Erkenntnisse mit der Praxis des Wirtschaftslebens zu vereinen, wiederum vortrefflich gelöst. Hervorzuheben sind vor allem die Kommentierungen der Vorschriften des Handelsvertreterrechts durch Brüggemann, die bereits in der Voraufgabe große Beachtung gefunden haben.

Insgesamt stellen die beiden ersten Lieferungen der Neuauflage eine äußerst sorgfältige Kommentierung dar.

Vizepräsident des LG Dr. Klaus Kind

Bundes-Angestelltentarifvertrag — BAT — (Bund, Länder und Gemeinden). Loseblattsammlung und Kommentar von Alfred Breier, MinDir. im Bundesministerium des Innern, Dr. Karl-Heinz Kiefer, MinRat, Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Sigmund Uttinger, Oberregierungsrat a. D. 74. Erg.-Liefg. zur 1. bzw. 3. Erg.Liefg. zur 10. Aufl., 184 S., DIN A 5, 75,50 Deutsche Mark. Gesamtwerk, 3266 S., 4 Plastikordner, 168,— DM. Verlag für Verwaltungspraxis, Franz Rehm, 8000 München 80.

Die vorliegende Ergänzungslieferung enthält bzw. berücksichtigt — neben der laufenden Aktualisierung — insbesondere die Neubearbeitung der Erläuterungen zu § 14 BAT auf Grund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Nichtigkeit des Staatshaftungsgesetzes, die Neufassung der Durchführungshinweise zum Bundeskindergeldgesetz sowie die Neubewertung der Sachbezüge seit 1. Januar 1983.

Ferner sind Sonderhinweise zur Änderung des BKGG seit 1. Januar 1983 (Einkommensgruppen vom zweiten Kind an) der Ergänzungslieferung beigefügt.

Das Werk befindet sich nunmehr auf dem Rechtsstand vom 1. Dezember 1982.

Oberinspektor Uwe Bauer

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1983

MONTAG, 21. MÄRZ 1983

Nr. 12

Güterrechtsregister

1297

8 GR 1201 — Neueintragung — 9. 2. 1983: Eheleute Karl-Heinz Gardt, Eppstein-Bremthal und Sigrid Agnes Gardt, geb. Eckes, Niedernhausen. Die Frau hat das Recht des Mannes, innerhalb des häuslichen Wirkungskreises ihre Geschäfte zu besorgen und sie zu vertreten, ausgeschlossen.

6240 Königstein im Taunus, 9. 2. 1983

Amtsgericht

1298

8 GR 1037 — Änderung — 9. 2. 1983: Eheleute Wolfgang Kassebohm und Sabine Kassebohm geb. Nolting, beide wohnhaft in Kronberg 2. In der notariellen Urkunde vom 21. Dezember 1982 ist die Gütertrennung aufgehoben und der gesetzliche Güterstand der Zugewinngemeinschaft vereinbart.

6240 Königstein im Taunus, 9. 2. 1983

Amtsgericht

1299

GR 219 — Neueintragung — 3. 2. 1983: Die Eheleute Michael Erben und Petra Erben geb. Bartnik, Naumburg, haben durch Vertrag vom 25. Juni 1982 Gütertrennung vereinbart.

8549 Wolfhagen, 3. 3. 1983

Amtsgericht

Vergleiche — Konkurse

1300

1 N 1/83: Über das Vermögen des Maurermeisters Friedbert Brede, Herbsten, Nr. 78, ist am 10. März 1983, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Dipl.-Volkswirt Rolf Klemmer, Helenenpark 11, 3548 Arolsen.

Konkursforderungen sind bis 1. Juni 1983 zweifach schriftlich — Zinsen berechnet bis zur Eröffnung — bei Gericht anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 18. April 1983, 10.00 Uhr.

Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 29. Juni 1983, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Arolsen, Rauchstraße 7, Raum Nr. 23.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 13. April 1983 anzeigen.

3548 Arolsen, 10. 3. 1983

Amtsgericht

1301

1 N 2/83: Über das Vermögen des Maurermeisters Herbert Brede, Herbsten, Nr. 77, ist am 10. März 1983, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter:

Dipl.-Volkswirt Rolf Klemmer, Helenenpark 11, 3548 Arolsen.

Konkursforderungen sind bis 1. Juni 1983 zweifach schriftlich — Zinsen berechnet bis zur Eröffnung — bei Gericht anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 18. April 1983, 10.00 Uhr.

Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 29. Juni 1983, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Arolsen, Rauchstraße 7, Raum 23.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 13. April 1983 anzeigen.

3548 Arolsen, 10. 3. 1983

Amtsgericht

1302

6 N 76/82 — Beschluß: In dem Konkursantragsverfahren betreffend die Firma Cif Contor für Finanzvermittlung GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe, (HRB 2631 des AG. Bad Homburg v. d. Höhe), vertreten durch die Geschäftsführerin Frau Ingrid Engler geb. Pelz, Frankfurt am Main, werden die am 23. 11. 1982 angeordnete Sequestration sowie das gegen die Gesellschaft verhängte Verfügungsverbot aufgehoben.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 10. 3. 1983

Amtsgericht

1303

6 N 29/82: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma PEAC Werkzeughandelsgesellschaft mbH, 6370 Oberursel (Taunus), Ackergasse 11, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 28. 2. 1983

Amtsgericht

1304

6 N 49/80 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma General-Bau-Gesellschaft für schlüsselfertiges Bauen m.b.H., 6379 Oberursel, Oberhöchstädter Straße 3, wird Schlußtermin bestimmt auf Montag, 18. April 1983, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe, Auf der Steinkaut Nr. 10—12, Saal I, mit folgender Tagesordnung: Prüfung nachgemeldeter Forderungen, Abnahme der Schlußrechnung und Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis. Für den Konkursverwalter wurden festgesetzt: die Vergütung auf 61 010,22 DM, die Auslagen auf 2 473,30 DM, zuzüglich Mehrwertsteuer.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 25. 2. 1983

Amtsgericht

1305

7 N 12/78: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Pester & Co., Wirkwarenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co., Kommandit-

gesellschaft, vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin Wirkwaren-beteiligungs-mbH, diese vertreten durch den Geschäftsführer Bernd Türschmann, Hauptstraße 99, 6367 Karben 3 wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf Freitag, den 22. April 1983, 14.00 Uhr, Zimmer 1, vor dem Amtsgericht Bad Vilbel, Frankfurter Straße 132 bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nichtverwertbaren Vermögensstücke, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen. Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 130 250,— Deutsche Mark zuzüglich 6,5% Ausgleich, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 3 107,50 DM einschließlich Steuer festgesetzt.

6368 Bad Vilbel, 4. 3. 1983

Amtsgericht

1306

7 N 42/82: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Ra-Bc Küchen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurter Straße 2, 6368 Bad Vilbel 1, ist die Vergütung des Konkursverwalters auf 7 920,— DM zuzüglich 6,5% Ausgleich, und seine Auslagen auf 228,— Deutsche Mark einschließlich Steuer festgesetzt.

6368 Bad Vilbel, 4. 3. 1983

Amtsgericht

1307

4 N 27/81: Im Konkursverfahren über das Vermögen der Gärtner Bau GmbH, Lorsch, ist Termin zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO) bestimmt auf den 20. April 1983, 9.00 Uhr, Zimmer 203, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26.

Der Termin dient ferner zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen und zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters.

6140 Bensheim, 10. 3. 1983

Amtsgericht

1308

4 N 6/83: Über das Vermögen der Fa. Theater-technik GmbH, Lorsch, Erlengartenstraße 12, vertreten durch die Geschäftsführerin, Frau Rita Dannfeld, dasselbst, ist am 4. März 1983, 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet worden.

Konkursverwalter: Diplom-Kaufmann Helmut Schmutzler, 6103 Griesheim, Wilhelm-Leuschner-Straße 175 A.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Juni 1983 beim Gericht anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Konkursverwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände: Mittwoch, 29. April 1983, 8.30 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen: Mittwoch, 17. August 1983, 8.30 Uhr, je-

weils im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Gemeinschuldnerin aushändigen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Konkursverwalter bis zum 15. April 1983 anzeigen.

6140 Bensheim, 4. 3. 1983 **Amtsgericht**

1309

4 N 5/81: Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Elke Hoter-Wegfarth KG Thermoplaste, Zwingenberg-Rodgau, ist Termin zur Abstimmung über den Vorschlag der Gemeinschuldnerin zu einem Zwangsvergleich bestimmt auf den 13. April 1983, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203.

Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Konkursverwalters sowie des Gläubigerausschusses können auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts von den Beteiligten eingesehen werden. Der Termin dient gleichzeitig der Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen sowie zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Anhörung über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses.

6140 Bensheim, 8. 3. 1983 **Amtsgericht**

1310

3 N 6/83 — **Beschluß:** Konkursöffnungsverfahren über das Vermögen der Firma Landhaus Bau GmbH, 6470 Büdingen-Calbach, Limesstraße 50. Der Schuldnerin ist am 7. 3. 1983 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

6470 Büdingen, 7. 3. 1983 **Amtsgericht**

1311

61 N 48/78: Im Konkursverfahren über das Vermögen der Aufbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH, vertreten durch ihren Geschäftsführer Walter Borunsky, Heidelberger Straße 64, 6100 Darmstadt, findet mit Genehmigung des Gerichtes die Schlußverteilung statt. Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts — Konkursgericht —, Julius-Reiber-Straße 15, 6100 Darmstadt, unter dem AZ 61 N 48/78, niedergelegt. Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 56 198,34 DM bevorrechtigte Forderungen und 454 981,91 DM nichtbevorrechtigte Forderungen. Verfügbar sind 96 190,41 DM zuzüglich Zinsen.

6100 Darmstadt, 1. 3. 1983
Der Konkursverwalter
W. E. Hummel
Rechtsanwalt

1312

N 8/81 — **Beschluß:** Im Konkursverfahren über das Vermögen des Norbert Erb, Fichtenweg 14 in 3558 Frankenberg-Schreufa wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO), zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und Abnahme der Schlußrechnung Termin bestimmt auf Mittwoch, den 19. Oktober 1983, 10.00 Uhr, Raum 24 im Gerichtsgebäude in Frankenberg (Eder), Geismarer Straße 22.

3558 Frankenberg (Eder), 3. 3. 1983 **Amtsgericht**

1313

7 N 12/76: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Pester & Co. Wirkwarenfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. Kommanditgesellschaft, Hauptstraße 99, 6367 Karben-Okarben, AZ: 7 N 12/78 des Amtsgerichts Bad Vilbel, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Der verfügbare Massebestand beträgt 160 158,69 DM. Davon sind noch die bisher erhobenen Gerichtskosten sowie das Verwalterhonorar in Abzug zu bringen.

Zu berücksichtigen sind 315 804,06 DM an bevorrechtigten und 229 345,91 DM an nichtbevorrechtigten Konkursforderungen. Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle der Konkursabteilung beim Amtsgericht Bad Vilbel, Frankfurter Str. Nr. 132, aus.

6000 Frankfurt am Main, 9. 3. 1983
Der Konkursverwalter
Wolfgang Schulz
Rechtsanwalt

1314

81 N 887/82: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Französische offene Kamine GmbH, Triebstraße 62, 6000 Frankfurt am Main — Bergen-Enkheim, wird die Masseunzulänglichkeit gemäß § 60 der Konkursordnung bekanntgegeben.

6000 Frankfurt am Main, 2. 3. 1983
Der Konkursverwalter
Dirk Pfeil

1315

81 N 144/83 — **Anschluß-Konkursverfahren:** Über das Vermögen der Firma Schuhstürmer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Elbingerstraße 1, 6000 Frankfurt am Main, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Helmut Stürmer, Elfriede Stürmer, Herbert Weber, Heinz Rienecker wird heute, am 1. März 1983, 9.00 Uhr, Anschlußkonkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Ulrich Kneller, Goethestraße 144/150, 6457 Maintal 2 (Bischofsheim), Tel.: 0 61 94 / 6 10 51.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Mai 1983 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO, am 22. April 1983, 9.00 Uhr, Prüfungstermin am 27. Mai 1983, 9.10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. Mai 1983 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 1. 3. 1983
Amtsgericht, Abt. 81

1316

N 49/82: Über das Vermögen der Firma Peppermint Sportswear Handels GmbH, 6360 Friedberg (Hessen), Kaiserstraße 139, ist am 9. März 1983, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Manfred Hermes, Reinhardtstraße 3, 6350 Bad Nauheim. Konkursforderungen sind bis zum 30. April 1983 dem Gericht in zwei zwei Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben Vollmacht mit einzureichen, oder diese im Termin vorzulegen. Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in den §§ 132, 134 und 137 KO bezeichneten Gegenstände ist der 13. April 1983, 14.00 Uhr, Saal 36, und Termin zur Prüfung der angemeldeten For-

derungen der 8. Juni 1983, 14.00 Uhr, Saal Nr. 32, Erdgeschoß, vor dem Amtsgericht Friedberg, Homburger Straße 18.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache gesonderte Befriedigung verlangt, bis zum 31. März 1983 anzeigen.

6360 Friedberg (Hessen), 10. 3. 1983
Amtsgericht

1317

5 N 15/79: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 23. Mai 1978 verstorbenen Helmut Johannes Heinrich Bunte, zuletzt Künzell 6, Weimarer Straße 23, ist nach abgehaltenem Schlußtermin aufgehoben.

6400 Fulda, 4. 3. 1983 **Amtsgericht**

1318

5 N 4/76: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des zwischen dem 6. und 8. April 1975 verstorbenen Karl-Heinz Schneiders, zuletzt Hofbieber, Am Hofberg, ist nach abgehaltenem Schlußtermin aufgehoben. Die Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses ist auf je 6 780,— Deutsche Mark, deren Auslagen sind auf insgesamt 995,— DM festgesetzt worden.

6400 Fulda, 4. 3. 1983 **Amtsgericht**

1319

N 57/82 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Frei Automatic Maschinen- und Gerätebau GmbH, Am Rosengarten 5, 6480 Wächtersbach, Geschäftsführer: Kaufmann Philibert Hartung und Kaufmann Hans-Joachim Frei, ebenda, ist gemäß § 204 Konkursordnung eingestellt.

Termin zur Abnahme der Schlußrechnung ist bestimmt auf Dienstag, den 19. April 1983, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, 6460 Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 17. Festgesetzt sind: Vergütung des Konkursverwalters auf 7 000,— DM, Auslagen auf 600,— DM.

6460 Gelnhausen, 8. 3. 1983 **Amtsgericht**

1320

24 N 56/81: Im Konkursverfahren über das Vermögen des Johannes Raab, In der Hochstadt 18, 6086 Riedstadt-Wolfskehlen wird Schlußtermin bestimmt auf Donnerstag, den 21. April 1983, 11.00 Uhr vor dem Amtsgericht Groß-Gerau, Nebenstelle Oppenheimer Straße 4, Tiefgeschoß, Sitzungssaal. Der Termin dient zur

- a) Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters,
- b) Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis,
- c) Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen. „Es werden festgesetzt:

a) die Vergütung des Konkursverwalters auf	27 561,12 DM,
zuzüglich 6,5% MwSt.	1 791,47 DM,
b) seine Auslagen auf	249,25 DM,
zuzüglich 13% MwSt.	32,40 DM.

6080 Groß-Gerau, 2. 3. 1983 **Amtsgericht**

1321

24 N 46/81 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Solarhaus Bauträgergesellschaft mbH, vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Klaus Peter Scherer, wohnhaft Ringstraße 4, 6480 Wächtersbach, Sitz der Firma nach Sitzverlegung, Flughafenstraße 54, 6082 Mörfelden-Walldorf wird Schlußtermin bestimmt auf Donnerstag,

den 14. 4. 1983, 10.00 Uhr vor dem Amtsgericht Groß-Gerau, Nebenstelle Oppenheimer Straße 4, Tiefgeschoß, Sitzungssaal. Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters und Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

6080 Groß-Gerau, 2. 3. 1983 Amtsgericht

1322

42 N 50/82: Über das Vermögen des Herrn Carol Spitel, Honeywellstraße 14, 6457 Maintal, wird heute, am 4. März 1983, 11.30 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Schuldner zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt und Notar Peter-Jochen Kruse, Albert-Schweitzer-Straße 9, 6457 Maintal.

Konkursforderungen sind bis zum 31. März 1983 beim Gericht zweifach anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Donnerstag, den 14. April 1983, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Hanau, Nußallee 17, 1. Stockwerk, Zimmer 161 B.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 31. März 1983 anzeigen.

6450 Hanau, 4. 3. 1983 Amtsgericht, Abt. 42

1323

42 N 83/76: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Malergesellen Reinhard Häfner, Bahnstraße 20, 6456 Langenselbold, Trockenputz-Montage-Betrieb, ist gemäß § 204 KO mangels Masse eingestellt.

6450 Hanau, 2. 3. 1983 Amtsgericht, Abt. 42

1324

65 N 171/82: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 4. Juni 1982 verstorbenen Handelsvertreters Siegfried Karl Schwab, geb. am 28. Januar 1931, zuletzt wohnhaft gewesen in Niestetal, Hasenweg 9, ist Termin zur Anhörung der Gläubiger über die Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse gegebenenfalls zur Abnahme der Schlußkostenrechnung des Konkursverwalters bestimmt auf den 12. April 1983, 9.15 Uhr, Raum 083, Untergeschoß, Frankfurter Str. Nr. 9, 3500 Kassel.

3500 Kassel, 3. 3. 1983 Amtsgericht, Abt. 65

1325

65 N 99/81: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Vautea-Anlagentechnik GmbH + Co. KG, vertreten durch die Vautea-Anlagentechnik GmbH, diese vertreten durch den Geschäftsführer Dieter Kollmann, Im Wiesengrund 11, 3503 Lohfelden 2, HRA 8349 AG Kassel ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf den 3. Mai 1983, 8.30 Uhr, Raum 083, Untergeschoß, Frankfurter Straße 9, 3500 Kassel.

3500 Kassel, 7. 3. 1983 Amtsgericht, Abt. 65

1326

65 N 189/82: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Gunther Wallenda, Falderbaumstr. 20, 3500 Kas-

sel-Waldau ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf den 1. Juni 1983, 12.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 083 (Untergeschoß).

3500 Kassel, 25. 2. 1983 Amtsgericht, Abt. 65

1327

65 N 37/82: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Welke Baugesellschaft mbH, Frankfurter Straße 324, 3500 Kassel, vertreten durch den Geschäftsführer Jürgen Welke, Zeisigweg 4, 3587 Borken ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf den 1. Juni 1983, 12.00 Uhr, Raum 083, Untergeschoß, Frankfurter Straße 9, 3500 Kassel.

3500 Kassel, 21. 2. 1983 Amtsgericht, Abt. 65

1328

N 14/80 — Beschluß: In der Konkursache Karl-Heinz Tschache, Lampertheim, wird Schlußtermin auf Dienstag, den 12. April 1983, 14.00 Uhr, Zimmer 14 des Gerichtsgebäudes bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nichtverwertbaren Vermögensstücke.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 3 800,— DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 31,17 DM zuzüglich 13% MwSt. festgesetzt.

6840 Lampertheim, 3. 3. 1983 Amtsgericht

1329

N 1/83: Über das Vermögen des Dordo Karpic, Nieder-Jossaer-Straße 23, 6407 Schlitz-Untergewfurth, wird heute, am 2. März 1983, 12.00 Uhr Konkurs eröffnet, da die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Vogelsbergkreis, 6320 Alsfeld, Volkmarstraße 13, als Gläubigerin dies beantragt hat und Zahlungsunfähigkeit glaubhaft gemacht ist.

Konkursverwalter: Reg.Dir. i. R. Emil Walter, 6423 Wartenberg-Angersbach, Schulstraße 2.

Konkursforderungen sind bis zum 6. April 1983 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Mittwoch, den 30. März 1983, 10.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Mittwoch, den 20. April 1983, 10.00 Uhr vor dem Amtsgericht in 6420 Lauterbach, Königsbergerstraße 8, II. Stockwerk, Zimmer Nr. 208.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 6. April 1983 anzeigen.

6420 Lauterbach (Hessen), 2. 3. 1983

Amtsgericht

1330

6 N 49/80: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Generalbau — Gesellschaft für schlüsselfertiges Bauen mbH, Oberhöchstädter Straße 3, 6370 Oberursel — Az.: 6 N 49/80 — AG Bad Homburg, soll die Schlußverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand

beträgt 139 584,46 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: Das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters, sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind 250 651,61 DM bevorrechtigte und 645 428,39 DM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf: Geschäftsstelle des Amtsgerichts Bad Homburg, Auf der Steinkaut 10–12, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe.

6457 Maintal 2, 1. 3. 1983

Der Konkursverwalter
gez. U. Kneiler

1331

7 N 206/82: Über das Vermögen des Herrn Albert Milbrat, Hanauer Landstraße 200, 6052 Mühlheim am Main, Inhaber eines nicht eingetragenen Baugeschäfts, ebenda, wird heute, am 2. März 1983, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Alexander Wolfram, Rumpenhelmer Straße 46, 6050 Offenbach am Main.

Konkursforderungen sind bis 14. April 1983 bei Gericht in doppelter Ausfertigung und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung ausgerechneten Zinsen anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände: Montag, den 18. April 1983, 8.30 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen: Montag, den 13. Juni 1983, 9.00 Uhr, jeweils vor dem Amtsgericht, Gebäude D, Luisenstraße 16, Saal 824.

Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 14. April 1983.

6050 Offenbach am Main, 2. 3. 1983

Amtsgericht

1332

7 N 167/82: Über das Vermögen der Firma Garten- und Landschaftsbau Baggerbetrieb GmbH, Nelkenstraße 42, 6078 Neu-Isenburg, gesetzlich vertreten durch ihren Geschäftsführer Helmut Guckelsberger, ebenda, wird heute, am Mittwoch, dem 2. 3. 1983 Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Alexander Wolfram, Rumpenhelmer Straße Nr. 46, 6050 Offenbach am Main.

Konkursforderungen sind bis 14. April 1983 bei Gericht in doppelter Ausfertigung und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung ausgerechneten Zinsen anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände: Montag, den 18. April 1983, 8.00 Uhr und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen: Montag, den 13. Juni 1983, 8.30 Uhr, jeweils vor dem Amtsgericht, Gebäude D, Luisenstraße 16, Saal 824.

Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 14. April 1983.

6050 Offenbach am Main, 2. 3. 1983

Amtsgericht

1333

N 55/82: Konkursverfahren über das Vermögen des Thilo Katz, Stahlbau und Schweißarbeiten in Rodgau 6. Nach Ab-

Lehnung des Konkursantrages ist das gegen den Schuldner verhängte allgemeine Veräußerungsverbot aufgehoben.

6453 Seligenstadt, 2. 3. 1983 Amtsgericht

1334

62 VN 2/83 — **Beschluß:** Die **Mitra Mineralöltransporte GmbH & Co. Spezialtransporte KG, Wiesbaden, Schwalbacher Straße 36**, vertreten durch die **Mitra Mineralöltransporte Gesellschaft** mit beschränkter Haftung, ebenda, diese gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer **Herbert Bachmann, 6229 Walluf, Pflanzweg 18**, hat durch einen am 2. 3. 1983 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt **Peter Klein, Wiesbaden, Adelheidstraße 22—24** zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Folgende Verfügungsbeschränkungen werden der Schuldnerin auferlegt: Verbindlichkeiten, die nicht zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gehören, darf die Schuldnerin nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters eingehen. Die Eingehung von Verbindlichkeiten, die zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gehören, hat sie zu unterlassen, wenn der vorläufige Verwalter dagegen Einspruch erhebt.

Zugleich wird heute, 17.45 Uhr, auf Grund des § 12 in Verbindung mit § 59 VerglO ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen. Außenstände sind von den Schuldnern der Antragstellerin bei Fälligkeit sofort an den vorläufigen Verwalter zu entrichten. Zahlungen an die Antragstellerin selbst dürfen nicht mehr erfolgen.

Die Antragstellerin darf über Vermögensstücke nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen.

6200 Wiesbaden, 2. 3. 1983 Amtsgericht

1335

62 N 45/81 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 19. Juli 1980 verstorbenen **Uwe Tiebing**, zuletzt wohnhaft gewesen **Sonnenberger Straße 32, 6200 Wiesbaden**, ist gemäß § 204 KO eingestellt.

6200 Wiesbaden, 23. 2. 1983 Amtsgericht

1336

62 N 170/82: Der Antrag der **Fox Motors Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 6503 Mainz-Kastel, Wiesbadener Straße 91**, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer **Günter Fox**, ebenda, auf Eröffnung des Konkursverfahrens über ihr Vermögen wird mangels Masse kostenpflichtig abgewiesen. Die am 6. Dezember 1982 verfügten Sicherungsmaßnahmen werden aufgehoben; das Amt des Sequesters ist beendet.

6200 Wiesbaden, 13. 1. 1983 Amtsgericht

1337

62 N 64/83: Über den Nachlaß des Dipl.-Kaufmanns **Hans Gärtner, Wiesbaden-Biebrich, Eupener Straße 13**, verstorben am 2. Dezember 1982, wird heute, am 28. Februar 1983, um 15.45 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Jürgen Reinemer, Bahnhofstraße 39, 6200 Wiesbaden**.

Anmeldungen (doppelt) bis 18. April 1983. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 24. März 1983. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am Mittwoch, dem 18. Mai 1983, 14.00 Uhr, Zimmer 243.

6200 Wiesbaden, 28. 2. 1983 Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzutellen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1338

1 K 20/80: Das im Grundbuch von **Helminghausen, Band 18, Blatt 495**, eingetragene Grundstück

Gemarkung **Helminghausen, Flur 9, Flurstück 71/9, Grünland**, Auf der Straße, Größe 29,74 Ar,

soll am Mittwoch, dem 25. Mai 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude **Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer Nr. 23**, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 1. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Schreinermeister Karl Rummel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 9. 3. 1983 Amtsgericht

1339

1 K 24/81: Das im Grundbuch von **Mengeringhausen, Band 48, Blatt 1434**, eingetragene Grundstück

Gemarkung **Mengeringhausen, Flur 26, Flurstück 40/8, Hof- und Gebäudefläche**, **Schwalbenweg 25**, Größe 8,91 Ar,

soll am 1. Juni 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude **Arolsen, Rauchstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 23**, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 8. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl Heinz und Johanna Maria Haberle.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 5. 3. 1983 Amtsgericht

1340

6 K 113/81 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von **Ober-Erlenbach, Band 73, Blatt 2967**, Gemarkung **Ober-Erlenbach**,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 464, Hof- und Gebäudefläche, **Ober-Erlenbacher Straße 6**, Größe 4,05 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Flurstück 454, Hof- und Gebäudefläche, **Bornstraße 3**, Größe 0,63 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 1, Flurstück 455/2, Hof- und Gebäudefläche, **Bornstraße 3**, Größe 0,58 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 1, Flurstück 456, Hof- und Gebäudefläche, **Bornstraße 1 und 3**, Größe 0,61 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 1, Flurstück 453/2, Hof- und Gebäudefläche, **Bornstraße 1**, Größe 0,22 Ar,

möglicherweise sind die Gebäude auf den Flurstücken 455/2 und 453/2 genehmigte Überbauten und wesentliche Bestandteile des nicht zu versteigernden Nachbargrundstückes,

soll am Mittwoch, dem 6. Juli 1983, 9.00 Uhr, Saal 2, 1. Obergeschoß, im Gerichtsgebäude, Auf der **Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe**, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 1. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Eric Komusin, geb. 18. 4. 1962, Ober-Erlenbacher Straße 6, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für lfd. Nr. 1 auf	368 350,— DM,
für lfd. Nr. 2 auf	43 480,— DM,
für lfd. Nr. 3 auf	19 070,— DM,
für lfd. Nr. 4 auf	140 490,— DM,
für lfd. Nr. 5 auf	28 770,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 2. 3. 1983
Amtsgericht

1341

K 71, 72/81 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von **Wehen, Band 49, Blatt 1452**, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 6, Gemarkung **Wehen, Flur 10, Flurstück 97, Hof- und Gebäudefläche**, **Silberbachstraße 9**, Größe 40,42 Ar,

soll am Freitag, dem 1. Juli 1983, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude **Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, Saal 10**, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 19. 11. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. Erich Lendle & Co. KG, Taunusstein 4.

Die Terminaberaumung erfolgt gem. § 74a Abs. 5 ZVG. Der Zuschlag auf Grund des im Versteigerungstermin am 4. 3. 1983 abgegebenen Meistgebots wurde gem. § 74a Abs. 1 ZVG, § 85a ZVG ver sagt.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 2 734 167,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 7. 3. 1983 Amtsgericht

1342

4 K 78/80: Das im Grundbuch von **Lorsch, Band 115, Blatt 5248**, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung **Lorsch, Flur 2, Flurstück 132, Hof- und Gebäudefläche**, **Benediktinergasse 12**, Größe 4,19 Ar,

soll am Mittwoch, dem 8. Juni 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude **Bensheim, Wilhelmstraße 26, Raum 203, 1. Stock**, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 1. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hermann Lattner, Fliesenleger, Lorsch.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 3. 3. 1983 Amtsgericht

1343

4 K 40/82: Das im Grundbuch von **Wolzhausen, Band 33, Blatt 1106**, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung **Wolzhausen, Flur 3, Flurstück 99, Hof- und Gebäudefläche**, **Schelde-Lahn-Straße 31**, Größe 4,30 Ar,

soll am Dienstag, dem 31. Mai 1983, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, 3560 Biedenkopf, Hainstraße 70, Nebengebäude, Sitzungssaal, Raum Nr. 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 12. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1a) Schwaner, Adam, Stahlbauschlosser, geb. am 5. November 1951,

b) dessen Ehefrau Schwaner, Jutta, geb. Hermann, geb. am 22. Mai 1957, beide in Wolzhausen, Zum Bolzenbach 12, 3565 Breidenbach, — je zur Hälfte —

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 8. 3. 1983 **Amtsgericht**

1344

61 K 92/82: Das im Grundbuch von Malchen, Band 12, Blatt 540, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Malchen, Flur 1, Flurstück 33/3, Hof- und Gebäudefläche, Frankensteiner Straße 40, Größe 2,65 Ar, soll am 9. Mai 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 11. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Nikolaus Ebner, Malchen.

b) Eleonore Johanneette Ebner geb. Pfösser, daselbst, — in allgemeiner Gütergemeinschaft —

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 1. 3. 1983

Amtsgericht, Abt. 61

1345

61 K 102/82: Das im Grundbuch von Jugenheim, Band 46, Blatt 1722, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Jugenheim, Flur 1, Flurstück 315/1, Hof- und Gebäudefläche, Pauerweg 7, Größe 4,24 Ar, soll am Montag, dem 16. Mai 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 9. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wilfried Taake, Seeheim-Jugenheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 1. 3. 1983

Amtsgericht, Abt. 61

1346

31 K 49/82: Das im Grundbuch von Dieburg, Band 199, Blatt 7753, eingetragene Erbbaurecht

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dieburg, Flur 9, Flurstück 194/1, Bauplatz, Industriestraße (auf dem Grundstück wurde ein Wohnhausbau begonnen), Größe 17,23 Ar, eingetragen im Grundbuch von Dieburg Blatt 5068 in Abt. II Nr. 2 auf 99 Jahre ab Eintragungstag (27. 8. 1981). Zustimmung des Grundstückseigentümers erforderlich zur Belastung mit Grundpfandrechten.

Grundstückseigentümer: Heinz Krichbaum,

soll am Dienstag, dem 17. Mai 1983, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 8. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Heinz Vogel, Dieburg.

Der Wert des Erbbaurechts ist gem. § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 245 000 DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71 / 20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 28. 2. 1983 **Amtsgericht**

1347

31 K 14/82: Das im Grundbuch von Münster, Band 80, Blatt 3258, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Münster, Flur 14, Flurstück 239, Hof- und Gebäudefläche, Eichenweg 12, Größe 5,15 Ar,

soll am Dienstag, dem 3. Mai 1983, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. 3. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Walter Norbert Reitzenstein, Münster.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 455 000,— Deutsche Mark.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71 / 20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 25. 2. 1983 **Amtsgericht**

1348

31 K 30/82: Die im Grundbuch von Dieburg, Band 130, Blatt 5679, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 5, Gemarkung Dieburg, Flur 1, Flurstück 792/2, Hof- und Gebäudefläche, Klosterstraße 15, Größe 1,87 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Dieburg, Flur 1, Flurstück 793/2, Hof- und Gebäudefläche, Klosterstraße, Größe 1,35 Ar,

sollen am Montag, dem 30. Mai 1983, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. 4. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Naumann, Irma Hildegard geborene Schwingkowsky, 6110 Dieburg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: Flur 1, Flurstück 792/2: 526 775,— DM, Flur 1, Flurstück 793/2: 47 250,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71 / 20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 10. 3. 1983 **Amtsgericht**

1349

8 K 88/81: Die im Grundbuch von Oberroßbach, Band 20, Blatt 700, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 3, Flur 30, Flurstück 213, Grünland, Kronbergsrain, Größe 1,24 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 37, Flurstück 1, Hof- und Gebäudefläche, Struthstraße 13, Größe 5,81 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 25. Mai 1983, 14.15 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße 14, Zimmer Nr. 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. 11. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Griewel-Lange, Elisabeth Wilhelmine geb. Stemann, geb. 13. 5. 1933, Gotenweg Nr. 17, 4773 Möhnesee-Körbecke.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für Flur 30, Flurst. 213, auf 2 480,— DM,

für Flur 37, Flurst. 1, auf 131 620,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6340 Dillenburg, 9. 3. 1983 **Amtsgericht**

1350

3 K 86/82: Das im Grundbuch von Hitzelrode, Band 11, Blatt 368, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hitzelrode, Flur 5, Flurstück 8/2, Hof- und Gebäudefläche, Auf dem Sperlingsberge 8, Größe 9,35 Ar, soll am Mittwoch, dem 24. August 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3440 Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 17. 12. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Angelika Gundlach geb. Herold, Platz der Deutschen Einheit 6, 3440 Eschwege.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 2. 3. 1983 **Amtsgericht**

1351

K 7/81 — Beschluß: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Röddenau, Band 58, Blatt 2048,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Röddenau, Flur 10, Flurstück 73/22, Hof- und Gebäudefläche, Mühlenstraße 25, Größe 1,58 Ar,

soll am Mittwoch, dem 4. Mai 1983, 14.30 Uhr, Raum 20, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Geismarer Str. 22, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 3. 1981 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Arbeiter Rudolf Hallenberger und Eilfriede Hallenberger geb. Möller, beide wohnhaft in Frankenberg (Eder)-Röddenau, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 4. 3. 1983

Amtsgericht

1352

K 8/81 — Beschluß: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Röddenau, Band 41, Blatt 1546, Gemarkung Röddenau

lfd. Nr. 1, Flur 10, Flurstück 22/1, Hofraum, Mühlenstraße 27, Größe 1,14 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 10, Flurstück 72/22, Hof- und Gebäudefläche, Mühlenstraße 27, Größe 1,39 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 15, Flurstück 64/2, Hof- und Gebäudefläche, Im Bruch, Größe 5,09 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 15, Flurstück 322/151, Grünland, In den Heckenbäumen, Größe 18,28 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 15, Flurstück 173, Ackerland, Auf der Hute, Größe 15,68 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 16, Flurstück 66, Gartenland, In der Aue, Größe 0,46 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 23, Flurstück 4, Ackerland, Auf den Steilen, Größe 15,44 Ar,

soll am Mittwoch, dem 4. Mai 1983, 14.30 Uhr, Raum 20, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Geismarer Str. 22, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. 3. 1981 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Elfriede Hallenberger geb. Möller in Frankenberg (Eder)-Röddenau.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für lfd. Nr. 1 auf	19 700,— DM,
für lfd. Nr. 2 auf	74 200,— DM,
für lfd. Nr. 3 auf	49 200,— DM,
für lfd. Nr. 4 auf	3 700,— DM,
für lfd. Nr. 5 auf	3 100,— DM,
für lfd. Nr. 6 auf	150,— DM,
für lfd. Nr. 7 auf	2 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 4. 3. 1983

Amtsgericht

1353

84 K 298/80: Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Abteilung Höchst, Bezirk Sindlingen, Band 76, Blatt 2107, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Sindlingen, Flur 7, Flurstück 472/260, Hof- und Gebäudefläche, Sindlinger Bahnstraße 55, Flur 7, Flurstück 1076/261, Hof- und Gebäudefläche und Gartenland (Obstb.), Sindlinger Bahnstraße 55, Größe 4,87 Ar, soll am Dienstag, dem 23. August 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 124, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 14. 1. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Hediban Hamida Djerid,
- Rosemarie Gertrud Djerid geb. Schöhl, 6230 Frankfurt am Main 80, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 200 000,— Deutsche Mark (für jede ideelle Hälfte auf 100 000 DM).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 22. 2. 1983

Amtsgericht, Abt. 84

1354

84 K 271/82: Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 22, Band 51, Blatt 1679, eingetragene Wohnungseigentum

lfd. Nr. 1 = 94,25/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung 1, Flur 335, Flurstück 557/11, Hof- und Gebäudefläche, Gabelberger Straße 9, Größe 4,91 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 9 des Aufteilungsplans und beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (Blatt 1671—1680),

soll am Mittwoch, dem 25. Mai 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 11. 10. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Die Kommanditgesellschaft für Bau- durchführungen, Dipl.-Ing. E. Borde, Ostendstraße 3, 6000 Frankfurt am Main 1.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 102 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 25. 2. 1983

Amtsgericht, Abt. 84

1355

84 K 227/82: Die im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 39, Band 218, Blatt 7515, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung 39, Flur 21, Flurstück 720, Ackerland, Im Bittelstück, Größe 1,82 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung 39, Flur 21, Flurstück 721, Ackerland, Im Bittelstück, Größe 1,83 Ar,

sollen am Freitag, dem 10. Juni 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 160, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. 7. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Gertrud Wulkow geb. Reusch, Frankfurt am Main.

Der Wert der Grundstücke ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für lfd. Nr. 1 auf	6 500,— DM,
für lfd. Nr. 2 auf	6 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 4. 3. 1983

Amtsgericht Abt. 84

1356

K 79/82: Der im Grundbuch von a) Nieder-Mörlen, Band 71, Blatt 2749, eingetragene Grundbesitz

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nieder-Mörlen, Flur 6, Flurstück 48/6, Bauplatz, Elisabethenstraße, Größe 3,66 Ar,

b) Nieder-Mörlen, Band 61, Blatt 2454, lfd. Nr. 2, Gemarkung Nieder-Mörlen, Flur 6, Flurstück 48/20, Bauplatz, Elisabethenstraße 10, Größe 0,84 Ar,

soll am Freitag, dem 20. Mai 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Homburger Str. Nr. 18, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 10. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Band 71, Blatt 2749: Ida Babylon geb. Vogel, Bad Nauheim, und Emil Vogel, Bad Nauheim, in Erbgemeinschaft.
- Band 61, Blatt 2454: Ida Babylon geb. Vogel, Bad Nauheim.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für Flur 6, Flurst. 48/6 auf	109 800,— DM,
für Flur 6, Flurst. 48/20 auf	25 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 11. 2. 1983

Amtsgericht

1357

42 K 156/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ruttershausen, Band 21, Blatt 665, 1/2 Miteigentumsanteil des Ingomar Karl Erdmann Braun an dem Grundstück

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 109/1, Hof- und Gebäudefläche, Hintergasse 15, Größe 5,64 Ar,

soll am Freitag, dem 22. Juli 1983, 14.00 Uhr, Raum 208, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gutfleischstr. 1, 6300 Gießen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 10. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

- Braun, Ingomar Karl Erdmann, geb. 23. 5. 1926, Langgasse 9, 6302 Lich 1,
- Braun, Erika Ulrike Erdmute, geb. 20. 5. 1967, Am Busch 4, 6301 Staufenberg-Treis, — je zur Hälfte —

Der Wert der Grundstückshälfte ist gem. § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 61 110,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 25. 2. 1983

Amtsgericht

1358

24 K 95/82: Die im Grundbuch von Mörfelden, Band 209, Blatt 8875, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Mörfelden, Flur 19, Flurstück 208/3, Ackerland, An den Eichen, Größe 3,29 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Mörfelden, Flur 19, Flurstück 208/5, Ackerland, An den Eichen, Größe 4,40 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Mörfelden, Flur 19, Flurstück 208/8, Ackerland, An den Eichen, Größe 8,41 Ar,

sollen am Dienstag, dem 24. Mai 1983, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude/Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal im Tiefgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. 1. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma WLD-Terrain-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Saarstraße 14—16, 6082 Mörfelden-Walldorf.

Der Wert wurde gem. § 74a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 26. 1. 1983 wie folgt festgesetzt:

a) für Grundstück Flur 19 Nr. 208/3 auf 4 935,— DM,

b) für Grundstück Flur 19 Nr. 208/5 auf 6 600,— DM,

c) für Grundstück Flur 19 Nr. 208/8 auf 168 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 4. 3. 1983

Amtsgericht

1359

24 K 45/82: Das im Grundbuch von Stockstadt, Band 39, Blatt 1836, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Stockstadt, Flur 7, Flurstück 432, Gebäude- und Freifläche, Königsberger Straße 21, Größe 14,41 Ar,

soll am Dienstag, dem 7. Juni 1983, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude/Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal im Tiefgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 3. 6. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Meyer, Hildegard geb. Stockschläder, geb. am 17. 2. 1942, Wiener Straße 3, 6080 Groß-Gerau.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 560 000,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 3. 3. 1983

Amtsgericht

1360

24 K 98/82: Das im Grundbuch von Trebur, Band 122, Blatt 4764, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Trebur, Flur 24, Flurstück 12, Ackerland, Im Rußloch, Größe 30,75 Ar,

soll am Dienstag, dem 10. Mai 1983, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude/Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal im Tiefgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 1. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wolfgang Krämer, Schnellster Weg 2, 6090 Rüsselsheim.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 37 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 4. 3. 1983

Amtsgericht

1361

24 K 69/82: Das im Grundbuch von Worfelden, Band 36, Blatt 1985, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Worfelden, Flur 9, Flurstück 215/3, Hof- und Gebäudefläche, Rheinstraße 79, Größe 6,26 Ar, soll am Dienstag, dem 31. Mai 1983, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Arbeitsamtsgebäude, Sitzungssaal im Tiefgeschoß, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 10. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

3a) William Marcell George Müller, Fürsorge, Rüsselsheim,
b) seine Ehefrau Herta Margarete Luise Müller-Letz geb. Letz, daselbst, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund des Wertgutachtens des vereidigten Sachverständigen Architekt Dipl.-Ing. Heinz Knodt vom 8. 1. 1983 auf 540 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 7. 3. 1983 Amtsgericht

1362

42 K 164/82: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Marköbel, Band 59, Blatt 2099, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Marköbel, Flur 15, Flurstück 40, Hof- und Gebäudefläche, Zur Dammbrücke 1, Größe 5,07 Ar, am 26. Mai 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee 17, Zimmer 161 B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. 11. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Martha Rothweil geb. Krämer in 6451 Hammersbach.

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 354 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6150 Hanau, 1. 3. 1983 Amtsgericht, Abt. 42

1363

42 K 142/82: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Klein-Auheim, Band 91, Blatt 3872,

BV Ifd. Nr. 1, Gemarkung Klein-Auheim, Flur 1, Flurstück 317/2, Hof- und Gebäudefläche, Kolpingstraße 10, Größe 3,28 Ar,

BV Ifd. Nr. 2, Gemarkung Klein-Auheim, Flur 1, Flurstück 317/3, Hof- und Gebäudefläche, Kolpingstraße 10, Größe 3,71 Ar,

am Freitag, dem 3. Juni 1983, 9.00 Uhr, Raum 161 B, im Gerichtsgebäude B, Hanau, Nußallee 17, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 9. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Oswald Kröpl und Wilhelmine Klimmek in Hanau.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für BV Nr. 1 auf 191 110,— DM,
für BV Nr. 2 auf 35 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 7. 3. 1983 Amtsgericht, Abt. 42

1364

42 K 8/82: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Wohnungs- und Teileigentums-Grundbuch von Rodenbach, Band 84, Blatt 3216 und 3217, eingetragenen Wohnungseigentumsrechte versteigert werden.

Blatt 3216: BV Ifd. Nr. 1, 12 000/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Rodenbach, Flur 15, Flurstück 128/11, Hof- und Gebäudefläche, Hanauer Landstraße 24a—24f, Größe 118,35 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 71 bezeichneten Geschäftsraumfläche nebst Kellergeschoß mit ca. 1 205,35 qm Nutzfläche. Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen — eingetragen in Blatt 3058 bis 3215 und Blatt 3217 gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Blatt 3217: BV Ifd. Nr. 1, 7 900/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Rodenbach, Flur 15, Flurstück 128/11, Hof- und Gebäudefläche, Hanauer Landstraße 24a—24f, Größe 118,35 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 81 bezeichneten Gebäude bestehend aus Erdgeschoß und einem Obergeschoß nebst Kellergeschoß mit ca. 838,21 qm Nutzfläche. Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen — eingetragen in Blatt 3058 bis 3216 — gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Zu Blatt 3216 und 3217:

Im übrigen wird wegen des Gegenstandes und des Inhalts des Sondereigentums auf die Eintragsbewilligung vom 8. 11. 1968 Bezug genommen. Eingetragen am 12. 5. 1969. Die Teilungserklärung vom 8. 11. 1968 ist durch Ergänzungserklärung vom 6. 1. 1970 geändert. Eingetragen am 27. 4. 1970.

Versteigerungstermin am 31. Mai 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau/M. 1, Nußallee 17, Zimmer 161 B.

Eingetragener Eigentümer am 10. 2. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Hans Klinger, Rodenbach.

Der Wert der Wohnungseigentumsrechte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

a) Blatt 3216 Rodenbach auf 17 500,— DM,
b) Blatt 3217 Rodenbach auf 123 000,— DM,
insgesamt auf 140 500,— DM.

Die Wohnungseigentumsrechte sind laut Schätzungen vom 28. 3. 1982 nicht bebaut.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 4. 3. 1983 Amtsgericht, Abt. 42

1365

42 K 160/82: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Bischofsheim, Band 135, Blatt 4476, eingetragene 2.386/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Bischofsheim, Flur 14, Flurstück 223, Hof- u. Gebäudefläche, Goethestraße 120—126, Dörnigheimer Weg 26—34, Größe 100,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 1 E 4 des Aufteilungsplanes versteigert werden.

Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (eingetragen in Blatt 4252 bis 4690).

Zur Veräußerung ist die Zustimmung des Verwalters erforderlich, ausgenommen Veräußerungen

a) an Ehegatten, Verwandte in gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie und

b) im Wege der Zwangsvolleistungen oder durch den Konkursverwalter.

Im übrigen wird wegen des Gegenstandes und des Inhalts des Sondereigentums auf die Einigungsbewilligung vom 16. 6. 1978 Bezug genommen. Eingetragen am 30. 8. 1976.

Versteigerungstermin am 7. Juni 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Hanau, Nußallee 17, Zimmer 161 B.

Eingetragene Eigentümer am 26. 10. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Harry Schmelsch,
b) Ilse Schmelsch geb. Müller, — je zur Hälfte —

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 85 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6150 Hanau, 7. 3. 1983 Amtsgericht, Abt. 42

1366

42 K 146/82: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs- und Teileigentums-Grundbuch von Rückingen, Band 71, Blatt 2075, eingetragene Miteigentumsanteil von 18,45/1 000 an dem Grundstück

Gemarkung Rückingen, Flur 1, Flurstück 67/8, Hof- und Gebäudefläche, Lindenstraße 9, 11, Hainstraße 51—59, Größe 44,05 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 2. Obergeschoß nebst Kellerraum, im Aufteilungsplan mit Nr. CCC XVII bezeichnet, versteigert werden.

Die in Blatt 2041 bis 2100 von Rückingen eingetragenen Miteigentumsanteile beschränken sich gegenseitig durch die jeweils zu ihnen gehörenden Sondereigentumsrechte.

Im übrigen wird wegen des Inhalts des Sondereigentums auf die Eintragsbewilligung vom 17. 5. 1972 und die dazu gehörenden Bauzeichnungen Bezug genommen. Eingetragen am 3. 7. 1972.

Versteigerungstermin am 9. Juni 1983, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Hanau, Nußallee 17, Zimmer 161 B.

Eingetragene Eigentümer am 28. 9. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Mehmet Oguz Kaftanci,
b) Huriser Kaftanci geb. Cal, — je zur Hälfte —

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 140 940,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6150 Hanau, 8. 3. 1983 Amtsgericht, Abt. 42

1367

2 K 112/82: Das im Grundbuch von Hirschberg, Band 8, Blatt 259, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Hirschberg, Flur 3, Flurstück 54, Grünland, Köppel, Größe 24,45 Ar,

soll am Freitag, dem 20. Mai 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herborno, Westerwaldstraße 16, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 12. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Schlosser Friedrich Jakob Schöffler Jr., Herborno.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 2 445,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6348 Herborno, 7. 3. 1983 Amtsgericht

1368

2 K 49/82: Das im Grundbuch von Amdorf, Band 18, Blatt 631, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Amdorf, Flur 1, Flurstück 90, Bauplatz, Feldstraße 5 (jetzt

mit Einfamilienwohnhaus im Rohbau), Größe 7,59 Ar,
soll am Freitag, dem 12. August 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Herbhorn, Westerwaldstraße 16, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 7. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Günther Jung und Elke geb. Lohmann, Wilhelmstraße 10, 6348 Herbhorn-Andorf, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 153 785,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6348 Herbhorn, 21. 2. 1983 **Amtsgericht**

1369

2 K 78/82: Das im Grundbuch von Offenbach, Band 64, Blatt 2070, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Offenbach, Flur 5, Flurstück 95/1, Hof- und Gebäudefläche, im Feldchen (= Mozartstraße 2), Größe 6,74 Ar,

soll am Freitag, dem 19. August 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Herbhorn, Westerwaldstraße 16, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 9. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Willibald Löffler und Hella geb. Steinmüller, in Mittenaar-Offenbach, Mozartstraße 2, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 237 551,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6348 Herbhorn, 21. 2. 1983 **Amtsgericht**

1370

2 K 39/82: Das im Grundbuch von Schönbach, Band 28, Blatt 968, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schönbach, Flur 13, Flurstück 135/4, Hof- und Gebäudefläche, auf dem Roth, Größe 7,37 Ar,

soll am Freitag, dem 26. August 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herbhorn, Westerwaldstraße 16, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 5. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Wolfgang Jung und Gerlinde geb. Schäfer, Waldstraße 7, 6348 Herbhorn-Schönbach, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 325 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6348 Herbhorn, 25. 2. 1983 **Amtsgericht**

1371

2 K 1/82: Das im Grundbuch von Eisemroth, Band 57, Blatt 1879, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eisemroth, Flur 9, Flurstück 286, Hof- und Gebäudefläche, Marburger Straße 7, Größe 2,02 Ar,

soll am Freitag, dem 5. August 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herbhorn, Westerwaldstraße 16, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 2. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Hans Zampedri und Klara geb. Bürgel in Siegbach-Eisemroth, Marburger Straße 7, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 60 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6348 Herbhorn, 2. 3. 1983 **Amtsgericht**

1372

2 K 18/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ehrsten, Band 12, Blatt 360,

Gemarkung Ehrsten, Flur 2, Flurstück Nr. 61/20, Hof- und Gebäudefläche, Helfensteinstraße 11, Größe 8,49 Ar,

soll am Freitag, dem 20. Mai 1983, 10.00 Uhr, Saal 26, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Straße 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 17. 3. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Elke Beittinger, Pfingstweide 30, 3502 Vellmar.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 306 000,— Deutsche Mark.

Im Versteigerungstermin am 18. 2. 1983 wurde der Zuschlag aus den Gründen des § 85a Abs. 1 ZVG versagt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 24. 2. 1983 **Amtsgericht**

1373

K 31/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von

a) Calden, Band 69, Blatt 2096, Flur 15, Flurstück 112/74, Bauplatz, Kantweg, Größe 3,19 Ar,

b) Calden, Band 69, Blatt 2092, Flur 15, Flurstück 112/76, Weg, Kantweg, Größe 0,63 Ar, — zu 1/9 —,

c) Calden, Band 71, Blatt 2172, Flur 15, Flurstück 112/75, Bauplatz, Kantweg, Größe 3,13 Ar, — zu 1/12 —,

soll am Freitag, dem 10. Juni 1983, 10.00 Uhr, Saal 26, im Gerichtsgebäude Friedrich-Pfaff-Straße 8, 3520 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 9. 6. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Helga Radzey geb. Herberg, 3527 Calden 1.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf für Flur 15, Flst. 112/74 auf 224 500,— DM für Flur 15, Flst. 112/76 auf 210,— DM, für Flur 15, Flst. 112/75 auf 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 25. 2. 1983 **Amtsgericht**

1374

K 17/82: Das im Grundbuch von Homberg/Efze, Bezirk Waßmuthshausen, Band 7, Blatt 93, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Waßmuthshausen, Flur 2, Flurstück 54, Hof- und Gebäudefläche, Zum Toracker 14, Größe 7,08 Ar,

soll am Freitag, dem 20. Mai 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Homberg/Efze, Obertorstraße 9, Sitzungssaal 2, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 8. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Bäcker Günter Mitteldorf, geb. am 22. 8. 1954 in Homberg-Waßmuthshausen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG, § 85 ZVG festgesetzt auf 30 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3588 Homberg/Efze, 2. 3. 1983 **Amtsgericht**

1375

64 K 168/82: Das im Grundbuch von Kassel, Band 313, Blatt 7594, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kassel, Flur Y, Flurstück 6/53, LB 6964, Hof- und Gebäudefläche, Udenhäuser Straße 12, Größe 8,34 Ar,

soll am 21. Juni 1983, 10.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Raum 083 (Untergeschoß), Frankfurter Straße 9, 3500 Kassel, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. 7. 1982 (Tag des Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Glawon, Anneliese geb. Kuhn, geb. 4. 1. 1943, Kassel.

Verkehrswert gemäß § 74a Abs. 5 ZVG = 349 181,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 10. 2. 1983 **Amtsgericht, Abt. 64**

1376

64 K 320/82: Das im Grundbuch von Oberkaufungen, Band 111, Blatt 3798, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 4, Gemarkung Oberkaufungen, Flur 5, Flurstück 128/3, LB 1938, Bauplatz, Roentgenweg, Größe 20,00 Ar,

soll am 15. Juni 1983, 10.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Raum 083 (Untergeschoß), Frankfurter Str. 9, 3500 Kassel, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 12. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Henniger, Rolf, geb. am 27. März 1941, Zahnarzt, 3506 Helsa.

Verkehrswert gemäß § 74a Abs. 5 ZVG = 120 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 11. 2. 1983 **Amtsgericht, Abt. 64**

1377

64 K 92/82: Das im Grundbuch von Wahnhausen, Band 12, Blatt 314, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 4, Gemarkung Wahnhausen, Flur 8, Flurstück 30/1, LB 335, Hof- und Gebäudefläche, Dorfstraße 4, Größe 2,84 Ar,

soll am 28. Juni 1983, 8.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 9, Raum 083, Sockelgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 5. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Patrice Jean-Francois Aubin de Jaurias, Wolfsburg.

Verkehrswert gemäß § 74a Abs. 5 ZVG = 250 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 16. 2. 1983 **Amtsgericht, Abt. 64**

1378

64 K 29/82: Der 1/15 Miteigentumsanteil an dem im Grundbuch von Obervellmar, Band 58, Blatt 1623, eingetragenen Grundstück

lfd. Nr. 21, Gemarkung Obervellmar, Flur 17, Flurstück 9/14, LB 1896, Parkplatz, Hauffstraße, Größe 11,00 Ar,

soll am Dienstag, dem 23. August 1983, 8.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Raum 083, Untergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 2. 1982 bzw. 21. 12. 1982 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

Siebert, Paulo, geb. 11. 2. 1947, Veilmar. Verkehrswert gemäß § 74a Abs. 5 ZVG = 13 920,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.
3500 Kassel, 18. 2. 1983 Amtsgericht, Abt. 64

1379

7 K 34/82: Der im Grundbuch von Ober-Roden, Band 158, Blatt 6187, eingetragene 8,804/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Flur 21, Nr. 702/3, Hof- und Gebäudefläche, Breidertrung, Größe 92,70 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 89 bezeichneten Wohnung,

soll am Dienstag, dem 3. Mai 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 7. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Herbert Griförer in Rödermark, Breidertrung 88.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 144 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 3. 3. 1983 Amtsgericht

1380

7 K 23/82: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Bad Camberg, Band 100, Blatt 3266,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Camberg, Flur 28, Flurstück 218, Bauplatz Pommernstraße, Größe 12,70 Ar,

soll am Mittwoch, dem 11. Mai 1983, 15.00 Uhr, Raum 14, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude, Schiede 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 11. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Syre Fritz, geb. 29. 4. 1925, in Bad Camberg/Ts., Dieselstraße,
b) dessen Ehefrau Syre Gertrude geb. Hihn, geb. 18. 2. 1927, in Bad Camberg/Ts., Dieselstraße, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 127 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 4. 3. 1983 Amtsgericht

1381

7 K 131/82 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Münchhausen, Band 49, Blatt 1788, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Münchhausen, Flur 4, Flurstück 221/0.49, Ackerland, Ochsenberg, Größe 22,27 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Münchhausen, Flur 5, Flurstück 16/1, Hof- und Gebäudefläche, Waldstraße 6, Größe 6,20 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Münchhausen, Flur 5, Flurstück 18/1, Hof- und Gebäudefläche, Waldstraße, Größe 8,14 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 5. Mai 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. 12. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Baumann, Christine, geb. Schäfer, in Frankenberg-Geismar.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für:

lfd. Nr. 1 auf 3 400,— DM,
lfd. Nr. 2 auf 9 300,— DM,
lfd. Nr. 3 auf 155 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 4. 3. 1983 Amtsgericht

1382

1 K 25/81: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ellenberg, Band 23, Blatt 738,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ellenberg, Flur 4, Flurstück 62/9, Hof- und Gebäudefläche, Die Triescher (jetzt: Im Triescher 4), Größe 8,80 Ar,

soll am Freitag, dem 27. Mai 1983, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Kasseler Straße 29, 3508 Melsungen (ehem. Renteigebäude), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. 10. 1981 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Christa Brand geb. Seewald, Im Triescher 4, 3501 Guxhagen-Ellenberg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 280 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3508 Melsungen, 7. 3. 1983 Amtsgericht

1383

1 K 36/81: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Wollrode, Band 17, Blatt 506,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wollrode, Flur 4, Flurstück 28/2, Grünland, Auf den Hainbuchen, Größe 0,34 Ar,

Gemarkung Wollrode, Flur 4, Flurstück 29/1, Hof- und Gebäudefläche, Hof Schwarzenbach 22, Größe 22,44 Ar,

soll am Freitag, dem 20. Mai 1983, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude, Kasseler Straße 29, 3508 Melsungen (ehem. Renteigebäude) durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 2. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Angestellter Werner Vogel, Hof Schwarzenbach 22, 3501 Guxhagen-Wollrode.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 195 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3508 Melsungen, 10. 3. 1983 Amtsgericht

1384

K 23/81 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bebra, Band 80, Blatt 2656, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bebra, Flur 4, Flurstück 58/22, Hof- und Gebäudefläche, Am Mühlrain 30, Größe 5,50 Ar,

soll am Freitag, dem 20. Mai 1983 um 10.30 Uhr, Großer Sitzungssaal, Erdgeschoß des Amtsgerichts Rotenburg (Fulda), Weidenberggasse 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 6. 1981 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

1. Hausfrau Ingeborg Glenz geb. Weibrecht, geb. 12. 11. 1939,

2. Herrn Ernst Günther Glenz, geb. 25. 6. 1962,

3. Herrn Klaus Glenz, geb. 11. 8. 1963,

4. Frl. Claudia Glenz, geb. 17. 11. 1965, — vertreten durch die Mutter zu 1) —,

5. Herrn Frank Glenz, geb. 20. 2. 1968, — vertreten durch die Mutter zu 1) —,

zu 1) bis 5) wohnhaft: Am Mühlrain 30, 6440 Bebra,

6. Frau Ingeborg geb. Glenz, geb. 12. 8. 1961, wohnhaft: Ernst-von-Harnack-Straße Nr. 38, 6440 Bebra.

— Zu Ziff. 1: — zur Hälfte —,
Zu Ziff. 2—6: In ungeteilter Erbengemeinschaft zur Hälfte.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 250 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6412 Rotenburg (Fulda), 24. 2. 1983 Amtsgericht

1385

4 K 19/81: Das im Wohnungs-Grundbuch von Rüsselsheim, Bezirk Hassloch, Band 48, Blatt 1626, eingetragene Wohnungseigentum Miteigentumsanteil von 38,35/10 000 an dem Grundstück

Gemarkung Hassloch, Flur 3, Flurstück 49/7, Hof- und Gebäudefläche, Robert-Bunsen-Straße 2—14, Größe 109,98 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 6.6.2 bezeichneten Sondereigentumsinhalt,

soll am Dienstag, dem 17. Mai 1983, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Rüsselsheim, Ludwig-Dörfler-Allee 9, Zimmer Nr. 12, Erdgeschoß, Gebäude B, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 4. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Winand Jaeger, z. Z. unbek. Aufenthalt,

b) Monika Flucht, Mozartstraße 21, 6095 Ginsheim-Gustavsburg.

Der Verkehrswert wurde auf 102 360,— Deutsche Mark festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6090 Rüsselsheim, 18. 2. 1983 Amtsgericht

1386

K 2/81: Die im Grundbuch von Welperz, Band 13, Blatt 382, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Welperz

lfd. Nr. 4, Flur 1, Flurstück 33, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Händelstraße, Größe 9,33 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 1, Flurstück 34, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Händelstr. 21, Größe 8,85 Ar,

sollen am Freitag, dem 27. Mai 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 1. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Wolfgang Dambacher und Ursula Dambacher geb. Kraft, Händelstr. Nr. 21, 6492 Sinnthal-Welperz, — je zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstücke ist festgesetzt

für lfd. Nr. 4 auf 84 000,— DM.
für lfd. Nr. 5 auf 310 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6490 Schlüchtern, 28. 2. 1983 Amtsgericht

1387

K 31/81: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Nieder-Roden, Band 87, Blatt 3577,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nieder-Roden, Flur 8, Flurstück 1218, Hof- und Gebäudefläche, Chemnitzer Straße 6, Größe 6,33 Ar,

soll am Montag, dem 2. Mai 1983, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt,

Giselastraße 1, Erdgeschoß, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. 7. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Werner Georg Timotheus Schmidt, Theodor-Körner-Straße 11, 6053 Obertshausen,

2. Johanna Elisabeth Schmidt geb. Hülge, Chemnitzer Straße 6, 6054 Rodgau 3, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 608 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 4. 3. 1983 **Amtsgericht**

1388

K 2/82: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Jügesheim, Band 72, Blatt 3432,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Jügesheim, Flur 5, Flurstück 85, Hof- und Gebäudefläche, Nordring 14, Größe 2,87 Ar,

soll am Montag, dem 9. Mai 1983, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Giselastraße 1, Erdgeschoß, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 1. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Helmut Klug, Nordring 14, 6054 Rodgau 1.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 350 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 11. 3. 1983 **Amtsgericht**

1389

K 24/82: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Mainflingen, Band 59, Blatt 2501,

lfd. Nr. 1, 65/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück der Gemarkung Mainflingen, Flur 1, Flurstück 1769/1, Hof- und Gebäudefläche, Magdruhe, Größe 38,99 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 42; beschränkt durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

soll am Donnerstag, dem 5. Mai 1983, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude Seligenstadt, Giselastraße 1, Erdgeschoß, Saal 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 3. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Dietmar Wacker, Magdruh 2, 6451 Mainhausen 2,

2. Walburga Wacker, Karl-Marx-Straße Nr. 23a, 6450 Hanau 1, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 100 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 11. 3. 1983 **Amtsgericht**

1390

2 K 43/81 — **Beschluß:** Der halbe Grundstücksanteil des Günter Konrad an dem im Grundbuch von Niederreifenberg, Band 23, Blatt 789, eingetragenen Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederreifenberg, Flur 5, Flurstück 107, Ackerland obere Haidchen, Größe 13,72 Ar,

soll am Dienstag, dem 10. Mai 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 16, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 11. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks): bezüglich des beschlagnahmten halben Grundstücksanteils:

Günter Konrad in Straßkirchen.

Der Wert des halben Grundstücksanteils ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 61 740,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 1. 3. 1983 **Amtsgericht**

1391

2 K 46/82 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Kransberg, Band 10, Blatt 273, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kransberg, Flur 1, Flurstück 123, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 31, Größe 1,86 Ar,

soll am Dienstag, dem 3. Mai 1983, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 16, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 9. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Josef Gromberg und Renate Gromberg geb. Richter in Kransberg — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 225 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 22. 2. 1983 **Amtsgericht**

1392

3 K 6/82 u. 2/83: Das im Grundbuch von Selters, Band 27, Blatt 766, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Selters, Flur 37, Flurstück 56/1, Nebenfläche des Betriebes der Land und Forstwirtschaft, Kirchgasse Nr. 9, Größe 15,42 Ar,

soll am Montag, dem 9. Mai 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Weilburg, Mauerstraße 25, Zimmer 24, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 2. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Anton Wangler und Erika geb. Dörr in Löhnberg-Selters, — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6290 Weilburg, 24. 2. 1983 **Amtsgericht**

1393

61 K 54/81 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Schierstein, Band 156, Blatt 4079, eingetragene Grundstück Gemarkung Schierstein

lfd. Nr. 1, Flur 26, Flurstück 33, Hof- und Gebäudefläche, Freudenbergstraße 5, Größe 8,42 Ar,

soll am Dienstag, dem 10. Mai 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 10. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl Kreuter.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 227 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 1. 3. 1983 **Amtsgericht**

1394

61 K 131/82 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Naurod, Blatt 2854, eingetragene Grundeigentum

Gemarkung Naurod, Flur 1, Flurstück 75, Hof- und Gebäudefläche, Bremthaler Str. Nr. 9, Größe 4,90 Ar,

soll am Dienstag, dem 17. Mai 1983, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstr. 2, Zimmer 243, zur Aufteilung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eigentümer:
Martha Schuhmacher,
Karl Viereck,
Norbert Viereck — in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 143 400,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 2. 3. 1983 **Amtsgericht**

1395

61 K 85/82 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Auringen, Blatt 1892, eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 914/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Auringen, Flur 6, Flurstück 97/4, Hof- und Gebäudefläche, Auf den Erlen, Größe 151,22 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 492 im Haus Nr. 16, 4 Zimmer, Küche, Bad, WC, Diele,

soll am Dienstag, dem 3. Mai 1983, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstr. 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eigentümer: Dr. Christoph Theodor Wagner.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 188 910,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 28. 2. 1983 **Amtsgericht**

1396

61 K 87/82 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Bierstadt, Blatt 5041, eingetragene Grundeigentum,

Gemarkung Bierstadt, Flur 1, Flurstück Nr. 23, Ackerland Allee, Größe 11,39 Ar,

soll am Dienstag, dem 3. Mai 1983, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstr. 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eigentümer: Karl Heinz Brühl, Joachim Brühl, Ingrid Zuccolo geb. Brühl.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 9 112,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 28. 2. 1983 **Amtsgericht**

1397

61 K 101/82 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Auringen, Blatt 838, eingetragene Grundeigentum

Gemarkung Auringen, Flur 1, Flurstück 3, Hof- und Gebäudefläche, Guldenweg 10 und 12, Größe 20,52 Ar,

soll am Dienstag, dem 10. Mai 1983, um 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstr. 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eigentümer:
Walter Husar, Wiesbaden-Auringen.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 418 600,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 2. 3. 1983 **Amtsgericht**

Andere Behörden und Körperschaften

Landesversicherungsanstalt (LVA) Hessen

Es wird darauf hingewiesen, daß die „Richtlinien der LVA Hessen über die Gewährung von medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation sowie von zusätzlichen Leistungen aus der Rentenversicherung“ geändert worden sind.

Diese Änderungen traten am 9. 12. 1982 in Kraft. Sie sind in Nr. 1/2 — 1983 der „Nachrichten der LVA Hessen“ bekanntgemacht worden.

6000 Frankfurt am Main, 9. März 1983 Die Geschäftsleitung

25. und 26. April 1983 von 8.00 Uhr—12.00 Uhr und von 14.00 Uhr—16.00 Uhr.

6420 Lauterbach (Hessen), 1. März 1983

Zweckverband
Tierkörperbeseitigungsanstalt
Hopfgarten
gez. Dr. Z we c k e r
Verbandsvorsitzender

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten für das Haushaltsjahr 1983

1. Haushaltssatzung

Auf Grund des § 18 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16. 12. 1969 (GVBl. I S. 307) in der Fassung vom 24. 6. 1978 (GVBl. I S. 420) in Verbindung mit den §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. April 1981 (GVBl. I 1981 S. 66) und in Verbindung mit den §§ 8 und 16 der Satzung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten, hat die Verbandsversammlung am 1. März 1983 für das Haushaltsjahr 1983 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1983 wird im Verwaltungshaushalt

in der E i n n a h m e auf	843 500,— DM
und	
in der A u s g a b e auf	843 500,— DM
und im Vermögenshaushalt	
in der E i n n a h m e auf	53 300,— DM
und	
in der A u s g a b e auf	53 300,— DM

festgesetzt.

§ 2

Eine Verbandsumlage wird nicht erhoben.

§ 3

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 4

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 1983 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

150 000,— DM

festgesetzt.

§ 6

Es gilt der von der Verbandsversammlung am 1. März 1983 beschlossene Stellenplan.

6420 Lauterbach (Hessen), 1. März 1983

Zweckverband
Tierkörperbeseitigungsanstalt
Hopfgarten
gez. Dr. Z we c k e r
Verbandsvorsitzender

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1983 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Teile.

Der Haushaltsplan liegt in Lauterbach, Goldhelg 20, Zimmer 205, zur öffentlichen Einsichtnahme an folgenden Tagen aus:

18.—21. April 1983 von 8.00 Uhr—12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr; am 22. April 1983 von 8.00 Uhr—12.00 Uhr;

Jahresrechnungen des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten

Gemäß § 114 Abs. 1 HGO in der Fassung vom 1. 4. 1981 (GVBl. S. 66), hat die Verbandsversammlung am 24. Februar 1982 die Jahresrechnung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten für das Haushaltsjahr 1980 und am 1. März 1983 die Jahresrechnung 1981 beschlossen und dem Verbandsvorstand Entlastung erteilt.

Die Jahresrechnungen 1980 und 1981 mit Erläuterungsbericht liegen gemäß § 114 Abs. 2 HGO in 6420 Lauterbach, Goldhelg Nr. 20, Zimmer 205, zur öffentlichen Einsichtnahme an folgenden Tagen aus:

18. bis 21. April 1983 von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr; am 22. April 1983 von 8.00 bis 12.00 Uhr; 25. und 26. April 1983 von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr.

6420 Lauterbach (Hessen), 3. März 1983

Zweckverband
Tierkörperbeseitigungsanstalt
Hopfgarten
gez. Dr. Z we c k e r
Verbandsvorsitzender

Änderung der Satzung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten hat am 1. März 1983 einstimmig beschlossen, den § 22 der Satzung wie folgt zu ändern:

§ 22 Aufsicht

- (1) Der Zweckverband steht unter der Aufsicht des Herrn Regierungspräsidenten in Gießen.
- (2) Obere Aufsichtsbehörde ist der Hessische Minister des Innern.

Diese Satzungsänderung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

6420 Lauterbach (Hessen), 1. März 1983

Zweckverband
Tierkörperbeseitigungsanstalt
Hopfgarten
gez. Dr. Z we c k e r
Verbandsvorsitzender

6. Änderung des gemäß § 4 a Bundesbaugesetz (BBauG) fortgeltenden Flächennutzungsplanes der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe;

hier: Beschluß der Gemeindekammer vom 16. März 1983

Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht, daß der Entwurf der 6. Änderung des gemäß § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungsplanes der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe mit Erläuterungsbericht nach § 2 a Abs. 6 BBauG in Verbindung mit § 17 Abs. 4 des Gesetzes über den Umlandverband Frankfurt (UFG) sowie § 4 Absatz 2 der Hauptsatzung des Umlandverbandes Frankfurt (UVF) in der Zeit vom

28. März 1983 bis 28. April 1983

während der allgemeinen Dienststunden bei folgenden Auslegungsstellen öffentlich ausliegt:

Umlandverband Frankfurt, Am Hauptbahnhof 18, 6. Stock, Zimmer 609,
6000 Frankfurt am Main,

Stadt Frankfurt am Main, Technisches Rathaus, Braubachstraße 15,
6000 Frankfurt am Main,
Stadt Offenbach am Main, Stadtplanungsamt, Stadthof 13,
6050 Offenbach am Main,

Hochtaunuskreis, Kreisbauamt, Gymnasiumstraße 1,
6380 Bad Homburg v. d. Höhe,

Main-Taunus-Kreis, Kreishaus, Bolongarostraße 101,
6230 Frankfurt am Main-Höchst,

Kreis Offenbach, Kreishaus, Berliner Straße 60,
6050 Offenbach am Main.

Während der Auslegungsfrist können Anregungen und Bedenken schriftlich an den Umlandverband Frankfurt sowie mündlich zu Protokoll bei den vorgenannten Auslegungsstellen vorgebracht werden.

6000 Frankfurt am Main, 16. März 1983

Umlandverband Frankfurt
Der Verbandsausschuß
Dr. von Hesler
Beigeordneter

Öffentliche Ausschreibungen

AROLSEN: Öffentliche Ausschreibung nach VOL. Betr.: Lieferung von Leitpfosten (Holzkern, Reflektoren und Schneezeichen für das Rj. 1933.

Das Hessische Straßenbauamt in Arolsen beabsichtigt, die Lieferung von Leitpfosten (Kunststoffhülle mit Holzkern), Reflektoren und Schneezeichen zu vergeben. Der Auftrag umfaßt ca.

- 3 500 Stück Leitpfosten,
- 300 Stück Schneezeichen lang,
- 300 Stück Schneezeichen kurz.

Firmen, die an dieser Lieferung interessiert sind und die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen, können Angebotsunterlagen bis spätestens Freitag, den 25. März 1983 anfordern. Der Einreichungstermin wird mit Absendung der Angebotsunterlagen bekanntgegeben.

Die Quittung — keine Verrechnungsschecks — über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Angebotsunterlagen in Höhe von 12,— DM ist der Aufforderung beizufügen.

Der Betrag ist auf das Konto der Staatskasse Kassel, Nr. 000 005 009 bei der Kreissparkasse Kassel (BLZ 520 502 52) — unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Die Aufträge können nur an Bewerber vergeben werden, die entsprechende Referenzen über derartige Lieferungen nachweisen.

3548 Arolsen, 8. März 1983

Hessisches Straßenbauamt

AROLSEN: Öffentliche Ausschreibung nach VOL.

Betr.:

Lieferung von retroreflektierenden Verkehrszeichen, Aufstellvorrichtungen und Herstellung von Fundamenten für das Rechnungsjahr 1983

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen sind bis spätestens Freitag, den 25. März 1983 anzuordern. Der Einreichungstermin wird mit Absendung der Angebotsunterlagen bekanntgegeben.

Die Quittung — keine Verrechnungsschecks — über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Angebotsunterlagen in Höhe von 12,— DM ist der Aufforderung beizufügen.

Der Betrag ist auf das Konto der Staatskasse Kassel, Nr. 5009 bei der Kreissparkasse Kassel — BLZ 520 502 52 — unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Die Aufträge können nur an Bewerber vergeben werden, die entsprechende Referenzen über derartige Lieferungen nachweisen.

3548 Arolsen, 4. März 1983

Hessisches Straßenbauamt

ESCHWEGE: Die Bauleistungen für den Ausbau der Kreisstraße Nr. 38 in der OD Meißner, Ortsteil Wellingerode zw. Netzknoten 4725 003 und 4725 015, Stat.: 0,817 bis 1,312, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

- 4 500 m³ Erdbewegung
- 1 450 m³ 1. Tragschicht, Gebr. Naturgestein 0/32 mm (46 mm dick)
- 3 000 m³ bit. 2. Tragschicht 0/32 mm (10 cm dick)
- 3 000 m³ Asphaltbetondeckschicht 0/11 mm (4 cm dick)
- und sonstige Nebenarbeiten.

Bauende: 28. 9. 1984.

Die Vergabeunterlagen können bei der ausschreibenden Stelle, Abteilung Baudurchführung Straßen, Eschwege, Kurt-Holzappel-Straße 37, 1. Obergeschoß, während der Besuchszeiten von 9.00 bis 12.00 und 14.00—15.30 Uhr eingesehen werden.

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 29. März 1983 anzuordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 50,— DM ist beizufügen. Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/M. 67 53-609, BLZ 500 100 60 oder Konto Nr. 1000 205, BLZ 532 500 00 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 532 015 01, BLZ 532 000 00 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe Ausbau der K 38 in der OD Wellingerode einzuzahlen.

Eröffnungstermin: Mittwoch, den 27. April 1983, um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege, Kurt-Holzappel-Str. 37, 1. Obergeschoß (Sitzungssaal).

Zuschlags- und Bindefrist beträgt: 36 Werktage.

3440 Eschwege, 9. März 1983

Hessisches Straßenbauamt

Stellenausschreibungen

In der Gemeinde **Nieste** (1 600 Einwohner), Landkreis Kassel, 15 km östlich von Kassel, ist die Stelle eines(r)

hauptamtlichen Bürgermeisters(in)

zum 1. 6. 1983 neu zu besetzen. Die Wahlzeit beträgt 6 Jahre. Wiederwahl auf jeweils 6 Jahre möglich. Die Besoldung erfolgt nach A 13 BBesG.

Gesucht wird eine verantwortungsbewußte und einsatzfreudige Persönlichkeit mit der für dieses Amt erforderlichen Eignung und Befähigung. Erwünscht sind umfassende Kenntnisse im Bereich der Kommunalverwaltung und praktische Erfahrung auf kommunalpolitischer Ebene.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, lückenlosem Tätigkeitsnachweis, beglaubigten Zeugnisabschriften und amtsärztlichen Gesundheitszeugnis sind unter dem Kennwort „Bürgermeisterwahl“ bis spätestens 30. 4. 1983 im verschlossenen Umschlag zu richten an den

Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses
Herrn Edgar Paul

Gemeindeverwaltung Nieste, Witzenhäuser Straße 22, in 3501 Nieste.

Persönliche Vorstellung nur nach besonderer Aufforderung.

Helfen Sie dem Glück auf die Scheine



Spielen Sie System und
aktivieren Sie Ihre
Gewinnchancen.

TOTO LOTTO
RennQuintett
+ Spiel 77

In der Gemeinde Ehrenberg, Kreis Fulda, ist zum 1. Oktober 1983 die Stelle des

hauptamtlichen Bürgermeisters

neu zu besetzen. Die Besoldung erfolgt z. Z. nach A 14 BBesG. Die Gemeinde Ehrenberg ist eine aufstrebende Fremdenverkehrsgemeinde in der Rhön (an der Wasserkuppe) und besteht aus 5 Ortsteilen.

Als Bewerber kommen verantwortungsbewußte und einsatzfreudige Persönlichkeiten in Betracht, die über umfassende Kenntnisse, Fähigkeiten und praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung verfügen.

Der Bewerber muß in der Lage sein, die Verwaltung zu leiten, er sollte Organisationstalent besitzen und guten Kontakt zur Bevölkerung sowie zu Vereinen und Verbänden pflegen.

Bewerbungen sind bis zum 30. April 1983 mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften, lückenlosen Tätigkeitsnachweisen und etwaigen Referenzen unter dem Kennwort „Bürgermeisterwahl“ zu richten an den

Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses
Herrn Winfried Kopf,
Schafsteiner Straße 10,
6414 Ehrenberg 1.

Bei der Stadt Dillenburg — Lahn-Dill-Kreis — Kreisstadt des ehemaligen Dillkreises — rd. 25 000 Einwohner

ist die Stelle des

Bürgermeisters

zum 1. Januar 1984 neu zu besetzen, da der derzeitige Stelleninhaber nach 30jähriger Amtszeit in den Ruhestand tritt.

Die Stadt liegt in landschaftlich reizvoller Umgebung mit guter Verkehrsverbindung. Sie hat eine gesunde Wirtschaftsstruktur. Alle Schulformen sind am Ort vorhanden.

Als Bewerber kommen nur Persönlichkeiten in Betracht, die umfassende Kenntnisse auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung besitzen und entsprechende praktische Erfahrungen nachweisen können. Von dem neuen Bürgermeister sind vielfältige Probleme zu lösen, die Einsatzbereitschaft, wirtschaftliches Verständnis und Organisationstalent erfordern.

Die Wahlzeit beträgt 6 Jahre, Wiederwahl ist möglich.

Die Besoldung richtet sich nach der Hess. Kommunalbesoldungsverordnung vom 20. 9. 1979, derzeit Gruppe B 3.

Dienstaufwandsentschädigung wird nach dem Hess. Wahlbeamtenaufwandsentschädigungsgesetz gewährt.

Bewerbungen sind bis spätestens zum 28. 4. 1983, 16.00 Uhr, mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften, lückenlosem Tätigkeitsnachweis und Referenzen unter dem Kennwort „Bürgermeisterwahl“ im verschlossenen Umschlag zu richten an den

Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses
Herrn Horst Brandenburger, Rathaus
Rathausstraße 7, 6340 Dillenburg.

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Postvertriebsstück
Verlag Kultur und Wissen GmbH
Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1.

Gebühr bezahlt
1 Y 6432 A

In der Stadt Pfungstadt, Kreis Darmstadt-Dieburg, sind zum 1. Januar 1984

die Stellen des hauptamtlichen

Bürgermeisters

und des hauptamtlichen

Ersten Stadtrates

neu zu besetzen.

Die Stellen werden gemäß § 42 der Hessischen Gemeindeordnung ausgeschrieben.

Pfungstadt ist mit rund 24 000 Einwohnern die größte Stadt des Landkreises Darmstadt-Dieburg. Die Amtsbezüge des Bürgermeisters richten sich nach der Gruppe B 3, diejenigen des Ersten Stadtrates nach B 2 der Hessischen Kommunalbesoldungsverordnung.

Für beide Stellen werden pflicht- und verantwortungsbewußte, einsatzfreudige und zielstrebige Persönlichkeiten (Dame oder Herr) gesucht, deren besondere Fähigkeit es ist, eine moderne Stadtverwaltung mit rund 200 Bediensteten zu führen. Voraussetzung ist der Nachweis guter Kenntnisse auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung (mindestens erfolgreiche 2. Verwaltungsprüfung oder erfolgreiche Führung eines vergleichbaren hauptamtlichen Kommunaldezernates oder eine abgeschlossene einschlägige Hochschulausbildung) und langjährige praktische Erfahrungen in einem leitenden Amt.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften und lückenlosem Tätigkeitsnachweis werden in verschlossenem Umschlag unter dem Kennwort „Wahl des Bürgermeisters“ oder „Wahl des Ersten Stadtrates“ mit eingeschriebenem Brief innerhalb einer Ausschlussfrist bis spätestens 29. April 1983, 12.00 Uhr, erbeten an den

Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses,
Herrn Wolfgang Wiester,
Stadthaus, Kirchstraße 12-14, 6102 Pfungstadt

STAATSANZEIGER

Öffentlicher Anzeiger für das Land Hessen

- Anfragen
- Rückfragen
- Reklamationen



0 61 22/60 71
Apparat 99

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN. Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind beim Verlag aufzugeben. Bezugspreis: halbjährlich 56,20 DM (einschließlich Porto und 6,5 Prozent Umsatzsteuer) Abonnementkündigung mit einer Frist von 6 Monaten zum 30. 6. und 31. 12. Der Preis von Einzelstücken beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandkosten und 6,5 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postcheckkonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-001. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Leitender Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Kurt Hummel Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, Postfach 22 29, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden.

Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmlietorz GmbH, Ostling 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstr. 42, 6200 Wiesbaden. Telefon 0 61 21 3 96 71. Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie alle Angelegenheiten für den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen): Telefon 0 61 22 / 60 71, Apparat 99. Fernschreiber: 4 186 848. Anzeigenschluß: 11 Tage vor Erscheinung (jeweils donnerstags für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang). Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 20 vom 1. Juli 1982. — Anfertigung von Klischees zum Selbstkostenpreis. Der Umfang der Ausgabe Nr. 12 vom 21. März 1983 beträgt 48 Seiten.